

Merkblatt zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Hessischen Justizvollzug

Stand: 20.03.2019

A. Allgemeines

Wozu dienen die nachfolgenden Informationen?

Aufgrund gesetzlicher Pflichten sind bestimmte Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verfügung zu stellen. Diese Pflichten gelten auch für den Hessischen Justizvollzug. Die nachfolgenden Informationen richten sich insbesondere an

- Bedienstete des Justizvollzuges
- Personen, die Freiheitsentziehungen in hessischen Justizvollzugsanstalten oder der hessischen Jugendarresteinrichtung (im Folgenden „die Anstalten“) unterliegen
- Besucher der Anstalten
- ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Vertragspartnerinnen und -partner der Anstalten.

Ersetzen diese Informationen den Gesetzestext?

Diese Informationen ersetzen die gesetzlichen Bestimmungen nicht. Sie dienen lediglich der Information. Die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen enthalten teilweise sehr detaillierte Regelungen. Es ist daher für eine rechtliche Bewertung stets erforderlich, den einschlägigen Gesetzestext heranzuziehen. Die rechtlichen Bestimmungen sind aber veröffentlicht, auch im Internet. Sofern Sie Zugang zum Internet haben – **was nicht für Personen gilt, die Freiheitsentziehungen unterliegen** – finden Sie etwa die in dieser Information genannten Hessischen Landesgesetze unter <https://www.hessenrecht.hessen.de/> und die genannten europarechtlichen Bestimmungen unter <http://eur-lex.europa.eu/>

Was sind personenbezogene Daten?

Personenbezogenen Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „Betroffene“ oder „betroffene Person“) beziehen. Dies ist zum Beispiel bereits der Name einer Person oder ihr Geburtsdatum.

Was stellt eine Verarbeitung personenbezogener Daten dar?

Hierunter ist jeder Vorgang im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten zu verstehen.

Dies umfasst insbesondere das Beschaffen der Daten, aber auch die Speicherung, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, das das Löschen oder die Vernichtung zu verstehen.

Dies gilt unabhängig davon, ob die Verarbeitung der Daten in elektronischer oder nicht-elektronischer Form erfolgt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten betrifft also zahlreiche Lebenslagen jeder Person, die mit dem hessischen Justizvollzug in Berührung kommt.

Woher stammen die verarbeiteten personenbezogenen Daten?

Justizvollzugsbehörden können personenbezogene Daten nicht nur bei der betroffenen Person erheben, sondern auch bei anderen Stellen und Personen.

Welche rechtlichen Bestimmungen gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten im hessischen Justizvollzug?

Soweit personenbezogene Daten zum Zwecke des Vollzuges freiheitsentziehender Maßnahmen verarbeitet werden, gilt die europäische Richtlinie (EU) 2016/680, wenn die Freiheitsentziehung auf einer strafgerichtlichen Verurteilung beruht oder es sich um Untersuchungshaft handelt.

Daneben gelten insoweit die Bestimmungen des Hessischen Landesrechts, die diese Richtlinie umsetzen. Hierzu gehören die entsprechenden Bestimmungen im Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG), insbesondere im dortigen Teil 3.

Daneben enthalten die Hessischen Justizvollzugsgesetze - je nach Art der Freiheitsentziehung das Hessische Strafvollzugsgesetz (HStVollzG) für die Strafhaft, das Hessische Jugendstrafvollzugsgesetz (HessJStVollzG) für die Jugendstrafhaft, das Hessische Untersuchungshaftvollzugsgesetz (HUVollzG) für die Untersuchungshaft, das Hessische Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz (HSVollzG) für die Sicherungsverwahrung sowie das Hessische Jugendarrestvollzugsgesetz (HessJAVollzG) für den Jugendarrest – besondere Regeln. Für den Vollzug der vorstehend genannten Freiheitsentziehungen (im Folgenden die „*vorgenannten Freiheitsentziehungen*“) gelten vorrangig die Bestimmungen der vorgenannten Vollzugsgesetze. Sofern diese keine besondere Regelung enthalten, gelten die allgemeinen Bestimmungen des HDSIG.

Im Geltungsbereich der vorgenannten Richtlinie (und der diese umsetzenden Gesetze) gelten grundsätzlich deren Bestimmungen und nicht die europäische Verordnung (EU) 2016/679 (sog. Datenschutzgrundverordnung).

Für die Datenverarbeitung beim Vollzug der vorgenannten Freiheitsentziehungen finden sich besondere Hinweise unter B.

Für welchen Bereich des hessischen Justizvollzuges gilt die Datenschutzgrundverordnung?

Die Datenschutzgrundverordnung gilt im hessischen Justizvollzug für die Bereiche, bei denen die Verarbeitung personenbezogener Daten nicht zu Zwecken der europäischen Richtlinie (EU) 2016/680 erfolgt.

Die Datenschutzgrundverordnung findet daher z. B. grundsätzlich Anwendung auf die Beschäftigungsverhältnisse der im Hessischen Justizvollzug Bediensteten sowie im Einzelfall auf Vertragsverhältnisse des Justizvollzuges mit Externen.

Ferner gilt die Datenschutzgrundverordnung für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zwar für Zwecke der Richtlinie (EU) 2016/680 erhoben, aber nicht für deren Zwecke weiterverarbeitet werden: zum Beispiel, wenn personenbezogene Daten von Gefangenen aus dem Justizvollzug an die Gesundheits-, Ausländer- oder Sozialbehörden weitergeleitet werden müssen. Dies folgt aus Art. 9 Abs. 1 Satz 2 der europäischen Richtlinie (EU) 2016/680.

Andere Arten von Haft, die nicht aufgrund strafgerichtlicher Verurteilung oder in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren angeordnet sind, (wie etwa die sog. Zivilhaft nach den §§ 171ff. des Strafvollzugsgesetzes des Bundes, z. B. die Ordnungshaft, oder Abschiebungshaft im Rahmen von § 62a des Aufenthaltsgesetzes des Bundes), fallen ebenfalls unter die Datenschutzgrundverordnung.

Soweit im Einzelnen die Datenschutzgrundverordnung einschlägig sein sollte, finden sich besondere Hinweise unter C.

Wer ist Verantwortlicher für die Bearbeitung personenbezogener Daten?

Verantwortlicher für die Bearbeitung personenbezogener Daten im hessischen Justizvollzug ist jeweils die Justizvollzugsbehörde, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheidet. Die Kontaktdaten der Justizvollzugsbehörde, von der diese Information stammt, lauten wie folgt:

**Justizvollzugsanstalt Limburg
Walderdorffstraße 16, 65449 Limburg**

Die oder der Datenschutzbeauftragten der verantwortlichen Justizvollzugsbehörde ist unter denselben Kontaktdaten zu erreichen wie diese selbst. Bei einem Brief an diese oder diesen sollte zusätzlich in das Adressfeld „zu Händen der oder des Datenschutzbeauftragten“ geschrieben werden.

Wann haben Sie das Recht auf Anrufung der bzw. des Hessischen Datenschutzbeauftragten?

Unabhängig davon, ob eine Verarbeitung personenbezogener Daten in den Bereich der Richtlinie (EU) 2016/680 oder der Datenschutzgrundverordnung fällt, können Sie

sich nach Maßgabe des HDSIG an die Hessische Datenschutzbeauftragte oder den Hessischen Datenschutzbeauftragten wenden, wenn Sie der Auffassung ist, bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch öffentliche Stellen, auch solche des Justizvollzuges, in Ihren Rechten verletzt worden zu sein.

Wie ist die bzw. der Hessischen Datenschutzbeauftragten zu erreichen?

Die bzw. der Hessische Datenschutzbeauftragte ist unter folgender Adresse erreichen:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
Postfach 3163, 65021 Wiesbaden bzw. Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189
Wiesbaden; Telefon: +49 611 1408 – 0; Telefax: +49 611 1408 – 611.

Bei Zugang zum Internet – **dies gilt nicht für Personen, die Freiheitsentziehungen unterliegen** – können Sie die oder den Hessischen Datenschutzbeauftragten auch über die folgende Emailadresse kontaktieren: Poststelle@datenschutz.hessen.de.

B. Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Hessischen Justizvollzug zu Zwecken des Vollzugs von Strafhaft, Jugendhaft, Untersuchungshaft, Sicherungsverwahrung oder von Jugendarrest

Was sind Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung, soweit es um den Vollzug von Freiheitsentziehungen geht?

Die Anstalten sowie das Hessische Ministerium der Justiz als Aufsichtsbehörde über die Anstalten verarbeiten nach § 58 HStVollzG bzw. § 58 HessJStVollzG, § 54 HUVollzG, 58 HSVVollzG bzw. § 38 HJA VollzG personenbezogene Daten, wenn eine spezielle Rechtsvorschrift dies vorsieht oder zwingend voraussetzt und im Übrigen, soweit und solange dies für den Vollzug einer Freiheitsentziehung erforderlich ist.

Welche Rechte haben Sie, sofern die Verarbeitung personenbezogener Daten beim Vollzug der vorgenannten Freiheitsentziehungen aufgrund einer Einwilligung erfolgt?

Sie haben als betroffene Person nach Maßgabe von § 46 HDSIG das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Hiervon sind Sie vor Abgabe der Einwilligung in Kenntnis zu setzen. Als betroffene Person sind Sie auf den vorgesehenen Zweck der

Verarbeitung hinzuweisen. Ist dies nach den Umständen des Einzelfalles erforderlich oder verlangen Sie dies, sind Sie auch über die Folgen der Verweigerung der Einwilligung zu belehren.

Was für Auskunfts- und Informationsrechte haben Sie, soweit es um Datenverarbeitung beim Vollzug der vorgenannten Freiheitsentziehungen geht?

Nach Maßgabe von § 52 des HDSIG haben Sie als betroffene Personen ein Recht, auf Antrag grundsätzlich kostenfrei Auskunft darüber erteilt zu bekommen, ob die verantwortliche Stelle Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet. Sie haben darüber hinaus das Recht, Informationen zu erhalten über

- die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, und die Kategorie, zu der sie gehören,
- die verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten,
- die Zwecke der Verarbeitung und deren Rechtsgrundlage,
- die Empfänger, gegenüber denen die Daten offengelegt worden sind
- die für die Daten geltende Speicherdauer oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer,
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der Daten durch den Verantwortlichen,
- das Recht nach § 55 HDSIG, die Hessische Datenschutzbeauftragte oder den Hessischen Datenschutzbeauftragten anzurufen, sowie
- Angaben zur Erreichbarkeit der oder des Hessischen Datenschutzbeauftragten.

Werden Sie nach Maßgabe von § 52 HDSIG über ein Absehen von oder die Einschränkung der Auskunft unterrichtet, können Sie ihr Auskunftsrecht auch über die Hessische Datenschutzbeauftragte oder den Hessischen Datenschutzbeauftragten ausüben. Der Verantwortliche hat Sie über diese Möglichkeit sowie darüber zu unterrichten, dass Sie nach § 55 HDSIG die Hessische Datenschutzbeauftragte oder den Hessischen Datenschutzbeauftragten anrufen oder gerichtlichen Rechtsschutz suchen können.

Die oder der Hessische Datenschutzbeauftragte hat Sie darüber zu unterrichten, dass alle erforderlichen Prüfungen erfolgt sind oder eine Überprüfung durch sie oder ihn stattgefunden hat. Die Mitteilung der oder des Hessischen Datenschutzbeauftragten an die betroffene Person darf keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Verantwortlichen zulassen, sofern dieser keiner weitergehenden Auskunft zustimmt. Die oder der Hessische Datenschutzbeauftragte hat Sie zudem über Ihr Recht auf gerichtlichen Rechtsschutz zu unterrichten. Der Verantwortliche hat die sachlichen oder rechtlichen Gründe für die Entscheidung zu dokumentieren.

Was für grundsätzlich Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten haben Sie, soweit die Datenverarbeitung für den Vollzug der vorgenannten Freiheitsentziehungen geht?

Nach Maßgabe von § 53 HDSIG haben Sie insoweit hat das Recht, von der verantwortlichen Behörde unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger Daten zu verlangen. Wenn die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Daten nicht festgestellt werden kann, tritt an die Stelle der Berichtigung eine Einschränkung der Verarbeitung. In diesem Fall hat der Verantwortliche Sie zu unterrichten, bevor er die Einschränkung wieder aufhebt. Sie können zudem die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten verlangen, wenn dies unter Berücksichtigung der Verarbeitungszwecke angemessen ist.

Sie haben nach § 53 HDSIG grundsätzlich das Recht, von der verantwortlichen Behörde unverzüglich die Löschung sie betreffender Daten zu verlangen, wenn deren Verarbeitung unzulässig ist, deren Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist oder diese zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gelöscht werden müssen.

Anstatt die personenbezogenen Daten zu löschen, kann die verantwortliche Behörde deren Verarbeitung grds. einschränken, wenn

- Grund zu der Annahme besteht, dass eine Löschung schutzwürdige Interessen einer betroffenen Person beeinträchtigen würde,
- die Daten zu Beweiszwecken weiter aufbewahrt werden müssen oder
- eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist.

In ihrer Verarbeitung eingeschränkte Daten dürfen nur zu dem Zweck, der ihrer Löschung entgegenstand, oder sonst mit Einwilligung der betroffenen Person verarbeitet werden.

Hat die verantwortliche Behörde eine Berichtigung vorgenommen, hat sie der Stelle, die ihr die personenbezogenen Daten zuvor übermittelt hat, die Berichtigung mitzuteilen. In Fällen der Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung hat die verantwortliche Behörde den Empfängern, denen die Daten übermittelt wurden, diese Maßnahmen mitzuteilen. Der Empfänger hat die Daten zu berichtigen, zu löschen oder ihre Verarbeitung einzuschränken.

Die verantwortliche Behörde hat Sie über ein Absehen von der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder über die an deren Stelle tretende Einschränkung der Verarbeitung grds. – abgesehen von in § 52 HDSIG geregelten Ausnahmefällen – schriftlich zu unterrichten. Die Unterrichtung ist zu begründen, es sei denn, dass die Mitteilung der Gründe den mit dem Absehen von der

Unterrichtung verfolgten Zweck gefährden würde. Die Bestimmungen in § 52 HDSIG zur Anrufung der oder des Hessischen Datenschutzbeauftragten finden insoweit entsprechende Anwendung.

Gibt es Lösungsfristen für Daten, die beim Vollzug der vorgenannten Freiheitsentziehungen angefallen sind?

Vorrangig zu den allgemeinen Bestimmungen des HDSIG gelten im Justizvollzug für die Löschung und Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten Sonderregeln.

Im Erwachsenenstrafvollzug und beim Vollzug der Sicherungsverwahrung sind nach § 65 HStVollzG bzw. § 65 HSVVollzG personenbezogene Daten, die durch den Einsatz eines elektronischen Überwachungssystems erhoben wurden oder hierbei angefallen sind, nach Beendigung der Maßnahme unverzüglich, Videoaufnahmen oder Ergebnisse aus dem Auslesen von Datenspeichern spätestens 72 Stunden nach Ende des Kalendertages, an dem sie angefallen sind, zu löschen. Dies gilt nicht, soweit zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Löschung die weitere Aufbewahrung bei Einschränkung der Verarbeitung zu konkreten Beweis Zwecken unbedingt erforderlich ist.

Sind personenbezogene Daten verarbeitet worden, obwohl sie den Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen, sind diese unverzüglich, spätestens 24 Stunden nach Ende des Kalendertages, an dem sie angefallen sind, zu löschen. Personenbezogene Daten, die in der Gefangenenpersonalakte bzw. Untergebrachtenakte oder in anderen zur Person der Gefangenen bzw. Untergebrachten geführten Dateien und Akten gespeichert sind, sind spätestens fünf Jahre nach der Entlassung oder der Verlegung der Gefangenen bzw. Untergebrachten in eine andere Anstalt zu löschen. Sonstige personenbezogene Daten, die in anderen Dateien und Akten gespeichert sind, sind, sofern ihre Speicherung nicht mehr erforderlich ist, unverzüglich, spätestens nach Ablauf von fünf Jahren ab ihrer Erhebung zu löschen.

Die Einschränkung der Verarbeitung endet, wenn Gefangene bzw. Untergebrachte erneut zum Vollzug einer Freiheitsentziehung aufgenommen werden oder die Betroffenen eingewilligt haben.

Im Jugendstrafvollzug und beim Vollzug von Jugendarrest gelten entsprechende Bestimmungen mit der Maßgabe, dass die Frist, nach deren Ablauf personenbezogene Daten spätestens gelöscht werden müssen, statt fünf Jahren im Jugendstrafvollzug drei Jahre beträgt (§ 65 HessJStVollzG) und im Jugendarrestvollzug zwei Jahre (§ 38 HessJAVollzG).

Beim Vollzug von Untersuchungshaft gelten ebenfalls entsprechende Bestimmungen mit der Maßgabe, dass die Frist, nach deren Ablauf personenbezogene Daten spätestens gelöscht werden müssen, statt fünf Jahre im Falle der Untersuchungshaft

zwei Jahre beträgt. Erhält die Justizvollzugsanstalt allerdings von einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch Kenntnis, so tritt an die Stelle sonst geltenden eine Frist von einem Monat ab Kenntniserlangung (§ 61 HUVollzG).

Nach Maßgabe der Vorschriften der hessischen Justizvollzugsgesetze bestehen folgende Höchstfristen für die Aufbewahrung von Dateien und Akten:

- 20 Jahre bei Daten aus Personalakten der Gefangenen, Untergebrachten und Arrestanten sowie Gesundheitsakten und Krankenblättern
- 30 Jahre bei Daten aus Gefangenen- bzw. Untergebrachtenbüchern.

Welche Rechte auf Benachrichtigung über die Verarbeitung personenbezogener Daten haben Sie, sofern diese für den Vollzug der vorgenannten Freiheitsentziehungen erfolgt?

Entsprechende Rechte sind im Folgenden unter Angabe der jeweiligen Rechtsgrundlage und der Zwecke ihrer Verarbeitung aufgeführt. Die Speicherdauer für die hierbei angefallenen personenbezogenen Daten hängt von den Fristen zur Löschung personenbezogener Daten ab; insoweit wird auf die vorstehenden Ausführungen zu Ihrem Recht auf Löschung von Daten verwiesen.

Welche Rechte haben Sie bei der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, soweit es um den Vollzug der vorgenannten Freiheitsentziehungen geht?

Hat eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge, so hat die Verantwortliche nach Maßgabe von § 61 HDSIG die betroffenen Personen unverzüglich von der Verletzung zu benachrichtigen.

Welche Rechte bestehen im Falle schwerer Erkrankung bei Personen, die einer der vorgenannten Freiheitsentziehungen unterworfen sind?

Bei schwerer Erkrankung oder Tod von Personen, die einer Freiheitsentziehung unterliegen, werden - je nach Art der Freiheitsentziehung – gem. § 24 HStVollzG bzw. § 24 HessJStVollzG, § 17 HUVollzG oder § 24 HSVVollzG – die der Anstalt bekannten nächsten Angehörigen, insbesondere die Personensorgeberechtigten, unverzüglich benachrichtigt. Im Falle der schweren Erkrankung gilt dies nur, wenn die Personen, die einer Freiheitsentziehung unterliegen, hierin eingewilligt haben. Insoweit besteht das Recht, aber nicht die Pflicht zur Einwilligung. Dem Wunsch, auch andere Personen zu benachrichtigen, soll nach Möglichkeit entsprochen werden.

Erfolgt eine Überwachung von Besuchen für Personen, die einer der vorgenannten Freiheitsentziehungen unterworfen sind?

Besuche in Anstalten können – abhängig von Umständen des Einzelfalles, grundsätzlich aber nicht aber beim Verteidigerbesuch – aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder aus erzieherischen Gründen bzw. Behandlungsgründen überwacht werden, auch im Wege der Videoüberwachung. Die hierbei gewonnen Erkenntnisse können aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder aus erzieherischen Gründen bzw. Behandlungsgründen – ebenfalls abhängig von den Umständen des Einzelfalles – auch aufgezeichnet und gespeichert werden. Rechtsgrundlage hierfür ist, je nach Art des zu vollziehenden Freiheitsentzuges, § 34 HStVollzG, § 33 HessJStVollzG, § 26 § HUVollzG, § 34 HSVVollzG bzw. § 19 HessJAVollzG. Die Überwachung bezieht sich sowohl auf den Besuch wie auf die Person, die der Freiheitsentziehung unterworfen ist, und auch auf die Unterhaltung während des Besuchs.

Erfolgt eine inhaltliche Überwachung des Schriftwechsels von Personen, die einer der vorgenannten Freiheitsentziehung unterliegen?

Der Schriftwechsel von Personen, die Freiheitsentziehungen unterliegen, kann aus denselben Gründen wie Besuch je nach Art des zu vollziehenden Freiheitsentzuges nach § 35 HStVollzG, § 34 HessJStVollzG, § 27 HUVollzG, § 35 HSVVollzG - abhängig von Umständen des Einzelfalles, grundsätzlich aber nicht beim Schriftwechsel mit dem Verteidiger, inhaltlich überwacht werden.

Erfolgt eine Überwachung der Telekommunikation von Personen, die einer der vorgenannten Freiheitsentziehungen unterliegen?

Soweit Personen, die einer dieser Freiheitsunterziehungen unterliegen, die Telekommunikation gestattet ist, kann diese je nach Art der zu vollziehenden Freiheitsentziehung nach § 36 HStVollzG, § 35 HessJStVollzG, § 28 HUVollzG, § 36 HUVollzG bzw. § 19 JAVollzG und nach den Umständen des Einzelfalles – grundsätzlich jedoch nicht bei Telekommunikation mit Verteidigern – aus denselben Gründen wie Besuch überwacht werden. Ist ein Telekommunikationssystem eingerichtet, kann – je nach den Umständen des Einzelfalles – die Teilnahme daran davon abhängig gemacht werden, dass die Gefangenen und die anderen Gesprächsbeteiligten in eine mögliche stichprobenartige Überwachung der Telekommunikation einwilligen.

Erfolgt eine Überwachung außerhalb von Hafträumen und Zimmern für Sicherungsverwahrte?

In Abhängigkeit von der jeweils vollzogenen Art der vorgenannten Freiheitsentziehung können Häftlinge oder Sicherungsverwahrte nach § 45

HStVollzG, § 44 HessJStVollzG, § 30 HUVollzG, § 45 HSVVollzG zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung der Anstalt einer offenen optischen Überwachung außerhalb von Hafträumen und Zimmern für Sicherungsverwahrte unterworfen werden, auch mit technischen Hilfsmitteln (insbesondere Videoüberwachung). Die hierbei gewonnenen Informationen können – ebenfalls abhängig von den Umständen des Einzelfalles – auch aufgezeichnet und gespeichert werden.

Erfolgt eine Überwachung innerhalb von Hafträumen und Zimmern für Sicherungsverwahrte?

Sofern Gefangene oder Sicherungsverwahrte im Rahmen einer besonderen Sicherungsmaßnahme einer Beobachtung nach § 50 HStVollzG, § 49 HessJStVollzG, § 35 HUVollzG § 50 HSVVollzG unterliegen, kann dies auch durch technische Hilfsmittel, insbesondere Videoüberwachung, geschehen. Die hierbei gewonnenen Informationen können – ebenfalls abhängig von den Umständen des Einzelfalles – auch aufgezeichnet und gespeichert werden.

Erfolgt eine Überwachung der Außenbereiche von Anstalten?

In Abhängigkeit von der jeweils vollzogenen Freiheitsentziehung können Außenbereiche der Anstalten zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung (einschließlich der Abwehr von Gefahren hierfür) nach § 58 HStVollzG, § 58 HessJStVollzG, § 54 HUVollzG, § 58 HSVVollzG und § 38 HessJAVollzG mit technischen Hilfsmitteln überwacht werden (insbesondere mittels Videoüberwachung) und die hierbei gewonnenen Informationen – ebenfalls abhängig von den Umständen des Einzelfalles – auch aufgezeichnet und gespeichert werden.

Erfolgt eine Überprüfung anstaltsfremder Personen vor Zugang zu den Anstalten?

Personen, die im Justizvollzug tätig werden sollen und die zur Anstalt oder Aufsichtsbehörde nicht in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen und nicht im Auftrag einer anderen Behörde Zugang begehren, können zu diesen Tätigkeiten nur zugelassen werden, wenn keine Sicherheitsbedenken bestehen. Die Anstalt nimmt je nach Art der Freiheitsentziehung gem. § 58a HStVollzG, § 58a HessJStVollzG, § 54a HUVollzG, § 58a HSVVollzG bzw. § 38 HessJAVollzG zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt mit Einwilligung der betroffenen Person eine Zuverlässigkeitsüberprüfung vor. Sie darf dazu

- eine Auskunft nach § 41 Abs. 1 Nr. 1 des Bundeszentralregistergesetzes einholen
- Erkenntnisse der Polizeibehörden

- und, soweit im Einzelfall erforderlich, des Landesamtes für Verfassungsschutz abfragen.

Ferner – aber grundsätzlich nicht beim Besuch von Verteidigern - darf die Anstalt auch bei Personen, die die Zulassung zum Besuch von Gefangenen, Sicherungsverwahrten oder Arrestanten oder zum Besuch der Anstalt begehren, zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt hierfür mit ihrer Einwilligung eine Zuverlässigkeitsüberprüfung vornehmen. Bei Besuchern wird den hierbei eingeschalteten Behörden auch mitgeteilt, dass und für welche Gefangenen bzw. Sicherungsverwahrten oder Arrestanten die Zulassung zum Besuch begehrt wird. Werden der Anstalt sicherheitsrelevante Erkenntnisse bekannt, wird die betroffene Person nicht oder nur unter Beschränkungen zu der Tätigkeit oder dem Besuch zugelassen. Gleiches gilt, wenn die betroffene Person eine Einwilligung in eine Zuverlässigkeitsüberprüfung verweigert.

Dürfen unzulässig in die Anstalten eingebrachte Datenspeicher ausgelesen werden?

Je nach Art der zu vollziehenden Freiheitsentziehung ist es nach § 59 HStVollzG, § 59 HessJStVollzG, § 55 HUVollzG, § 59 HSVVollzG bzw. § 38 HessJAVollzG zulässig, zu Zwecken des Vollzuges, insbesondere zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt elektronische Geräte mit Datenspeicher, die ohne Erlaubnis in die Anstalt eingebracht wurden, auf schriftliche Anordnung der Anstaltsleitung auszulesen. Die Gründe sind in der Anordnung festzuhalten. Sind die Betroffenen bekannt, sind ihnen die Gründe vor dem Auslesen mitzuteilen.

Welche Rechte bestehen bei Mitteilung von Entlassungsdaten und Vermögensverhältnissen im Falle von Strafhaft, Jugendhaft, Sicherungsverwahrung und des Jugendarrests?

Je nach Art der zu vollziehenden Freiheitsentziehung können nach § 60 HStVollzG, § 60 JStVollzG, § 60 HSVVollzG und § 38 JAVollzG Anstalten oder die Aufsichtsbehörde in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des HDSIG auf Antrag mitteilen, ob sich jemand in Haft, Sicherungsverwahrung oder Jugendarrest befindet sowie ob und wann die Entlassung voraussichtlich ansteht. Weiterhin können – außer im Falle des Jugendarrests – auf schriftlichen Antrag Auskünfte auch über die Vermögensverhältnisse der Gefangenen oder ihre Entlassungsadresse erteilt werden, wenn dies zur Feststellung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen im Zusammenhang mit der Straftat erforderlich ist.

Unter weiteren Voraussetzungen können – außer im Jugendarrest – auch Mitteilungen über die erstmalige Gewährung von vollzugsöffnenden Maßnahmen durch die Anstalt erfolgen. Die Personen, die der Freiheitsentziehung unterliegen, werden vor den vorgenannten Mitteilungen gehört, es sei denn, es ist zu besorgen,

dass dadurch die Verfolgung des Interesses der Antragsteller vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde. Ist die Anhörung unterblieben, erfolgte eine nachträgliche Unterrichtung über die Mitteilung der Anstalt oder Aufsichtsbehörde nachträglich.

Welche Rechte bestehen bei Mitteilung von Entlassungsdaten und Vermögensverhältnisse im Falle der Untersuchungshaft?

Nach § 56 HUVollzG kann die Anstalt oder Aufsichtsbehörde auf Antrag mitteilen, ob sich jemand in Untersuchungshaft befindet sowie ob und wann die Entlassung voraussichtlich ansteht. Die Untersuchungsgefangenen werden vor der Mitteilung gehört, es sei denn, es ist zu besorgen, dass dadurch die Verfolgung des Interesses der Antragsteller vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde. Ist die Anhörung unterblieben, werden die betroffenen Untersuchungsgefangenen über die Mitteilung der Anstalt oder Aufsichtsbehörde nachträglich unterrichtet.

Bei einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch sind die Stellen, die eine entsprechende Mitteilung haben, in Kenntnis zu setzen. Die betroffenen Untersuchungsgefangenen sind bei der Anhörung auf ihr Antragsrecht hinzuweisen.

Bestehen Offenbarungsbefugnisse und –pflichten bei besonders zu schützenden Daten?

Je nach Art der zu vollziehenden Freiheitsentziehung sind gem. § 61 HStVollzG, § 61 HessJStVollzG, § 57 HUVollzG, § 61 HSVVollzG bzw. § 38 HessJAVollzG bestimmte Berufsgeheimnisträger – insbesondere Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter, im Einzelfall aber auch Andere – befugt und teilweise auch verpflichtet, personenbezogene Daten, die ihnen von Personen, die Freiheitsentziehungen unterliegen als Geheimnis anvertraut oder sonst bekannt geworden sind, gegenüber der Anstaltsleitung zu offenbaren, soweit dies für die Sicherheit der Anstalt oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für Leben oder Gesundheit von Personen unbedingt erforderlich ist.

Eine Befugnis zur Offenbarung besteht auch, soweit es die Feststellung betrifft, ob Personen, die Freiheitsentziehungen unterliegen, fähig sind, an bestimmten vollzuglichen Maßnahmen teilzunehmen oder ob sie an Behandlungsmaßnahmen teilnehmen und daran mitwirken.

C. Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung

Wofür werden im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung personenbezogene Daten verarbeitet?

Personenbezogenen Daten können nach Art. 6 der Datenschutzgrundverordnung verarbeitet werden, sofern u. a. einer der folgenden Gründe greift:

- die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben
- die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen
- die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt
- die Verarbeitung ist erforderlich, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen
- die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

Eine abschließende Aufzählung aller denkbaren Konstellationen, in den personenbezogene Daten verarbeitet werden können, ist insbesondere angesichts der zahlreichen denkbaren rechtlichen Verpflichtungen, denen die Anstalten unterliegen, nicht möglich.

Welche Rechte auf Auskunft bestehen im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung?

Werden Daten im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung verarbeitet, haben Sie gemäß Artikel 15 Datenschutzgrundverordnung das Recht auf Auskunft darüber, ob und welchem Umfang die Justizvollzugsbehörde ihre personenbezogenen Daten verarbeitet. Es ist zu beachten, dass dieses Auskunftsrecht nach einzelnen Vorschriften des HDSIG eingeschränkt werden können, insbesondere nach den §§ 24 bis 26 und 33 HDSIG.

Welche Rechte auf Berichtigung bestehen im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung?

Sofern verarbeitete personenbezogene Daten nicht (mehr) zutreffend sind, können Sie nach Art. 16 Datenschutzgrundverordnung eine Berichtigung verlangen. Sollten die personenbezogenen Daten unvollständig sein, kann eine Vervollständigung verlangt werden.

Welche Rechte auf Löschung personenbezogener Daten bestehen im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung?

Sie können unter den Bedingungen des Art. 17 Datenschutzgrundverordnung und des § 34 HDSIG die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die betreffenden Daten von der verantwortlichen Behörde zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Bestehen im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung Rechte auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten?

Betroffene Personen haben im Rahmen der Vorgaben des Art. 18 Datenschutzgrundverordnung das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Wurde die Verarbeitung eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten — von ihrer Speicherung abgesehen — nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Besteht im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung ein Recht auf Datenübertragbarkeit?

Nach Artikel 20 Datenschutzgrundverordnung haben betroffene Personen Recht, Daten in einem bestimmten Format zu erhalten und an Dritte zu übermitteln. Dieses Recht besteht nicht, wenn die Justizvollzugsbehörde die personenbezogenen Daten weder auf der Grundlage einer Einwilligung noch mittels automatisierter Verfahren verarbeitet.

Besteht im Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten?

Nach Maßgabe von Artikel 21 Datenschutzgrundverordnung steht den betroffenen Personen das Recht, zu aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Das Recht auf Widerspruch besteht jedoch nicht, sofern ein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (§ 35 HDSIG).

D. Ergänzende Angaben, soweit diese Informationen über die Website der angegeben Justizvollzugsbehörde bezogen werden

Wofür gelten die nachfolgenden Hinweise?

Die folgenden Datenschutzhinweise gelten für das Internetangebot der unter A. angegebenen verantwortlichen Behörde - **dieses ist Personen, die einer Freiheitsentziehung unterliegen, nicht zugänglich** – und für die über diese Internetseiten erhobenen personenbezogenen Daten. Die angegebene Behörde ist auch insoweit verantwortlich. Für Internetseiten anderer Anbieter, auf die z. B. über Links verwiesen wird, gelten die dortigen Datenschutzhinweise und –erklärungen.

Wer führt insoweit das Hosting durch?

Das Internetangebot wird von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung als technischem Dienstleister im Auftrag der verantwortlichen Behörde und nach deren Vorgaben vorgehalten.

Was für Nutzungsdaten werden bei Anforderung einer Internetdatei erhoben?

Bei jeder Anforderung einer Internetdatei werden folgende Zugriffsdaten bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) für statistische Auswertungen durch Mitarbeiter der Landesverwaltung oder der HZD gespeichert:

- die Seite, von der aus die Datei angefordert wurde,
- der Name der aufgerufenen Datei,
- das Datum und die Uhrzeit der Anforderung,
- die übertragene Datenmenge,
- der Zugriffsstatus (Datei übertragen, Datei nicht gefunden etc.),
- die Zugriffsart (GET, POST),
- die Beschreibung des verwendeten Browsers bzw. des verwendeten Betriebssystems,
- die anonymisierte IP-Adresse des anfordernden Rechners,
- die Session-ID
- Cookies

Aus Gründen der Datensicherheit, also um unerlaubte Zugriffe aufklären oder Missbrauch der Internetseite verhindern zu können, wird die vollständige IP-Adresse des anfordernden Rechners erfasst, gespeichert und sieben Tage nach dem Ende des Zugriffs automatisch gelöscht. In dieser Internetseite können Cookies oder JAVA-Applets verwendet werden. Die Verwendung dieser Funktionalitäten kann durch Einstellungen des Browserprogramms vom jeweiligen Nutzer ausgeschaltet werden.

منشور عن معالجة البيانات الشخصية في سجون ولاية هسن

بتاريخ: 2019/03/20

أ. نقاط عامة

ما الغرض من المعلومات التالية؟

بسبب الالتزامات القانونية، يجب توفير بعض المعلومات حول معالجة البيانات الشخصية. تنطبق هذه الالتزامات أيضًا على سجون ولاية هسن. المعلومات التالية موجهة بشكل خاص إلى

- موظفي السجن
- الأشخاص المحكوم عليهم بالسجن في سجون ولاية هسن أو في مصلحة احتجاز الأحداث في هسن (يشار إليها فيما يلي باسم "المؤسسات")
- زائري المؤسسات
- الموظفات المتطوعات والموظفون المتطوعون
- المتعاقدات والمتعاقدون مع المؤسسات.

هل تحل هذه المعلومات محل النص القانوني؟

لا تحل هذه المعلومات محل الأحكام القانونية. وهي لغرض الإعلام فقط. تتضمن الأحكام القانونية ذات الصلة في بعض الأحيان لوائح مفصلة للغاية. ولذلك من الضروري دائمًا إجراء تقييم قانوني لاستخدام النص القانوني ذي الصلة. يتم نشر الأحكام القانونية حتى على الإنترنت. إذا توفرت لديك إمكانية الوصول عبر الإنترنت –التي لا تنطبق على الأشخاص المحكوم عليهم بالسجن– فسوف تجد القوانين الإقليمية لولاية هسن المذكورة ضمن هذه المعلومات على الرابط [/https://www.hessenrecht.hessen.de](https://www.hessenrecht.hessen.de) والأحكام القانونية الأوروبية على الرابط <http://eur-lex.europa.eu/>

ما البيانات الشخصية؟

البيانات الشخصية هي كل المعلومات المتعلقة بشخص طبيعي معروف الهوية أو يمكن التعرف على هويته (يشار إليه فيما يلي بـ "المعني بالأمر" أو "الشخص المعني"). ويمكن أن يكون هذا على سبيل المثال، اسم شخص ما أو تاريخ ميلاده.

ما معالجة البيانات الشخصية؟

هي أي عملية تتعلق بالبيانات الشخصية.

ويشمل ذلك، على وجه الخصوص، الحصول على البيانات، وكذلك الاحتفاظ بها أو الاستعلام عنها أو استخدامها أو الكشف عنها عن طريق النقل أو النشر أو أي شكل آخر من أشكال الإتاحة أو الحذف أو التخلص من البيانات. وينطبق هذا بغض النظر عما إذا كانت معالجة البيانات تتم في شكل إلكتروني أو غير إلكتروني. وبالتالي، فإن معالجة البيانات الشخصية تؤثر على العديد من مناحي حياة كل شخص يتعامل مع سجون ولاية هسن.

من أين تأتي البيانات الشخصية المُعالجة؟ يجوز لجهات تنفيذ القانون جمع البيانات الشخصية ليس فقط من الشخص المعني، ولكن أيضًا من الكيانات والأشخاص الآخرين.

ما الأحكام القانونية التي تنطبق على معالجة البيانات الشخصية في سجون ولاية هسن؟

طالما تتم معالجة البيانات الشخصية لأغراض إنفاذ إجراءات الحكم بالسجن، ينطبق التوجيه الأوروبي 2016/680 (EU)

إذا كان الحكم بالسجن قائماً على إدانة جنائية أو حبس على ذمة التحقيق. وتطبق بالإضافة إلى ذلك، بقدر ما أحكام قانون ولاية هسن التي تضع هذا التوجيه قيد التطبيق. وهذا يشمل الأحكام ذات الصلة بقانون حماية البيانات وحرية المعلومات (HDSIG) خاصة في الجزء المحلي رقم 3. وبالإضافة إلى ذلك، تتضمن قوانين سجون ولاية هسن قواعد خاصة - اعتماداً على طبيعة الحكم بالسجن، قانون تنفيذ الأحكام في هسن (HStVollzG) لسجن العقوبات، وقانون تنفيذ الأحكام الجنائية للأحداث في هسن (HessJStVollzG) للحبس الجنائي للأحداث، وقانون الحبس على ذمة التحقيق في هسن (HUVollzG) للحبس على ذمة التحقيق، وقانون الحبس الاحتياطي في هسن (HSVollzG) للحبس الاحتياطي وقانون حبس الأحداث في هسن (HessJAVollzG) لحبس الأحداث. فيما يتعلق بتنفيذ الأحكام بالسجن المشار إليها أعلاه (المشار إليها فيما يلي بـ "سلب الحرية المشار إليه أعلاه")، تُطبق أحكام القوانين المذكورة أعلاه حسب الأولوية. ما لم ينص على خلاف ذلك، تُطبق الأحكام العامة لقانون حماية البيانات وحرية المعلومات. فيما يخص مجال تطبيق التوجيه المذكور أعلاه (والقوانين المطبقة له)، تنطبق بشكل أساسي أحكامه وليس اللائحة التنظيمية الأوروبية 2016/679 (EU) (ما يطلق عليه القانون الأساسي لحماية البيانات). فيما يخص معالجة البيانات لإنفاذ الأحكام بالسجن المذكورة أعلاه، يمكنك العثور على الإرشادات الخاصة تحت البند ب.

في أي منطقة من مناطق سجون هسن يتم تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

يتم تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات في سجون هسن في المناطق التي لا تتم فيها معالجة البيانات الشخصية لأغراض التوجيه الأوروبي 2016/680 (EU). وعلى ذلك ينطبق القانون الأساسي لحماية البيانات على سبيل المثال، على علاقات العمل بين موظفي سجون هسن، وفي حالات فردية على العلاقات التعاقدية للسجون مع أطراف خارجية. وعلاوة على ذلك، ينطبق القانون الأساسي لحماية البيانات على معالجة البيانات الشخصية التي يتم جمعها لأغراض التوجيه 2016/680 (EU)، ولكن لا تتم مواصلة معالجتها لأغراضها: على سبيل المثال، في حالة وجوب إحالة البيانات الشخصية الخاصة بالسجناء من السجون إلى مكتب الصحة أو مصلحة إدارة شؤون الأجانب أو مكتب الضمان الاجتماعي. ويستنتج ذلك من المادة 9، الفقرة (1) الجملة 2 من التوجيه الأوروبي 2016/680 (EU). هناك أنواع أخرى من السجن لا ترجع إلى إدانة جنائية أو إجراءات تحقيق جنائية (مثل ما يسمى بالمسؤولية المدنية بموجب المواد 171ff من قانون تنفيذ الأحكام الاتحادي، على سبيل المثال عقوبة الحبس الإداري، أو حبس الترحيل في سياق المادة 62 أ من قانون الإقامة الاتحادي) مشمولة أيضاً في القانون الأساسي لحماية البيانات. طالما يجب أن يكون القانون الأساسي لحماية البيانات ماثلاً بشكل مفصل، يمكنك العثور على إرشادات خاصة تحت البند ج:

من المسؤول عن معالجة البيانات الشخصية؟ المسؤول عن معالجة البيانات الشخصية في سجون هسن هو سلطة إنفاذ القانون لكل منهم، التي تقرر أغراض ووسائل معالجة البيانات الشخصية. وفيما يلي بيانات الاتصال الخاصة بسلطة إنفاذ القانون التي تأتي منها هذه المعلومات:

**Justizvollzugsanstalt Limburg
Walderdorffstraße 16, 65449 Limburg**

يمكن الوصول إلى مسؤول/مسؤولي حماية البيانات التابع للسلطة المسؤولة عن إنفاذ القانون عبر نفس بيانات الاتصال. وفي حالة إرسال خطاب مكتوب إلى هذا المسؤول فينبغي أيضاً كتابة "يصل إلى يد مسؤول/مسؤولي حماية البيانات" في حقل

العنوان.

متى يحق لك تقديم شكوى إلى مسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسن؟

بغض النظر عما إذا كانت معالجة البيانات الشخصية تندرج ضمن نطاق التوجيه 2016/680 (EU) أو القانون الأساسي لحماية البيانات، يجوز لك وفقاً لقانون حماية البيانات وحرية المعلومات الاتصال بمسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسن، إذا كنت تعتقد أنه تم انتهاك حقوقك من قبل السلطات العامة أو سلطات إنفاذ القانون أثناء معالجة بياناتك الشخصية.

كيف يمكنك الوصول إلى مسؤول أو مسؤولي حماية البيانات في هسن؟

يمكنك الوصول إلى مسؤول أو مسؤولي حماية البيانات في هسن من خلال العنوان التالي:

مسؤول حماية البيانات وحرية المعلومات في هسن، صندوق بريد 3163، 65021 فيسبادن أو -Gustav-

Stresemann-Ring 1

65189 فيسبادن؛ الهاتف: 0 - 49 611 1408، الفاكس: 611 - 49 611 1408.

وفي حالة إمكانية الوصول عبر الإنترنت - وهذا لا ينطبق على الأشخاص المحوسبين - يمكنك أيضاً التواصل مع مسؤول أو مسؤولي حماية البيانات في هسن عبر عنوان البريد الإلكتروني التالي: Poststelle@datenschutz.hessen.de.

ب. معلومات عن معالجة البيانات الشخصية في سجون هسن لأغراض تنفيذ الأحكام في سجن العقوبات أو الأحداث أو الحبس على ذمة التحقيق أو الحبس الاحتياطي أو حبس الأحداث

ما الغرض والأساس القانوني لمعالجة البيانات فيما يتعلق بتنفيذ الأحكام بالسجن؟

تقوم المؤسسات ووزارة العدل في هسن كسلطة إشرافية على المؤسسات بمعالجة البيانات الشخصية وفقاً للمادة 58 من قانون العقوبات في هسن أو المادة 58 من قانون وزارة العدل في هسن أو المادة 54 من قانون الحبس على ذمة التحقيق أو المادة 58 من قانون الحبس الاحتياطي أو المادة 38 من قانون السجون، إذا كان هناك حكم قانوني خاص ينص على ذلك أو يتطلب ذلك إلزامياً وفيما عدا ذلك بقدر ما هو ضروري لتنفيذ الحكم بالسجن.

ما الحقوق التي تملكها إذا تمت معالجة البيانات الشخصية أثناء تنفيذ الأحكام بالسجن المشار إليها أعلاه على أساس الموافقة؟

بصفتك الشخص المعني، يحق لك إلغاء موافقتك في أي وقت وفقاً للمادة 46 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات. لا يؤثر إلغاء الموافقة على شرعية المعالجة التي تمت على أساس الموافقة حتى وقت الإلغاء. يجب أن تكون على علم بذلك قبل تقديم موافقتك. بصفتك الشخص المعني، يجب أن تكون على علم بالعرض المقصود من المعالجة. إذا كان ذلك ضرورياً وفقاً لظروف الحالة الفردية أو طلبت أنت ذلك، فيجب أيضاً إعلامك بالعواقب المترتبة على رفض الموافقة.

ما حقوقك فيما يخص الاستعلام أو الاطلاع على المعلومات فيما يتعلق بمعالجة البيانات المتعلقة بتنفيذ الحكم بالسجن المشار إليه أعلاه؟

وفقاً للمادة 52 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات، يحق لك بصفتك الشخص المعني بالأمر الاطلاع على معلومات مجانية، بناءً على الطلب، حول ما إذا كانت الجهة المسؤولة تقوم بمعالجة البيانات الشخصية الخاصة بك أم لا. لديك أيضاً الحق في الحصول على معلومات بخصوص

• البيانات الشخصية التي هي موضوع المعالجة والفئة التي تنتمي إليها،

- المعلومات المتاحة الخاصة بمصدر البيانات،
- الغرض من المعالجة وأساسها القانوني،
- الجهات المتلقية للبيانات التي تم الإفصاح عنها
- مدة تخزين البيانات، وإذا لم يكن ذلك ممكناً، فالحصول على معايير تحديد تلك المدة،
- لديك حق تصحيح أو محو أو تقييد معالجة البيانات من قبل الشخص المسؤول،
- وفقاً للمادة 55 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات، لديك حق الاتصال هاتفياً بمسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسّن أيضاً
- معلومات حول إمكانية الوصول إلى مسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسّن.

إذا كنت على علم وفقاً للمادة 52 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات بشأن تجنب أو تقييد الإفصاح عن المعلومات، فيمكنك أيضاً ممارسه حقك في الحصول على المعلومات عن طريق مسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسّن. يجب أن يبلغك الشخص المسؤول عن هذه الإمكانية، فضلاً عن أنه يمكنك وفقاً للمادة 55 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات الاتصال بمسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسّن أو التماس الحماية القضائية القانونية.

ويجب على مسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسّن إبلاغك بأنه قد تم إجراء جميع الفحوصات اللازمة أو أنه قد تم القيام بمراجعة من قبلك أو من قبله. ولا يسمح تبليغ مسؤول أو مسؤولي حماية البيانات في هسّن إياك بأي استنتاجات بشأن مستوى معرفة الشخص المسؤول، ما لم يوافق المسؤول على تقديم المزيد من المعلومات. كما يتعين على مسؤول/مسؤولي حماية البيانات في هسّن إعلامك بحقك في الحماية القضائية القانونية. يجب على الشخص المسؤول توثيق الأسباب الواقعية أو القانونية للقرار.

ما حقوقك الأساسية فيما يخص تعديل وحذف وتقييد معالجة البيانات الشخصية، طالما تجري معالجة البيانات لإنفاذ الأحكام بالسجن المذكورة أعلاه؟

وفقاً للمادة 53 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات، يحق لك أن تطلب من السلطة المسؤولة على الفور تعديل البيانات غير الصحيحة الخاصة بك. وإذا تعذر تحديد صحة البيانات أو عدم صحتها، فسيتم استبدال التعديل بتقييد المعالجة. في هذه الحالة، يجب على الشخص المسؤول إبلاغك قبل إلغاء التقييد مرة أخرى. يمكنك أيضاً طلب إكمال البيانات الشخصية غير المكتملة، إذا كان ذلك مناسباً في إطار مراعاة أغراض المعالجة.

ووفقاً للمادة 53 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات، يحق لك من حيث المبدأ مطالبة السلطة المسؤولة بحذف البيانات المتعلقة بك على الفور إذا كانت معالجتها غير مسموح بها أو لم تعد معرفتها ضرورية لإنجاز المهمة أو يجب حذفها للوفاء بالتزام قانوني.

بدلاً من حذف البيانات الشخصية، قد تقوم السلطة المسؤولة بتقييد معالجتها بصفة عامة، إذا

- كان هناك ما يدعو إلى الاعتقاد بأن الحذف من شأنه أن يؤثر على مصالح الشخص المعني التي تستحق الحماية،
- كان يجب مواصلة الاحتفاظ بالبيانات لأغراض الإثبات أو
- كان الحذف غير ممكناً بسبب الطبيعة الخاصة للتخزين أو ممكناً فقط مع الارتباط بجهد عالٍ بشكل غير متناسب.

لا يجوز معالجة أي بيانات مقيدة إلا للغرض الذي يتنافى مع حذفها، أو خلاف ذلك بموافقة الشخص المعني.

إذا قامت السلطة المسؤولة بإجراء تعديل، فيجب عليها أن تبلغ الجهة التي قدمت إليها البيانات الشخصية من قبل. في حالات التعديل أو الحذف أو تقييد المعالجة، تقوم السلطة المسؤولة بإخطار المستفيدين الذين أرسلت إليهم هذه البيانات بتلك الإجراءات. ويجب أن يقوم المتلقي "المستفيد" بالتعديل أو الحذف أو تقييد معالجة البيانات.

يجب أن تبلغك السلطة المسؤولة خطياً عن الامتناع عن تعديل أو حذف البيانات الشخصية أو تقييد المعالجة الذي حل محله - بغض النظر عن الحالات الاستثنائية المنصوص عليها في المادة 52 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات. يجب أن يكون الاطلاع معللاً ما لم يكن بيان الأسباب يضر بالعرض المتبع بالامتناع عن الاطلاع. تنطبق الأحكام الواردة في المادة

52 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات بشأن اللجوء إلى مسؤولية/مسؤول حماية البيانات في هسن وفقاً لذلك.

هل هناك أي فترات محددة لحذف البيانات التي تم جمعها أثناء تنفيذ الأحكام بالسجن المشار إليها أعلاه؟

على سبيل الأولوية للأحكام العامة لقانون حماية البيانات وحرية المعلومات، تنطبق قواعد خاصة فيما يخص حذف وتقييد معالجة البيانات الشخصية في نظام السجن.

في حالة تنفيذ الأحكام للبالغين والحبس الاحتياطي، وفقاً للمادة 65 من قانون تنفيذ الأحكام أو المادة 65 من قانون تنفيذ الحبس الاحتياطي في هسن يجب حذف البيانات الشخصية التي تم جمعها من خلال استخدام نظام المراقبة الإلكتروني أو الناشئة هناك على الفور بعد الانتهاء من الإجراءات، وتسجيلات الفيديو أو النتائج الناتجة عن مراجعة ذاكرة البيانات خلال 72 ساعة من نهاية اليوم التقويمي الذي تم جمعها فيه بحد أقصى. لا ينطبق هذا إذا كان التخزين الإضافي ضرورياً في وقت اتخاذ القرار بشأن الحذف أثناء تقييد المعالجة لأغراض إثباتية محددة.

إذا تمت معالجة البيانات الشخصية، على الرغم من أنها تتعلق بالمجال الأساسي للحياة الخاصة، فيجب حذفها على الفور في وقت لا يتجاوز 24 ساعة بعد نهاية اليوم الذي تم جمعها فيه. يتم حذف البيانات الشخصية الموجودة في ملف السجين أو المعتقل أو المخزنة في ملفات وسجلات أخرى خاصة بالسجناء أو المعتقلين، في موعد لا يتجاوز خمس سنوات بعد إطلاق سراح أو نقل السجين أو المعتقل إلى مؤسسة أخرى. يجب حذف البيانات الشخصية الأخرى المخزنة في الملفات والسجلات الأخرى على الفور، ما لم تعد هناك حاجة لتخزينها، على أبعد تقدير بعد مرور خمس سنوات على جمعها. وينتهي تقييد المعالجة عندما يُعاد استقبال السجناء أو المعتقلين مرة أخرى لتنفيذ الحكم بالسجن أو في حالة موافقة الأشخاص المعنيين.

في عقوبة الأحداث وتنفيذ أحكام حبس الأحداث، تُطبق الأحكام المناسبة بشرط أن تكون الفترة التي يتعين بعدها حذف البيانات الشخصية على أبعد تقدير، ثلاث سنوات فقط بدلاً من خمس سنوات في حالة عقوبة الأحداث (المادة 65 قانون الأحداث في هسن) وستين في حالة تنفيذ العقوبة في حبس الأحداث (الفقرة 38 قانون حبس الأحداث في هسن). وينطبق في حالة تنفيذ الحبس الاحتياطي أيضاً الأحكام المناسبة، بشرط أن تكون الفترة التي يتعين بعدها حذف البيانات الشخصية على أبعد تقدير هي سنتين بدلاً من خمس سنوات في الحبس الاحتياطي. ومع ذلك، إذا تلقى السجن إخطاراً بإيقاف غير مؤقت للقضية، أو رفض غير قابل للطعن لفتح إجراءات المحاكمة أو حكم بالبراءة غير قابل للنقض والإبرام، فإنه سيحل محل المدة الزمنية السارية فترة شهر واحد من تاريخ الإخطار (المادة 61 من قانون الحبس الاحتياطي في هسن).

وفقاً لأحكام قوانين السجن في هسن، توجد المواعيد الزمنية القصوى التالية لتخزين الملفات والسجلات:

- 20 سنة في حالة بيانات الملفات الشخصية للسجناء والمعتقلين والمحوسين، وكذلك السجلات الصحية والطبية
- 30 سنة في حالة البيانات من دفاتر السجناء أو المعتقلين.

ما حقوقك فيما يخص الإبلاغ عن معالجة البيانات الشخصية، طالما تتم تنفيذ الأحكام بالسجن المشار إليها أعلاه؟

يتم سرد الحقوق المناسبة أدناه، مع ذكر الأسس القانونية المعنية والغرض من معالجتها. تعتمد فترة التخزين للبيانات الشخصية الناتجة على المواعيد النهائية لحذف البيانات الشخصية؛ في هذا الصدد، يشار إلى البيانات المذكورة أعلاه فيما يتعلق بحقك في حذف البيانات.

ما الحقوق التي تتمتع بها عند انتهاك حماية البيانات الشخصية، طالما تجري تنفيذ الأحكام بالسجن المذكورة أعلاه؟

إذا كان انتهاك حماية البيانات الشخصية يمكن أن يؤدي إلى مخاطر كبيرة فيما يتعلق بحقوق الأشخاص الطبيعيين وحياتهم، فيجب على الشخص المسؤول إبلاغ الأشخاص المعنيين بالانتهاك على الفور وفقاً للمادة 61 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات.

ما الحقوق التي يمتلكها المرء في حالة إصابة الأشخاص المحكوم عليهم بأحكام السجن المشار إليها أعلاه بمرض شديد الخطورة؟

في حالة الإصابة بمرض خطير أو وفاة الأشخاص المحبوسين - حسب طبيعة الحكم بالسجن - وفقاً للمادة 24 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، المادة 24 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث في هسن، المادة 17 من قانون الحبس على ذمة التحقيق أو المادة 24 من قانون الحبس الاحتياطي- على الفور بإبلاغ أقرب الأقرباء المعروفين لدى المؤسسة، ولا سيما الأشخاص الحاضنين. في حالة المرض الشديد، لا ينطبق هذا إلا إذا وافق الأشخاص المحبوسون على ذلك. في هذا الصدد تمتلك الحق في الموافقة، ولكن لا تجب عليك. يجب تلبية الرغبة في إخطار الآخرين، إذا أمكن ذلك.

هل تتم مراقبة زيارات الأشخاص المحكوم عليهم بأحكام السجن المشار إليها أعلاه؟

يمكن مراقبة الزيارات في المؤسسات - تبعاً لظروف الحالة الفردية، بصفة عامة ولكن ليس الزيارات الخاصة بمحامي الدفاع - لأسباب تتعلق بأمن أو نظام المؤسسة أو لأسباب تعليمية أو لأغراض علاجية، وذلك أيضاً عن طريق المراقبة بكاميرات الفيديو. يمكن أيضاً تسجيل وحفظ المعارف المكتسبة هنا لأسباب تتعلق بسلامة أو نظام المؤسسة أو لأسباب تعليمية أو علاجية - وهذا يتوقف أيضاً على ظروف الحالة الفردية. والأساس القانوني لذلك هو، تبعاً لطبيعة الحكم بالسجن الذي يتم تنفيذه، بموجب المادة 34 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، المادة 33 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث في هسن، المادة 26 من قانون الحبس على ذمة التحقيق أو المادة 34 من قانون الحبس الاحتياطي أو المادة 19 من قانون حبس الأحداث في هسن. تتعلق المراقبة بكل من الزيارة والشخص الخاضع للحكم بالسجن، بالإضافة إلى المحادثة خلال الزيارة.

هل هناك أي مراقبة لمحتوى مراسلات الأشخاص المحكوم عليهم بأحكام السجن المشار إليها أعلاه؟

يمكن مراقبة محتوى مراسلات الأشخاص المحبوسين لنفس الأسباب الخاصة بمراقبة الزيارة، اعتماداً على طبيعة الحكم بالسجن التي يتم تنفيذه وفقاً للمادة 35 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، المادة 34 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث في هسن، المادة 27 من قانون الحبس على ذمة التحقيق، المادة 35 من قانون الحبس الاحتياطي - اعتماداً على ظروف الحالة الفردية، ولكن ليس في حالة المراسلات مع محامي الدفاع.

هل هناك مراقبة لاتصالات الأشخاص المحكوم عليهم بأحكام السجن المشار إليها أعلاه؟

طالما يسمح للأشخاص المحبوسين باستخدام الاتصالات، فقد يتم مراقبتها وفقاً لطبيعة الحكم بالسجن بموجب المادة 36 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، المادة 35 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث في هسن، المادتين 28 و 36 من قانون الحبس على ذمة التحقيق أو المادة 19 من قانون حبس الأحداث وتبعاً لظروف الحالة الفردية - ولكن بصفة عامة ليس في حالة الاتصالات مع محامي الدفاع - لنفس الأسباب الخاصة بالزيارة. إذا كان هناك نظام اتصالات قائم، فقد تكون المشاركة فيه مشروطة بموافقة السجناء والأطراف الأخرى المعنية على مراقبة عشوائية محتملة للاتصالات، تبعاً لظروف كل حالة على حدة.

هل هناك مراقبة خارج مرافق الاحتجاز وغرف الحبس الاحتياطي؟

اعتماداً على طبيعة الحكم بالسجن المشار إليه أعلاه، قد يخضع المعتقلون أو المحبوسون احتياطياً لمراقبة بصرية مفتوحة خارج مرافق الاحتجاز وغرف الحبس الاحتياطي وفقاً للمادة 45 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، المادة 44 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث في هسن، المادة 30 من قانون الحبس على ذمة التحقيق، والمادة 45 من قانون الحبس الاحتياطي، حتى بواسطة المساعدات التقنية (ولا سيما المراقبة بكاميرات الفيديو). ويمكن كذلك تسجيل المعلومات التي تم الحصول عليها هنا وحفظها - أيضاً تبعاً لظروف كل حالة على حدة.

هل هناك مراقبة داخل مرافق الاحتجاز وغرف الحبس الاحتياطي؟

إذا كان السجناء أو المحبوسون احتياطياً يخضعون لمراقبة وفقاً للمادة 50 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، والمادة 49 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث في هسن، والمادة 35 من قانون الحبس على ذمة التحقيق، والمادة 50 من قانون الحبس الاحتياطي في إطار تدبير أمني خاص، فيمكن القيام بذلك أيضاً باستخدام وسائل المساعدة التقنية، وبصورة خاصة عن طريق المراقبة بكاميرات الفيديو. ويمكن كذلك تسجيل المعلومات التي تم الحصول عليها هنا وحفظها - أيضاً تبعاً لظروف

كل حالة على حدة.

هل هناك مراقبة للمناطق الخارجية للمؤسسات؟

وفقاً لنوع الحكم يمكن مراقبة المناطق الخارجية للمؤسسات بمساعدة وسائل المساعدة التقنية (وبصورة خاصة عن طريق المراقبة بكاميرات الفيديو) وفقاً للمادة 58 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، المادة 58 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث في هسن، المادة 54 من قانون الحبس على ذمة التحقيق، المادة 58 من قانون الحبس الاحتياطي والمادة 38 من قانون حبس الأحداث في هسن للحفاظ على السلامة والنظام (بما في ذلك درء المخاطر لهذا الغرض)، ويمكن كذلك تسجيل المعلومات التي تم الحصول عليها وحفظها - حسب ظروف الحالة الفردية أيضاً.

هل يتم تفتيش الأشخاص الزائرين قبل الدخول إلى المؤسسات؟

لا يسمح بدخول الأشخاص الذين يعملون في النظام الإصلاحي والذين ليسوا في علاقة خدمة أو علاقة عمل مع المؤسسة أو السلطة الإشرافية ولا يطلبون الوصول نيابة عن سلطة أخرى إلا إذا لم تكن هناك مخاوف أمنية. تبعاً لنوع الحكم بالسجن بموجب المادة 58 أ من قانون تنفيذ الأحكام في هسن والمادة 58 أ من قانون تنفيذ أحكام الأحداث والمادة 54 أ من قانون الحبس على ذمة التحقيق والمادة 58 أ من قانون الحبس الاحتياطي والمادة 38 من قانون حبس الأحداث، يجوز للمؤسسة التحقق من السوابق للحفاظ على سلامة أو نظام المؤسسة بموافقة الشخص المعني. يسمح لها كذلك

- طلب الحصول على المعلومات بموجب المادة 41، الفقرة 1 رقم 1 من قانون السجل المركزي الاتحادي
- الاستعلام من خلال النتائج التي توصلت إليها سلطات الشرطة
- وإذا لزم الأمر في الحالات الفردية، المكتب الإقليمي لحماية الدستور.

بالإضافة إلى ذلك، يجوز للمؤسسة التحقق من سوابق الأشخاص الراغبين في السماح لهم بزيارة السجناء أو السجناء الاحتياطيين أو المحبوسين أو المؤسسة بموافقة منهم، للحفاظ على سلامة أو نظام المؤسسة ولكن ليس في حالة زيارة محامي الدفاع. وفي حالة الزائرين، يتم إبلاغ السلطات المعنية أيضاً، بطلب السماح بزيارة السجناء أو السجناء الاحتياطيين أو المحبوسين ومن هم بالضبط. وإذا كانت النتائج المتعلقة بالسلامة معروفة لدى المؤسسة، فلن يتم السماح للشخص المعني بالنشاط أو الزيارة أو سيتم السماح له فقط تحت قيود معينة. وينطبق الأمر نفسه إذا رفض الشخص المعني الموافقة على التحقق من السوابق.

هل تجوز قراءة ذكريات البيانات التي تم إدخالها إلى المؤسسات بشكل غير مسموح به؟

تبعاً لطبيعة الحكم بالسجن المطلوب تنفيذه، يجوز وفقاً للمادة 59 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، والمادة 59 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث والمادة 55 من قانون الحبس على ذمة التحقيق والمادة 59 من قانون الحبس الاحتياطي في هسن والمادة 38 من قانون حبس الأحداث، لأغراض تنفيذ الحكم، وعلى وجه الخصوص للحفاظ على أمن المؤسسة أو تنظيمها، قراءة الأجهزة الإلكترونية المزودة بذاكرات تخزين، والتي تم إحضارها إلى المؤسسة دون إذن، بناءً على أمر مكتوب من إدارة السجن. يجب تسجيل الأسباب في الأمر المكتوب. وإذا كان الأشخاص المعنيون معروفين، فيجب إبلاغهم بالأسباب قبل القراءة.

ما الحقوق عند الإبلاغ عن تواريخ إخلاء السبيل والأوضاع المالية في حالة الحبس الجنائي أو حجز الأحداث أو الحبس الاحتياطي أو حبس الأحداث؟

وفقاً لطبيعة الحكم بالسجن المطلوب تنفيذه، يمكن وفقاً للمادة 60 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن، والمادة 60 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث والمادة 60 من قانون الحبس الاحتياطي والمادة 38 من قانون حبس الأحداث، للمؤسسات أو السلطة الإشرافية مع مراعاة الأحكام ذات الصلة من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات عند الطلب تحديد ما إذا كان شخص ما محتجزاً أو محتجزاً احتياطياً أو محتجزاً في حبس الأحداث، وإذا كان من المتوقع أن يتم إطلاق سراحه ومتى. وعلاوة على ذلك، وباستثناء الحالات المتعلقة بحجز الأحداث، بناءً على طلب كتابي، يمكن أيضاً تقديم معلومات عن الأوضاع المالية للسجناء أو عنوان إخلاء السبيل إذا كان ذلك ضرورياً لتقرير أو تنفيذ مطالبات قانونية تتعلق بالجريمة.

وبمقتضى شروط أخرى، باستثناء حالات احتجاز الأحداث، يمكن تقديم إخطارات حول أول منح لإجراءات السماح بالخروج من السجن من قبل المؤسسة. يجب سماع الأشخاص المحكوم عليهم بالسجن قبل الإخطارات المذكورة أعلاه، من لم يكن يخشى من أن يحبط أو يعقد ذلك بدرجة كبيرة السعي إلى تحقيق مصلحة مقدمي الطلبات. وفي حالة عدم عقد جلسة الاستماع، فسيكون هناك إعلام لاحق حول إبلاغ المؤسسة أو السلطة الإشرافية بذلك.

ما هي الحقوق عند الإبلاغ عن مواعيد إخلاء السبيل والأوضاع المالية في حالة الحبس على ذمة التحقيق؟

وفقاً للمادة 56 من قانون الحبس على ذمة التحقيق في هسن يمكن للمؤسسة أو السلطة الإشرافية عند الطلب تحديد ما إذا كان يتم احتجاز شخص ما على ذمة التحقيق، وكذلك ما إذا كان سيتم الإفراج عنه ومتى. سيتم سماع السجناء المحبوسين على ذمة التحقيق قبل الإبلاغ بذلك، من لم يكن يخشى من أن يحبط أو يعقد ذلك بدرجة كبيرة السعي إلى تحقيق مصلحة مقدمي طلبات الإبلاغ.

في حالة عدم عقد جلسة الاستماع

فسيتم إبلاغ السجناء المحبوسين على ذمة التحقيق بإخطار المؤسسة أو السلطة الإشرافية لاحقاً. وفي حالة الإيقاف غير المؤقت للقضية أو في حالة الرفض غير القابل للطعن لفتح إجراءات المحاكمة أو حكم بالبراءة غير قابل للنقض والإبرام، فإنه يجب إعلام الهيئات التي تلقت إشعاراً بإخلاء السبيل، بناءً على طلب من المحبوس على ذمة التحقيق. ويجب إبلاغ المحبوسين على ذمة التحقيق بحقوقهم في تقديم الطلب في جلسة الاستماع.

هل هناك أي صلاحيات والتزامات بشأن الإفصاح عن البيانات المحمية بشكل خاص؟

وفقاً لطبيعة الحكم بالسجن المطلوب تنفيذه، بموجب المادة 61 من قانون تنفيذ الأحكام في هسن والمادة 61 من قانون تنفيذ أحكام الأحداث والمادة 57 من قانون الحبس على ذمة التحقيق والمادة 61 من قانون الحبس الاحتياطي والمادة 38 من قانون حبس الأحداث فإن بعض الحاملين للسرية المهنية - ولا سيما الأطباء والأخصائيين النفسيين والأخصائيين الاجتماعيين، ولكن أيضاً آخرين في بعض الحالات - يصرح لهم وفي بعض الحالات أيضاً يلتزمون بالإفصاح لإدارة المؤسسة عن بيانات شخصية يعهد بها إليهم من قبل أشخاص محرومين من حريتهم أو يعرفها آخرون، بالقدر اللازم لأمن المؤسسة أو لمنع مخاطر كبيرة على حياة أو صحة الأشخاص.

تكون صلاحية البوح بالمعلومات قائمة أيضاً، بالقدر الكافي لتحديد ما إذا كان الأشخاص المحبوسون قادرين على المشاركة في تدابير تنفيذية محددة أو في إجراءات علاجية والمساهمة فيها.

ج. معلومات بخصوص معالجة البيانات الشخصية في إطار تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات

ما البيانات الشخصية التي تتم معالجتها في إطار تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

قد تتم معالجة البيانات الشخصية وفقاً للمادة 6 من القانون الأساسي لحماية البيانات بشرط أن تنطبق عدة أسباب من بينها أحد الأسباب التالية:

- موافقة الشخص المعني على معالجة البيانات الشخصية المتعلقة به لغرض محدد واحد أو أكثر
- أن تكون المعالجة ضرورية للوفاء بعقد يكون فيه الشخص المعني طرف عقد أو لتنفيذ إجراءات سابقة للتعاقد يتعين القيام بها بناءً على طلب الشخص المعني
- المعالجة ضرورية للوفاء بالتزام قانوني يخضع له الشخص المسؤول
- المعالجة ضرورية لحماية المصالح الضرورية لحياة الشخص المعني أو أي شخص طبيعي آخر
- المعالجة ضرورية لأداء مهمة تخدم المصلحة العامة أو ممارسة السلطة الرسمية المفوضة إلى الشخص المسؤول.

لا يمكن وضع قائمة نهائية بكافة المجموعات التي يمكن فيها معالجة البيانات الشخصية، خاصة بالنظر إلى العديد من الالتزامات القانونية الممكنة التي يمكن أن تخضع لها المؤسسات.

ما الحقوق المتعلقة بالحصول على المعلومات في نطاق تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

إذا تمت معالجة البيانات بموجب القانون الأساسي لحماية البيانات، فيحق لك وفقاً للمادة 15 من القانون الأساسي لحماية البيانات معرفة ما إذا كانت سلطة إنفاذ القانون تقوم بمعالجة بياناتك الشخصية وإلى أي مدى. يجب ملاحظة أن هذا الحق في الحصول على المعلومات يمكن تقييده وفقاً للأحكام الفردية الخاصة بقانون حماية البيانات وحرية المعلومات، خاصة وفقاً للمواد من 24 إلى 26 و33 من ذلك القانون.

ما الحقوق المتعلقة بإجراء تعديل على البيانات في نطاق تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

إذا لم تكن (تعد) البيانات الشخصية التي تمت معالجتها صحيحة، فيمكنك طلب التصحيح بموجب المادة 16 من القانون الأساسي لحماية البيانات. إذا كانت البيانات الشخصية غير مكتملة، فيمكنك المطالبة بإكمالها.

ما الحقوق المتعلقة بحذف البيانات الشخصية في نطاق تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

يمكنك طلب حذف بياناتك الشخصية وفقاً للشروط المنصوص عليها في المادة 17 من القانون الأساسي لحماية البيانات والمادة 34 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات. يعتمد حذفك في الحذف على ما إذا كانت السلطة المسؤولة لا تزال بحاجة إلى البيانات المعنية للوفاء بواجباتها القانونية أم لا.

هل هناك أي حقوق متعلقة بتقييد معالجة البيانات الشخصية في نطاق تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

يحق للأشخاص المعنيين بالأمر بموجب أحكام المادة 18 من القانون الأساسي لحماية البيانات المطالبة بتقييد معالجة البيانات المتعلقة بهم. في حالة تقييد المعالجة، فلا يجوز معالجة هذه البيانات الشخصية - بغض النظر عن تخزينها - إلا بموافقة الشخص المعني أو لغرض المطالبة أو ممارسة أو الدفاع عن حقوق قانونية أو حماية حقوق شخص طبيعي أو اعتباري آخر أو لأسباب تتعلق بمصلحة عامة هامة للاتحاد أو إحدى الدول الأعضاء.

هل يحق لك نقل البيانات في نطاق تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

وفقاً للمادة 20 من القانون الأساسي لحماية البيانات يحق للأشخاص المعنيين تلقي البيانات في صيغة محددة وإرسالها إلى أطراف ثالثة. لا ينطبق هذا الحق إذا لم تتم سلطة إنفاذ القانون بمعالجة البيانات الشخصية على أساس الموافقة أو من خلال الإجراءات الآلية.

هل يحق لك الاعتراض على معالجة البيانات الشخصية في نطاق تطبيق القانون الأساسي لحماية البيانات؟

وفقاً للمادة 21 من القانون الأساسي لحماية البيانات، يحق للأشخاص المعنيين الاعتراض على معالجة البيانات الشخصية لأسباب ترجع إلى وضعهم الخاص. ومع ذلك، لا يحق لك الاعتراض في حالة وجود مصلحة عامة طاغية في المعالجة أو هناك حكم قانوني للمعالجة (المادة 35 من قانون حماية البيانات وحرية المعلومات).

د. معلومات تكميلية، طالما يتم الحصول على تلك المعلومات عبر المواقع الإلكترونية لسلطة إنفاذ القانون المعنية

ما الذي تنطبق عليه الإشعارات التالية؟

تنطبق إشعارات الخصوصية التالية على عرض الإنترنت الذي تقدمه السلطة المسؤولة المشار إليها في الفقرة أ **ولا يمكن للأشخاص المحكوم عليهم بالسجن الوصول إليه** - وعلى البيانات الشخصية التي يتم جمعها عبر هذه المواقع الإلكترونية. السلطة المحددة مسؤولة أيضاً عن ذلك بقدر ما. بالنسبة للمواقع الإلكترونية الخاصة بمقدمي الخدمات الآخرين، والتي يُشار إليها على سبيل المثال عبر الروابط، يتم تطبيق إشعارات وسياسات الخصوصية المحلية.

من يقوم بإجراء الاستضافة؟

يحتفظ مركز معالجة البيانات في هسن بعرض الإنترنت باعتباره مقدمًا للخدمات التقنية بالنيابة عن السلطة المسؤولة ووفقًا لمواصفاته.

ما البيانات التي يتم جمعها عند طلب ملف عبر الإنترنت؟ في كل مرة يتم فيها طلب ملف عبر الإنترنت، يتم تخزين بيانات الوصول التالية في مركز هسن لمعالجة البيانات (HZD) للتقييمات الإحصائية من قبل موظفي إدارة أراضي الإقليم أو موظفي مركز هسن لمعالجة البيانات:

- الصفحة التي تم طلب الملف منها،
- اسم الملف الذي تم استدعائه،
- تاريخ ووقت الطلب،
- كمية البيانات المنقولة،
- حالة الوصول (نقل الملف، الملف غير موجود، إلخ)،
- نوع الوصول (GET، POST)،
- وصف المتصفح أو نظام التشغيل المستخدم،
- عنوان IP مجهول الهوية لجهاز الكمبيوتر الطالب،
- معرف جلسة العمل
- ملفات تعريف الارتباط

لأسباب تتعلق بأمن البيانات، أي لتوضيح الوصول غير المصرح به أو لمنع إساءة استخدام الموقع، يتم تسجيل عنوان IP الكامل للكمبيوتر الطالب، وتخزينه وحذفه تلقائيًا بعد سبعة أيام من نهاية الوصول. يمكن استخدام ملفات تعريف الارتباط أو تطبيقات جافا على هذا الموقع. يمكن إيقاف استخدام هذه الوظائف من خلال إعدادات برنامج المتصفح من قبل المستخدم المعني.

Information sheet concerning the processing of personal data in the judicial enforcement process in the German State of Hesse

Status as of: 20.3.2019

A. General

What is the purpose of the following information?

Due to legal obligations, certain information concerning the processing of personal data must be provided. These obligations also apply to the judicial enforcement department in the German State of Hesse. This information is intended for the following in particular:

- Employees of the judicial enforcement department
- Persons who are subject to imprisonment in prisons or young persons' detention facilities (hereinafter "prisons") in the German State of Hesse
- Visitors to the prisons
- Voluntary staff
- Contracting partners of the prisons

Does this information replace the legislative text?

This information does not replace the statutory provisions. It is purely for information purposes. The applicable statutory provisions contain, in part, extremely detailed rules. It is, therefore, always necessary to consult the applicable statutory text in order to carry out a legal assessment. However, the statutory provisions have been published, including on the Internet. Should you have access to the Internet – **which does not apply to persons who are subject to imprisonment** – you can find any state laws of the German State of Hesse which are referred to in this information at <https://www.hessenrecht.hessen.de/> and the provisions under European legislation can be viewed at <http://eur-lex.europa.eu/>

What is personal data?

Personal data is all information which is related to an identified or identifiable natural person (hereinafter referred to as "*data subject*"). For example, this can be the name of a person or his or her date of birth.

What is processing of personal data?

This is defined as any process in connection with personal data.

In particular, this includes the obtaining of data, but also the saving, retrieval, use, disclosure by transfer, distribution or other form of provision, deletion or destruction of personal data.

This applies regardless of whether the processing of the data takes place in

electronic or non-electronic form.

The processing of personal data also includes numerous pieces of information about the living situations of persons who come into contact with judicial enforcement in the German State of Hesse.

Where does the processed personal data originate from?

Judicial enforcement authorities can gather personal data from the data subject as well as from other bodies and persons.

What legal provisions apply to the processing of personal data in the judicial enforcement process in the German State of Hesse?

Insofar as personal data is processed in order to enforce imprisonment measures, the European Directive (EU) 2016/680 applies if the imprisonment is due to a criminal conviction or remanding of a suspect in custody.

To this extent, the provisions of the laws of the German State of Hesse which implement this directive apply. This includes the corresponding provisions of the Data Protection and Freedom of Information Act of the German State of Hesse (HDSIG), in particular part 3.

In addition, the judicial enforcement laws of the German State of Hesse include special rules – depending on the type of imprisonment these can include the Criminal Enforcement Act of the German State of Hesse (HStVollzG) for the criminal act, the Youth Criminal Enforcement Act of the German State of Hesse (HessJStVollzG) for the criminal act by a minor, the Law of the German State of Hesse Concerning the Remanding of Suspects in Custody (HUVollzG) for pre-trial detention, the Security Act of the German State of Hesse (HSVollzG) for the maintenance of security and the Juvenile Detention Act of the German State of Hesse (HessJAVollzG) for the detention of juveniles. For the enforcement of the prison sentences referred to above (hereinafter “*prison sentences referred to above*”), the provisions of the enforcement acts referred to above apply as a matter of priority. Should these not contain any specific regulation, the general provisions of the HDSIG apply.

In the area of applicability of the directive referred to above (and the laws which implement it), its provisions and not the European Regulation (EU) 2016/679 (General Data Protection Regulation) apply.

In relation to the processing of data during the enforcement of the prison sentences referred to above, special information can be found under B.

To which area of juridical enforcement in the German State of Hesse does the General Data Protection Regulation apply?

The General Data Protection Regulation applies to the areas of judicial enforcement in the German State of Hesse where personal data is not processed for purposes set out in the European Directive (EU) 2016/680.

Therefore, the General Data Protection Regulation generally applies, for example, to the employment relationships of employees in the judicial enforcement department of the German State of Hesse and, in individual cases, to contractual relationships of the judicial enforcement department with external bodies.

Furthermore, the General Data Protection Regulation applies to the processing of personal data which is gathered for the purposes set out in the (EU) 2016/680 Directive, but which is not further processed for its purposes, for example if personal data of prisoners needs to be passed on to the health, immigration or social authorities. This takes place in accordance with Article 9 Paragraph 1 Sentence 2 of the European (EU) 2016/680 Directive.

Other types of imprisonment which have not been ordered due to a criminal conviction or due to criminal investigation (such as so-called civil imprisonment according to §§ 171ff of the Criminal Enforcement Act - Strafvollzugsgesetz of the Federation, such as detention or imprisonment prior to deportation in accordance with § 62a of the Residency Act - Aufenthaltsgesetz of the Federation) also come under the General Data Protection Regulation.

Should the General Data Protection Regulation apply in an individual case, special information can be found under C.

Who is responsible for the processing of personal data?

In the judicial enforcement department of the German State of Hesse, the judicial enforcement body which takes a decision concerning the purpose and means of the processing is responsible for the processing of personal data. The contact details of the judicial enforcement authority from which this information originates is as follows:

**Justizvollzugsanstalt Limburg
Walderdorffstraße 16, 65449 Limburg**

The data protection officer of the competent judicial enforcement authority can be contacted at the same address. When sending a letter to the data protection officer, the address should also contain a note with the wording “FAO the data protection officer”.

When do you have the right to contact the data protection officer of the German State of Hesse?

Regardless of whether the processing of personal data comes under the area of applicability of the (EU) 2016/680 Directive or the General Data Protection Regulation, according to the HDSIG you can contact the data protection officer of the German State of Hesse should you be of the opinion that your rights have been infringed during the processing of your personal data by public bodies, including those in the area of judicial enforcement.

How can the data protection officer of the German State of Hesse be contacted?

The data protection officer of the German State of Hesse can be contacted via the following address:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
Postfach 3163, 65021 Wiesbaden or Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189
Wiesbaden; Telephone: +49 611 1408 – 0; Fax: +49 611 1408 – 611.

If you have access to the Internet – **this does not apply to persons who are subject to imprisonment** – you can also contact the data protection officer of the German State of Hesse via the following email address: Poststelle@datenschutz.hessen.de.

B. Information sheet concerning the processing of personal data in the judicial enforcement process in the German State of Hesse for the purpose of the enforcement of imprisonment due to criminal offences, youth imprisonment, pre-trial detention, maintenance of security or the detention of juveniles

What is the purpose and legal basis of the data processing where it serves the purpose of enforcement of imprisonment?

The prisons and the Ministry of Justice of the German State of Hesse, as the authority which supervises the prisons, process personal data in accordance with § 58 HStVollzG and § 58 HessJStVollzG, § 54 HUVollzG, 58 HSVVollzG or § 38 HJA VollzG, if a specific legal regulation provides for this or compulsorily requires this and otherwise if this is necessary in order to enforce imprisonment.

What rights do you have if the processing of personal data when enforcing imprisonment takes place with your consent?

As a data subject, you have the right in accordance with § 46 HDSIG to revoke your consent at any time. By means of the revocation of consent, the lawfulness of the

processing which took place with your consent prior to the revocation will not be affected. You must be informed of such prior to issuing the consent. As a data subject, you must be informed of the intended purpose of the processing. Should this be necessary according to the circumstances of the individual case or should you so request, you must also be informed of the consequences of refusal to issue consent.

What right do you have to receive information if data is processed when enforcing the prison sentences referred to above?

According to § 52 of the HDSIG, you as a data subject have the right in principle to receive free of charge information on request as to whether the competent authority processes personal data relating to you. You also have the right to receive information concerning:

- the personal data which is being processed and the category to which it belongs
- (where available) the origin of the data
- the purpose of the processing and its legal basis
- the recipients to whom the data has been disclosed
- the applicable duration of the saving of the data or, should this not be possible, the criteria for determining the duration of the saving of the data
- the existence of a right to rectification or erasure or to have the processing of the data by the controller restricted
- the right under § 55 HDSIG to contact the data protection officer of the German State of Hesse and
- information concerning the availability of the data protection officer of the German State of Hesse.

Should you be informed of a refusal to provide the information or of a restriction concerning the provision of the information in accordance with § 52 HDSIG, you can also exercise your right of information via the data protection officer of the German State of Hesse. The controller must inform you of this option and also that according to § 55 HDSIG you have the right to contact the data protection officer of the German State of Hesse or to seek legal remedies before a court.

The data protection officer of the German State of Hesse must inform you that all necessary inspections have taken place or that he or she has carried out an investigation. The notification provided to you by the data protection officer of the German State of Hesse must not allow any tracing of the controller's state of knowledge, unless the controller agrees to further information. The data protection officer of the German State of Hesse must also inform you of your right to pursue legal remedies before a court. The controller must document the factual or legal reasons for the decision.

What basic rights do you have to have the data rectified or erased, as well as to have the processing of personal data restricted, should the data processing take place in order to enforce the prison sentences referred to above?

According to § 53 HDSIG, you have the right to request that the competent authority immediately corrects incorrect data relating to you. Should it not be possible to determine the correctness or incorrectness of the data, you can request that instead of correction the processing be restricted. In such a case, the controller must inform you prior to lifting the restriction. You can also request the completion of incomplete personal data, should this be reasonable when taking the purposes of the processing into account.

According to § 53 HDSIG, you generally have the right to request the immediate deletion by the competent authority of data relating to you, should its processing be unlawful, should the knowledge of the data no longer be necessary in order to fulfil the task or should the data need to be deleted in order to fulfil a legal obligation.

Instead of deleting the personal data, the competent authority can restrict its processing if

- there are reasons to assume that a deletion would impair the protectable interests of a data subject,
- the data needs to be retained for proof purposes or
- deletion is not possible due to the special type of saving or is only possible with disproportionately high expense.

Data whose processing has been restricted may only be processed for the purpose which prevented its deletion or otherwise with the consent of the data subject.

Should the competent authority have carried out a correction, it must inform the body to whom it previously transferred the personal data of the correction. In cases where the personal data is rectified or erased or where the processing is restricted, the competent authority must inform the recipients to whom the data was transferred of the said measures. The recipient must correct or delete the data or restrict its processing.

The competent authority must inform you in writing should it refuse to rectify or erase personal data or should it not carry out the restriction of processing in place of the rectification or erasure, apart from in the exceptional cases set down in § 52 HDSIG. The notification must be explained, unless the notification of the reasons would endanger the purpose pursued by means of refusal to provide the information. The provisions in § 52 HDSIG concerning the engagement of the data protection officer of the German State of Hesse shall apply accordingly.

Are there deletion deadlines for data which is acquired when enforcing the above-mentioned prison sentences?

Special rules which take precedence over the general provisions of the HDSIG apply to the deletion of personal data and the restriction of its processing in the judicial enforcement department.

According to § 65 HStVollzG and § 65 HSVVollzG, in case of adult imprisonment and when enforcing security, personal data which was gathered using an electronic monitoring system or which was acquired by such must be immediately deleted after completion of the measure, and video recordings or results from the reading of data carriers must be deleted at the latest 72 hours after the end of the calendar day on which these arose. This does not apply should the continued retention of the personal data be absolutely necessary in case the processing is restricted for concrete proof purposes at the time of the decision concerning the erasure.

Should personal data have been processed even though it concerns the core area of private life, this must be deleted immediately, at the latest 24 hours after the end of the calendar day on which it was acquired. Personal data which is saved in the prisoner's or detained person's file or in other documents and files which concern the prisoner or detained person must be deleted at the latest following the release of the prisoner or detained person or his or her transfer to a different prison. Other personal data which is saved in other documents and files must be deleted immediately, at the latest after the expiry of five years following its gathering, unless the continued saving of the personal data is necessary.

The restriction of the processing ends if prisoners or detained persons are readmitted to prison by means of the enforcement of a sentence or if the data subjects have issued their consent.

In case of the enforcement of prison sentences against juveniles and in case of juvenile detention, corresponding provisions apply with the condition that the date after whose expiry personal data must be deleted at the latest is three years instead of five years in case of the enforcement of prison sentences against juveniles (§ 65 HessJStVollzG) and two years instead of five years in case of juvenile detention (§ 38 HessJAVollzG).

In case of the enforcement of pre-trial detention, corresponding provisions apply with the condition that the date after whose expiry personal data must be deleted at the latest is two years instead of five years in case of pre-trial detention. However, should the judicial enforcement authority become aware of a permanent suspension of the proceedings, an incontestable rejection of the opening of the principal proceedings or an acquittal by a court, a deadline of one month from the time of becoming aware (§ 61 HUVollzG) shall take the place of the deadline which otherwise applies.

According to the principles of the judicial enforcement laws of the German State of Hesse, the following maximum periods for the retention of documents and files exist:

- 20 years in case of data from the personal files of prisoners, detained persons and arrested persons, as well as health files and medical records
- 30 years in case of data from records of prisoners and detained persons.

What rights do you have to be notified of the processing of personal data, should this take place in order to enforce the prison sentences referred to above?

Corresponding rights are listed below, stating the respective legal basis and the purpose of the processing. The duration of saving of the personal data which is acquired in this process depends on the deadline for the deletion of personal data; to this extent, reference is made to the above information concerning your right to have data deleted.

What rights do you have in case of breaches of the protection of personal data, should this concern the enforcement of the above-mentioned prison sentences?

Should a breach of the protection of personal data be expected to represent a high risk to the rights and freedoms of natural persons, the controller must immediately inform the data subjects of the breach in accordance with § 61 HDSIG.

What rights exist in case of severe illness of persons who are subject to the above-mentioned prison sentences?

In case of severe illness or death of a person who is subject to imprisonment, then in accordance with § 24 HStVollzG and § 24 HessJStVollzG, § 17 HUVollzG or § 24 HSVVollz, the nearest relatives known to the prisons, in particular the primary carers, must be notified immediately. In case of severe illness, this only applies if the persons subject to imprisonment have issued their consent. To this extent, there is the right but not the obligation to issue consent. Where possible, the request to also inform other persons should be complied with.

Are visits for persons who are subject to the above-mentioned prison sentences monitored?

Depending on the circumstances of the individual case, prison visits can generally be observed (but not visits by the defence lawyer) for reasons connected to the security or order of the prison or for care or treatment reasons, also by means of video monitoring. Also depending on the circumstances of the individual case, the knowledge acquired during this process can also be recorded and saved for reasons connected to security or order of the prison or for care or treatment reasons. Depending on the type of imprisonment to be enforced, the legal basis for the above is § 34 HStVollzG, § 33 HessJStVollzG, § 26 § HUVollzG, § 34 HSVVollzG and § 19

HessJAVollzG. The monitoring concerns both the visit and the person who is subject to imprisonment and also the conversations which take place during the visit.

Are the contents of written correspondence of persons who are subject to the above-mentioned prison sentences monitored?

Depending on the circumstances of the individual case, the written correspondence of persons who are subject to imprisonment can generally be monitored for the same reasons as visits depending on the type of imprisonment to be enforced in accordance with § 35 HStVollzG, § 34 HessJStVollzG, § 27 HUVollzG, § 35 HSVVollzG, however not the written correspondence with the defence lawyer.

Are the telecommunications of persons who are subject to the above-mentioned prison sentences monitored?

Depending on the circumstances of the individual case, persons who are subject to imprisonment who are entitled to telecommunications can generally be monitored for the same reasons as visits depending on the type of imprisonment to be enforced in accordance with § 36 HStVollzG, § 35 HessJStVollzG, § 28 HUVollzG, § 36 HSVVollzG or § 19 JAVollzG, however not the telecommunications with the defence lawyer. Should a telecommunications system be set up, then depending on the circumstances of the individual case, participation in such can be made dependent on the prisoners' and other conversation participants' agreeing to possible random monitoring of the telecommunications.

Does monitoring take place outside of prison cells and rooms for persons detained for security reasons?

Depending on the particular type of prison sentence referred to above being enforced, prisoners or persons detained for security reasons can be subject to open optical monitoring outside of prison cells and persons detained for security reasons in accordance with § 45 HStVollzG, § 44 HessJStVollzG, § 30 HUVollzG, § 45 HSVVollzG including with technical equipment (in particular video monitoring) in order to ensure security and order in the prison. The information obtained here can also be recorded and stored in a manner depending on the circumstances of the individual case.

Does monitoring take place inside of prison cells and rooms for persons detained for security reasons?

If prisoners or persons detained for security reasons are subject to monitoring pursuant to § 50 HStVollzG, § 49 HessJStVollzG, § 35 HUVollzG, § 50 HSVVollzG under a special security measure, this can also be done with technical equipment (in particular video monitoring). The information obtained here can also be recorded and

saved in a manner depending on the circumstances of the individual case.

Are the outside areas of prisons monitored?

Depending on the respective type of prison sentence referred to above being enforced, outside areas can be monitored in accordance with § 58 HStVollzG, § 58 HessJStVollzG, § 54 HUVollzG, § 58 HSVVollzG and § 38 HessJAVollzG with technical equipment (in particular video monitoring) in order to maintain security and order (also in order to safeguard against risks to this) and the information acquired during this process can also be recorded and saved, also depending on the circumstances of the individual case.

Are external persons checked prior to entering the prison?

Persons who work in judicial enforcement and who are not in a service or employment relationship with the prison and who are not requesting access on behalf of another authority can only be admitted for this purpose if no security concerns exist. Depending on the type of imprisonment in accordance with § 58a HStVollzG, § 58a HessJStVollzG, § 54a HUVollzG, § 58a HSVVollzG and § 38 HessJAVollzG, the prison will carry out a reliability check with the consent of the relevant person in order to maintain security and order in the prison. For this purpose, the prison may

- obtain information in accordance with § 41 Paragraph 1 Number 1 of the Federal Central Register Act (Bundeszentralregistergesetz)
- or information from the police authorities
- and, where necessary, information from the State Office for Protection of the Constitution.

Furthermore, but never during visits by defence lawyers, the prison may also carry out a reliability check with consent in relation to persons who wish to visit prisoners, persons detained for security reasons or arrested persons or who wish to visit the prison in order to maintain security and order. In case of visitors, the authorities consulted during this process will also be informed that access to the prison is being requested and for which prisoners, persons detained for security reasons or arrested persons. Should the prison become aware of facts which are relevant to security, the person concerned will not be permitted to carry out the work or visit the prison or permission will only be granted with restrictions. The same applies if the person concerned refuses to consent to a reliability check.

Is it permitted to read data carriers which are brought into prisons in an unauthorised manner?

Depending on the type of imprisonment to be enforced, in accordance with § 59 HStVollzG, §

59 HessJStVollzG, § 55 HUVollzG, § 59 HSVVollzG and § 38 HessJAVollzG it is permitted for enforcement purposes, in particular in order to maintain security or order of the prison, to read electronic devices which were brought into the prison without permission, on the orders of prison management. The reasons must be set out in the order. Should the persons concerned be known, they must be informed of the reasons prior to the reading.

What rights exist when notifying release data and assets in case of imprisonment, juvenile detention, detention for security reasons and the arrest of juveniles?

Depending on the type of imprisonment to be enforced, in accordance with § 60 HStVollzG, §

60 JStVollzG, § 60 HSVVollzG und § 38 JAVollzG, prisons or the supervisory authority can, in accordance with the applicable provisions of the HDSIG, provide notification on request as to whether a person is imprisoned or detained for security reasons or whether a juvenile has been arrested, as well as whether and when the release is expected to take place. In addition, including in case of the arrest of juveniles, information concerning the assets of the prisoners or their release address can also be issued following a written request, if this is necessary in order to determine or assert legal claims in connection with the criminal offence.

Subject to additional requirements, except in the case of the arrest of juveniles, notifications concerning the initial granting of measures leading to the initiation of enforcement can be provided by the prison. The persons who are subject to imprisonment will be heard prior to the above-mentioned notifications, unless concerns exist that the attainment of the interests of the applicant would be frustrated or made significantly more difficult as a result. Should the hearing not take place, notification concerning the disclosure by the prison or supervisory authority will then be issued.

What rights exist when notifying release data and assets in case of pre-trial detention?

According to § 56 HSVVollzG, the prison or the supervisory authority can, following a request, provide notification as to whether somebody is subject to pre-trial detention and the expected date of release. The persons who are subject to pre-trial detention will be heard prior to the above-mentioned notifications, unless concerns exist that the attainment of the interests of the applicant would be frustrated or made significantly more difficult as a result.

Should the hearing not take place, notification concerning the disclosure by the prison or supervisory authority will then be issued.

In case of a permanent suspension of the proceedings, an incontestable rejection of

the opening of the principal proceedings or an acquittal by a court, the bodies who have received a notification of the release must be informed following a request by the person subject to pre-trial detention. The persons subject to pre-trial detention must be informed of their right to make a request during the hearing.

Do disclosure powers and obligations exist in case of data which requires special protection?

Depending on the type of imprisonment to be enforced, in accordance with § 61 HStVollzG, § 61 HessJStVollzG, § 57 HUVollzG, § 61 HSVVollzG and § 38 HessJAVollzG, certain persons subject to professional secrecy, in particular doctors, psychologists and social workers and, in individual cases, other persons, are entitled and in part also obliged to disclose personal data which has been entrusted to them in confidence by prisoners, or of which they have otherwise become aware, to prison management, should this be absolutely necessary for the security of the prison or in order to defend against significant risks to the life or health of persons.

Disclosure is also permitted if this concerns determination of whether persons who are subject to imprisonment are capable of participating in certain measures of an enforcement nature or taking part in and co-operating with treatment measures.

C. Information sheet concerning the processing of personal data in the area of applicability of the General Data Protection Regulation

For what purpose is personal data processed in the area of applicability of the General Data Protection Regulation?

According to Article 6 GDPR, personal data can be processed, provided that one of the following reasons is present:

- the data subject has issued his or her consent to the processing of personal data concerning him or her for one or more specific purposes
- the processing is necessary in order to fulfil a contract whose contracting partner is the data subject or in order to perform pre-contractual measures which take place on the request of the data subject
- the processing is necessary to fulfil a legal obligation to which the controller is subject
- the processing is necessary to protect key interests of the data subject or another natural person
- the processing is necessary to fulfil a task which is in the public interest or which takes place in the course of exercising public powers which have been assigned to the controller.

A conclusive list of all conceivable instances in which personal data can be

processed is not possible, in particular in relation to the numerous possible legal obligations to which prisons are subject.

What rights to information exist in the area of applicability of the General Data Protection Regulation?

Should data be processed in the area of applicability of the General Data Protection Regulation, then in accordance with Article 15 you have the right to receive information as to whether and to what extent the judicial enforcement authority processes your personal data. It must be borne in mind that this right of information can be restricted under individual provisions of the HDSIG, in particular in accordance with §§ 24 to 26 und 33.

What rights to rectification exist in the area of applicability of the General Data Protection Regulation?

Should processed data (no longer) be applicable, you can request rectification in accordance with Article 16 GDPR. Should the personal data be incomplete, completion can be requested.

What rights to erasure exist in the area of applicability of the General Data Protection Regulation?

In accordance with the conditions set out in Article 17 GDPR and § 34 HDSIG, you can request the deletion of your personal data. Your claim to erasure depends on various factors including whether the data concerned is still required by the competent authority in order to fulfil its statutory tasks.

Do rights to have the processing restricted exist in the area of applicability of the General Data Protection Regulation?

Within the framework of the provisions set out in Article 18 GDPR, data subjects have the right to request a restriction of the processing of the personal data relating to them. Should the processing have been restricted, with the exception of saving, this personal data may only be processed with the consent of the data subject or in order to assert, exercise or defend legal claims or to protect the rights of another natural or legal person or for reasons connected to an important public interest of the EU or of a Member State.

Does a right of data portability exist in the area of applicability of the General Data Protection Regulation?

According to Article 20 GDPR, data subjects have the right to receive data in a specified format and to transfer this to third parties. This right does not exist if the judicial enforcement authority does not process the personal data on the basis of

consent or by using automated procedures.

Does a right to object to the processing of personal data exist in the area of applicability of the General Data Protection Regulation?

In accordance with Article 21 GDPR, the data subjects have the right to raise an objection to the processing of personal data relating to them for reasons which are connected to their specific situation. However, the right to raise an objection does not apply if a mandatory public interest in the processing exists or if the processing is required by a statutory regulation (§ 35 HDSIG).

D. Additional details, should this information be obtained via the website of the specific judicial enforcement authority

What does the following information apply to?

The following data protection notices apply to the Internet service of the authority named under A - **this is not accessible to persons who are subject to imprisonment** – and to the personal data gathered via this website. To this extent, the named authority is also responsible for such. For Internet sites of other providers which are referred to via links for example, the data protection notices and declarations there apply.

Who carries out the hosting?

The Internet service is maintained by the Hessische Zentrale für Datenverarbeitung as a technical service provider on behalf of the competent authority and in accordance with its guidelines.

What usage data is gathered when requesting an Internet file? Each time an Internet file is requested, the following access data is saved by the Hessische Zentrale für Datenverarbeitung for statistical evaluations by the employees of the state administration or the HZD:

- the site from which the file was requested
- the name of the accessed file
- the date and time of the request
- the transferred data quantity
- the access status (file transferred, file not found etc)
- the type of access (GET, POST)
- description of the browser and operating system used
- the anonymised IP address of the requesting computer
- the session ID
- cookies

For reasons connected to data security, i.e. in order to clarify unauthorised access or prevent misuse of the Internet site, the full IP address of the requesting computer will be recorded, saved and automatically deleted seven days after the end of the access. Cookies or JAVA applets can be used on this Internet site. The use of these functions can be turned off by the respective user by setting the browser program accordingly.

Mémento relatif au traitement des données à caractère personnel dans le cadre de l'administration pénitentiaire de la Hesse

Version du : 20/03/2019

A. Généralités

Quelle est la finalité des informations ci-dessous ?

Certaines informations concernant le traitement de données à caractère personnel doivent être mises à disposition en vertu des obligations légales. Ces obligations s'appliquent également à l'administration pénitentiaire de la Hesse. Les informations ci-dessous sont notamment destinées

- aux employés de l'administration pénitentiaire
- aux personnes soumises à des peines privatives de liberté dans les établissements pénitentiaires et de redressement de la Hesse (ci-après désignés les « établissements »)
- aux visiteurs des établissements
- aux collaboratrices et collaborateurs bénévoles
- aux partenaires contractuels des établissements.

Ces informations remplacent-elles les textes de loi ?

Ces informations ne remplacent pas les dispositions légales en vigueur. Elles sont fournies uniquement à titre d'information. Certaines dispositions légales applicables prévoient, en partie, des réglementations très détaillées. Par conséquent, il est toujours nécessaire de se référer aux textes de loi en vigueur afin d'examiner une situation de droit. Les dispositions légales sont toutefois publiées, également sur Internet. Dès lors que vous pouvez accéder à Internet – **ce qui n'est pas le cas des personnes soumises à une peine privative de liberté** – vous trouverez les lois du Land de la Hesse mentionnées dans le présent document à l'adresse <https://www.hessenrecht.hessen.de/> et les dispositions légales européennes sur <http://eur-lex.europa.eu/>

Qu'entend-on par données à caractère personnel ?

Les données à caractère personnel sont toutes les informations relatives à des personnes physiques identifiées ou identifiables (ci-après désignées la « *personne concernée* »). Il peut par exemple s'agir du nom d'une personne ou de sa date de naissance.

En quoi consiste le traitement de données à caractère personnel ?

Ce terme désigne tout processus en relation avec les données à caractère personnel.

Cela comprend notamment la collecte des données, mais également leur enregistrement, consultation, utilisation, communication par transmission, diffusion ou toute autre forme de mise à disposition, leur effacement ou leur suppression.

Cette disposition s'applique que le traitement des données soit effectué sous forme électronique ou non.

Le traitement des données à caractère personnel concerne aussi de nombreuses situations du quotidien des personnes avec lesquelles l'administration pénitentiaire de la Hesse entre en contact.

D'où proviennent les données à caractère personnel traitées ? Les autorités de l'administration pénitentiaire peuvent collecter des données à caractère personnel non seulement auprès de la personne concernée, mais également auprès d'autres entités et personnes.

Quelles sont les dispositions légales applicables au traitement de données à caractère personnel par l'administration pénitentiaire de la Hesse ?

Dès lors que des données à caractère personnel sont traitées aux fins de l'exécution de peines privatives de liberté, la Directive européenne (UE) 2016/680 s'applique lorsque la privation de liberté découle d'une condamnation pénale ou qu'il s'agit d'une détention préventive.

En outre, les dispositions du droit national du Land de la Hesse qui mettent en œuvre cette directive s'appliquent mutatis mutandi. Celles-ci comprennent les dispositions correspondantes de la Loi hessoise sur la protection des données et la liberté d'information (HDSIG), et notamment la partie 3.

En outre, les lois régissant le régime pénitentiaire de la Hesse - suivant le type de privation de liberté, la loi hessoise sur l'exécution des peines (HStVollzG) en cas de condamnation pénale, la loi hessoise sur l'exécution des peines pénales applicables aux mineurs (HessJStVollzG) en cas de condamnation d'un mineur, la loi hessoise sur l'exécution des peines de détention préventive (HUVollzG) en cas de détention préventive, la loi hessoise sur l'exécution des peines d'internement à titre de sûreté (HSVollzG) en cas de peine d'internement à titre de sûreté ainsi que la loi hessoise sur l'exécution des peines éducatives appliquées aux mineurs (HessJAVollzG) en cas de peine éducative – prévoient des règles spécifiques. Aux fins de l'exécution des peines privatives de liberté susmentionnées (ci-après désignées les « *PPL susmentionnées* »), les dispositions prévues par les lois d'exécution précitées s'appliquent en priorité. Dès lors que celles-ci ne prévoient pas de règlement particulier, les conditions générales prévues par l'HDSIG s'appliquent.

En principe, ce sont les dispositions de la directive susmentionnée qui s'appliquent au champ d'application de la directive susmentionnée (et des lois d'application

correspondantes), et non celles du Règlement européen (UE 2016/679 (appelé Règlement général sur la protection des données)).

Des remarques spécifiques concernant le traitement des données dans le cadre de l'exécution des PPL susmentionnées sont indiquées au point B.

À quel domaine de l'administration pénitentiaire de la Hesse le Règlement général sur la protection des données s'applique-t-il ?

Dans le cadre de l'administration pénitentiaire de la Hesse, le Règlement général sur la protection des données s'applique à tous les domaines dans lesquels le traitement de ces données n'est pas effectué aux fins visées par la directive européenne (UE) 2016/680.

Par conséquent, en principe, le Règlement général sur la protection des données s'applique par ex. aux contrats de travail des employés de l'administration pénitentiaire de la Hesse ainsi que, dans des cas particuliers, à des contrats conclus par l'administration pénitentiaire avec des tiers.

En outre, le Règlement général sur la protection des données s'applique au traitement de données à caractère personnel qui sont collectées en vertu de la Directive (UE) 2016/680, mais ne sont pas traitées selon leurs finalités prévues : par exemple lorsque des données à caractère personnel concernant des détenus doivent être transmises par l'administration pénitentiaire aux autorités sanitaires, au service de l'immigration, aux services sociaux. Cette règle est prévue par l'art. 9 al. 1 phrase 2 de la Directive européenne (UE) 2016/680.

Les autres formes de détention qui ne découlent pas d'une condamnation pénale ou n'ont pas été prononcées dans une procédure d'enquête pénale (telles que les arrestations civiles au sens des art. 171 et s. de la loi fédérale sur l'exécution des peines comme la détention administrative ou la rétention dans le cadre de l'art. 62a de la loi fédérale allemande sur le séjour) relèvent également du Règlement général sur la protection des données.

Dès lors que le Règlement général sur la protection des données est considéré comme applicable, des remarques correspondantes sont communiquées au point C.

Qui est responsable du traitement des données à caractère personnel ?

Le responsable du traitement des données à caractère personnel au sein de l'administration pénitentiaire de la Hesse est l'autorité chargée de l'exécution des peines qui décide des finalités et des moyens consacrés au traitement des données à caractère personnel. Les coordonnées des autorités chargées de l'exécution des peines dont provient la présente information sont les suivantes :

**Justizvollzugsanstalt Limburg
Walderdorffstraße 16, 65449 Limburg**

Le ou la délégué(e) à la protection des données des autorités chargées de l'exécution des peines peut être joint aux mêmes coordonnées. Pour la ou le contacter par courrier, il convient de préciser « À l'intention du/de la délégué(e) à la protection des données » dans le champ d'adresse en complément.

Quand êtes-vous en droit de recourir au ou à la délégué(e) à la protection des données de la Hesse ?

Indépendamment qu'un traitement des données à caractère personnel intervienne en vertu de la Directive (UE) 2016/680 ou en vertu du Règlement général sur la protection des données, conformément à l'HDSIG, vous pouvez vous adresser au ou à la délégué(e) à la protection des données de la Hesse, si vous estimez que le traitement de vos données à caractère personnel par les autorités publiques, et notamment celui effectué par l'administration pénitentiaire, porte atteinte à vos droits.

Comment peut-on joindre le/la délégué(e) à la protection des données de la Hesse ?

Le ou la délégué(e) à la protection des données de Hesse est joignable à l'adresse suivante :

Le délégué à la protection des données et à la liberté de l'information de la Hesse, Boîte postale 3163, 65021 Wiesbaden ou Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden ; Téléphone : +49 611 1408 – 0 ; Fax : +49 611 1408 – 611.

Si vous disposez d'un accès Internet – **ce qui n'est pas le cas des personnes soumises à une peine privative de liberté** – vous pouvez également joindre le ou la délégué(e) à la protection des données de Hesse à l'adresse e-mail suivante : Poststelle@datenschutz.hessen.de.

B. Informations relatives au traitement des données à caractère personnel au sein de l'administration pénitentiaire de la Hesse aux fins de l'exécution de peines d'emprisonnement, de détention de mineurs, de détention préventive, de détention de sûreté ou d'arrestation de mineurs

Quels sont les finalités et le fondement juridique du traitement des données dès lors qu'il intervient dans le cadre de l'exécution de peines privatives de liberté ?

Conformément à l'art. 58 HStVollzG ou à l'art. 58 HessJStVollzG, l'art. 54 HUVollzG, 58 HSVVollzG ou à l'art. 38 HJA VollzG, les établissements ainsi que le Ministère de la justice de la Hesse en qualité d'autorité de surveillance de ceux-ci traitent des données à caractère personnel lorsqu'une prescription légale spécifique le prévoit ou le requiert obligatoirement et dès lors et aussi longtemps que cela est nécessaire à l'exécution d'une peine privative de liberté.

Quels sont vos droits lorsque le traitement de données à caractère personnel dans le cadre de l'exécution des PPL susmentionnées intervient sur la base d'un consentement ?

En tant que personne concernée et au sens de l'art. 46 HDSIG, vous avez le droit de révoquer votre consentement à tout moment. La révocation du consentement n'a pas d'incidence sur la légitimité du traitement effectué sur la base du consentement jusqu'à la révocation de celui-ci. Vous devez en être averti avant de donner votre consentement. En tant que personne concernée, vous devez être informée de la finalité prévue du traitement. Si nécessaire, selon les circonstances particulières, ou si vous en faites la demande, vous devez également être informé des conséquences d'une révocation du consentement.

Quels sont vos droits d'information concernant le traitement des données effectué dans le cadre de l'exécution des PPL susmentionnées ?

Conformément à l'art. 52 HDSIG, en principe, vous avez, en tant que personne concernée, le droit, sur demande, de recevoir gratuitement des informations sur le fait que l'autorité compétente traite ou non des données à caractère personnel vous concernant. En outre, vous avez le droit d'être informé concernant

- les données à caractère personnel faisant l'objet du traitement et la catégorie à laquelle elles appartiennent,
- les informations disponibles concernant l'origine des données,
- les finalités du traitement et son fondement juridique,
- les destinataires auxquels les données sont communiquées,
- la durée de conservation des données ou au cas où cela serait impossible, les critères pour fixer ce délai,
- l'existence d'un droit à la rectification, à l'effacement ou à la limitation du traitement des données par les responsables,
- le droit de saisir le ou la délégué(e) à la protection des données de la Hesse au sens de l'art. 55 HDSIG, et
- Les options de contact du ou de la délégué(e) à la protection des données de la Hesse.

Si au sens de l'art. 52 HDSIG, vous êtes informé d'une renonciation à ou d'une

restriction de l'information, vous pouvez également exercer votre droit à l'information auprès du ou de la délégué(e) à la protection des données de la Hesse. Le responsable doit vous informer de cette possibilité et du fait que d'après l'art. 55 HDSIG, vous pouvez contacter le ou la délégué(e) à la protection des données de la Hesse ou demander à bénéficier d'une protection juridique.

Le ou la délégué(e) à la protection des données de la Hesse doit vous indiquer si tous les contrôles nécessaires ont été effectués ou si un contrôle a été effectué par vous-même ou par ses soins. La communication que vous adresse le ou la délégué(e) à la protection des données de la Hesse ne doit pas contenir de conclusions sur le niveau de connaissances du responsable, dès lors que celui-ci n'approuve pas la communication d'autres informations. Le ou la délégué(e) à la protection des données de la Hesse doit également vous informer de votre droit à la protection judiciaire. Le responsable doit documenter les motifs matériels ou juridiques justifiant la décision.

En principe, quels sont vos droits en matière de rectification et d'effacement ainsi que de limitation du traitement des données à caractère personnel dès lors que le traitement intervient dans le cadre de l'exécution des PPL susmentionnées ?

Conformément à l'art. 53 HDSIG, vous êtes en droit d'exiger de l'autorité compétente qu'elle rectifie immédiatement les données incorrectes vous concernant. Si l'exactitude ou l'inexactitude des données ne peut pas être vérifiée, une limitation du traitement est adoptée en lieu et place de la rectification. Dans ce cas, le responsable doit vous informer avant de supprimer la limitation. De plus, vous pouvez demander à ce que des données à caractère personnel soient complétées si cela est indiqué au regard des finalités de traitement.

D'après l'art. 53 HDSIG, en principe, vous êtes en droit d'exiger de l'autorité compétente l'effacement immédiat des données vous concernant lorsque leur traitement est illégal, que leur possession n'est plus nécessaire à l'accomplissement de leur tâche ou que celles-ci doivent être effacées en vertu d'une obligation légale.

Au lieu d'effacer les données à caractère personnel, en principe, l'autorité compétente peut limiter leur traitement lorsqu'

- il existe un motif permettant de supposer qu'un effacement porterait atteinte aux intérêts dignes de protection d'une personne concernée,
- les données doivent encore être conservées à des fins de preuve où
- un effacement n'est pas possible ou nécessiterait une charge de travail disproportionnée du fait du type d'enregistrement spécifique.

Les données dont le traitement est limité ne doivent être traitées que pour les

finalités qui ont empêché leur effacement, ou avec le consentement de la personne concernée.

Si l'autorité compétente a procédé à une rectification, l'entité qui lui a transmis les données à caractère personnel en premier lieu doit communiquer la rectification. En cas de rectification, d'effacement ou de limitation du traitement, l'autorité compétente doit informer les destinataires auxquels les données ont été transmises de la mesure prise. Le destinataire doit rectifier les données, les effacer ou limiter leur traitement.

L'autorité compétente doit vous informer par écrit si elle renonce à procéder à la rectification ou à l'effacement de données à caractère personnel ou si elle décide pour une limitation du traitement – indépendamment des cas exceptionnels visés à l'art. 52 HDSIG. L'information doit être motivée, sous réserve que la communication des motifs compromettrait la finalité visée par la renonciation sur laquelle porte l'information. Les dispositions de l'art. 52 HDSIG concernant l'invocation du ou de la délégué(e) à la protection des données de la Hesse s'appliquent en conséquence.

Existe-t-il des délais d'effacement des données traitées dans le cadre de l'exécution des PPL susmentionnées ?

Dans le cadre de l'administration pénitentiaire, des règles particulières relatives à l'effacement et à la limitation du traitement des données à caractère personnel s'appliquent en priorité sur les dispositions générales prévues par l'HDSIG.

Dans le cadre de l'exécution de peines applicables aux adultes et d'internement à titre de sûreté, conformément à l'art. 65 HStVollzG ou à l'art. 65 HSVVollzG, les données à caractère personnel collectées ou produites dans le cadre de l'utilisation d'un système de surveillance électronique doivent être supprimées immédiatement une fois la mesure terminée, au plus tard 72 heures après la fin du jour calendrier durant lequel elles ont été produites pour les enregistrements vidéos ou résultats issus de la lecture de supports de données. Cette disposition ne s'applique pas dès lors qu'au moment de la décision relative à l'effacement, la poursuite du traitement est indispensable dans le cadre d'une limitation du traitement à des fins de preuve concrètes.

Si des données à caractère personnel ont été traitées bien qu'elles relèvent du principe fondamental de protection de la vie privée, celles-ci doivent être effacées sans délai et au plus tard 24 heures après la fin du jour calendrier durant lequel elles ont été produites. Les données à caractère personnel figurant dans les dossiers personnels des détenus ou dans d'autres fichiers concernant les personnes détenues doivent être effacées au plus tard cinq ans après la libération des personnes concernées ou leur transfert vers d'autres établissements. Les autres données à caractère personnel enregistrées dans d'autres fichiers et

dossiers doivent être supprimées immédiatement dès lors que leur conservation n'est plus nécessaire, et au plus tard après expiration de cinq ans à compter de leur collecte.

La limitation du traitement prend fin lorsque les détenus sont réintégrés aux fins de l'exécution d'une peine privative de liberté ou que les personnes concernées ont donné leur consentement.

Dans le cadre de l'exécution de peines applicables aux mineurs ou de la détention pour mineurs, des dispositions correspondantes s'appliquent à condition que le délai au terme duquel les données à caractère personnel doivent être effacées au plus tard s'élève à trois ans dans le cadre de l'exécution des peines applicables aux mineurs (art. 65 HessJStVollzG) et à deux ans pour la détention de mineurs (art. 38 HessJAVollzG).

Dans le cadre de l'exécution de détention préventive, des dispositions correspondantes s'appliquent également, à la condition que le délai au terme duquel les données à caractère personnel doivent être effacées au plus tard s'élève à deux ans au lieu de cinq. Cependant, si l'établissement pénitentiaire prend connaissance d'une clôture définitive de la procédure, d'un rejet incontestable de l'ouverture de la procédure principale ou d'un acquittement à titre définitif, un délai d'un mois à compter de la prise de connaissance s'applique en lieu et place du délai autrement applicable (art.61 HUVollzG).

D'après les dispositions prévues par les lois régissant l'administration pénitentiaire de la Hesse, les délais maximums suivants s'appliquent à la conservation des fichiers et dossiers :

- 20 ans pour les données issues des dossiers personnels des détenus et mineurs arrêtés ainsi que des dossiers et documents médicaux.
- 30 ans pour les données issus des registres de détenus.

Quels sont vos droits d'information concernant le traitement des données à caractère personnel, dès lors que celui-ci intervient dans le cadre de l'exécution des PPL susmentionnées ?

Les droits correspondants sont énumérés ci-après, en indiquant les fondements juridiques et les finalités de traitement correspondants. La durée d'enregistrement des données à caractère personnel produites dans ce contexte dépend des délais de leur effacement ; par conséquent, nous renvoyons aux informations ci-dessus concernant votre droit à l'effacement de données.

Quels sont vos droits en cas de violation de la protection de données à caractère personnel, dès lors qu'il s'agit de l'exécution des PPL susmentionnées ?

Si une violation de la protection de données à caractère personnel est susceptible d'entraîner un risque élevé pour les droits et libertés de personnes physiques, conformément à l'art. 61 HDSIG, le responsable doit immédiatement informer les personnes concernées de la violation.

Quels sont les droits, lorsqu'une personne soumise à une des PPL susmentionnées souffre d'une maladie grave ?

En cas de maladie grave ou de décès de personnes soumises à une peine privative de liberté – suivant le type de peine privative de liberté conformément à l'art. 24 HStVollzG, à l'art. 24 HessJStVollzG, à l'art. 17 HUVollzG ou à l'art. 24 HSVVollzG – les proches dont l'identité est connue de l'établissement et notamment les tuteurs légaux doivent être informés immédiatement. En cas de maladie grave, cette disposition ne s'applique que si les personnes soumises à une peine privative de liberté ont donné leur consentement en ce sens. Le consentement en la matière est un droit et non une obligation. Le souhait d'avertir d'autres personnes doit être satisfait dans la mesure du possible.

Les visites reçues par les personnes soumises à une des PPL susmentionnées sont-elles surveillées ?

Les visites au sein des établissements – suivant la situation particulière, mais en principe pas lors des visites d'un avocat – peuvent être surveillées pour des raisons de sécurité ou de maintien de l'ordre au sein de l'établissement ou pour des raisons éducatives ou de traitement, également dans le cadre d'une surveillance vidéo. Indépendamment de la situation particulière, les informations collectées dans ce contexte peuvent également être enregistrées et stockées pour des raisons de sécurité ou de maintien de l'ordre au sein de l'établissement ou pour des raisons éducatives ou de traitement. Suivant le type de peine privative de liberté à exécuter, le fondement juridique de cette surveillance est l'art. 34 HStVollzG, l'art. 33 HessJStVollzG, l'art. 26 HUVollzG, l'art. 34 HSVVollzG ou l'art. 19 HessJAVollzG. La surveillance porte à la fois sur la visite et sur la personne soumise à la peine privative de liberté, ainsi que sur la conversation tenue durant la visite.

Le contenu de la correspondance écrite des personnes soumises à une des PPL susmentionnées est-il surveillé ?

Pour les mêmes raisons que pour les visites, le contenu de la correspondance écrite des personnes soumises à une peine privative de liberté peut être surveillé – suivant le type de peine privative de liberté à exécuter en vertu de l'art. 35 HStVollzG, de l'art. 34 HessJStVollzG, de l'art. 27 HUVollzG ou de l'art. 35 HSVVollzG – selon les circonstances particulières, mais en principe pas pour la

correspondance écrite avec un avocat.

Les télécommunications des personnes soumises à une des PPL susmentionnées sont-elles surveillées ?

Pour les mêmes raisons que pour les visites, dès lors que les télécommunications sont autorisées aux personnes soumises à une peine privative de liberté, celles-ci peuvent être surveillées – suivant le type de peine privative de liberté à exécuter en vertu de l'art. 36 HStVollzG, de l'art. 35 HessJStVollzG, de l'art. 28 HUVollzG, de l'art. 36 HSVVollzG ou de l'art. 19 JAVollzG – selon les circonstances particulières, mais en principe pas pour les télécommunications avec un avocat. Si un système de télécommunication est mis en place – selon les circonstances particulières – sa participation peut être conditionnée par le fait que les détenus et les autres interlocuteurs consentent à une surveillance aléatoire potentielle des télécommunications.

Une surveillance est-elle opérée en dehors des cellules et chambres pour l'internement à titre de sûreté des détenus ?

Suivant le type de PPL susmentionnée à exécuter, au sens de l'art. 45 HStVollzG, de l'art. 44 HessJStVollzG, de l'art. 30 HUVollzG ou de l'art. 45 HSVVollzG, afin de garantir la sécurité et le maintien de l'ordre au sein de l'établissement, les détenus peuvent être soumis à une surveillance visuelle en dehors des cellules et chambres des personnes internées à titre de sûreté, également à l'aide d'équipements techniques (notamment dans le cadre d'une surveillance vidéo). Les informations collectées dans ce cadre peuvent être également enregistrées et stockées en fonction des circonstances propres à chaque cas.

Une surveillance est-elle opérée dans les cellules et chambres des détenus internés à titre de sûreté ?

Elle peut être opérée par certains moyens techniques, en particulier par vidéosurveillance, si les détenus ou les personnes internées à titre de sûreté sont soumis à une surveillance régie par l'art. 50 HStVollzG, l'art. 49 HessJStVollzG, l'art. 35 HUVollzG et l'art. 50 HSVVollzG. Les informations collectées dans ce cadre peuvent également être enregistrées et stockées selon les circonstances propres à chaque cas.

Les espaces extérieurs des établissements sont-ils surveillés ?

Suivant le type de peine privative de liberté exécutée, conformément à l'art. 58 HStVollzG, à l'art. 58 HessJStVollzG, à l'art. 54 HUVollzG, à l'art. 58 HSVVollzG et à l'art. 38 HessJAVollzG, aux fins de la sécurité et du maintien de l'ordre, les espaces extérieurs des établissements peuvent être surveillés à l'aide

d'équipements techniques (notamment dans le cadre d'une surveillance vidéo) et les informations ainsi collectées, selon la situation particulière, peuvent également être enregistrées et stockées.

Les personnes extérieures à l'établissement sont-elles contrôlées avant d'accéder à celui-ci ?

Les personnes amenées à travailler au sein d'administration pénitentiaire, qui n'interviennent pas dans le cadre d'une relation de travail ou de service avec l'établissement ou l'autorité de surveillance et à qui l'accès n'est pas autorisé pour le compte d'une autre autorité ne peuvent effectuer les tâches correspondantes qu'en l'absence de doutes concernant la sécurité. Suivant le type de peine privative de liberté au sens de l'art. 58a HStVollzG, de l'art. 58a HessJStVollzG, de l'art. 54a HUVollzG, de l'art. 58a HSVVollzG ou de l'art. 38 HessJAVollzG, afin de garantir la sécurité ou le maintien de l'ordre au sein de l'établissement, l'établissement procède à une vérification des antécédents avec l'accord de la personne concernée. Pour ce faire, elle peut

- obtenir une information au sens de l'art. 41 al. 1 n 1 de la loi allemande sur le casier judiciaire fédéral
- réclamer une attestation des autorités de police
- et le cas échéant, dans des cas individuels, consulter le bureau régional pour la protection de la Constitution.

En outre, afin de maintenir la sécurité ou l'ordre au sein de l'établissement, mais en principe pas lors des visites d'avocats, l'établissement peut également procéder à une vérification des antécédents des personnes autorisées à rendre visite aux détenus, aux personnes internées à titre de sûreté ou aux mineurs arrêtés ou à pénétrer au sein de l'établissement, avec le consentement de la personne concernée. Pour les visiteurs, l'autorité correspondante est également informée de l'autorisation de visite et de l'identité des détenus ou personnes internées à titre de sûreté et mineurs arrêtés pour lesquels l'autorisation a été accordée. Si dans ce contexte, l'établissement identifie des éléments pertinents en termes de sécurité, la personne concernée n'est pas autorisée ou est autorisée dans certaines limites à effectuer les tâches ou à rendre la visite concernée(s). Cette disposition s'applique également si la personne concernée ne consent pas à une vérification de ses antécédents.

Les supports de données introduits au sein des établissements de manière illicite peuvent-ils être lus ?

Suivant le type de peine privative de liberté, au sens de l'art. 59 HStVollzG, de l'art. 59 HessJStVollzG, de l'art. 55 HUVollzG, de l'art. 59 HSVVollzG ou de l'art. 38

HessJAVollzG, la lecture d'appareils électroniques avec supports de données qui sont introduits sans autorisation au sein de l'établissement est autorisée aux fins de l'exécution et en particulier du maintien de la sécurité ou de l'ordre au sein de l'établissement, sur instruction écrite de la direction de l'établissement. Les motifs doivent être définis dans l'instruction. Si les personnes concernées sont connues, les motifs de la lecture des supports doivent leur être communiqués avant ladite lecture.

Quels droits existe-t-il dans le cadre de la communication de données sur la libération et celles sur la situation économique en cas de détentions, appliquées aux mineurs ou d'internements à titre de sûreté ou d'arrestations de mineurs ?

Suivant le type de peine privative de liberté à exécuter, au sens de l'art. 60 HStVollzG, de l'art.

60 JStVollzG, de l'art. 60 HSVVollzG et de l'art. 38 JAVollzG en association avec les dispositions applicables de l'HDSIG, sur demande, les établissements et autorités de surveillance peuvent communiquer, si une personne se trouve en détention, en internement à titre de sûreté ou en arrestation pour mineurs ainsi que déterminer si et quand sa libération est prévue. En outre – excepté pour l'arrestation pour mineurs – sur demande écrite, ils peuvent également communiquer la situation financière des détenus ou leur adresse lors de leur libération si cette communication est nécessaire à la constatation ou à l'exercice de droits en justice dans le cadre de l'infraction commise.

Sous d'autres conditions – excepté dans le cas d'une arrestation pour mineurs – ils peuvent également communiquer la date des premières mesures suspensives de l'exécution accordées par l'établissement. Les personnes soumises à la peine privative de liberté sont auditionnées avant les communications précitées, sous réserve qu'il y ait des raisons de craindre que cela entrave ou complique sensiblement la poursuite des intérêts du requérant. En l'absence d'une audition, la personne concernée est informée de la communication ultérieure par l'établissement ou l'autorité de surveillance.

Quels droits existe-t-il dans le cadre de la communication de données sur la libération et celles sur la situation économique dans le cadre de la détention préventive ?

Conformément à l'art. 56 HUVollzG, sur demande, l'établissement ou l'autorité de surveillance peuvent indiquer si une personne se trouve en détention préventive ainsi que déterminer si et quand sa libération est prévue. Les personnes soumises à la peine de détention préventive sont auditionnées avant cette communication, sous réserve qu'il y ait des raisons de craindre que cela entrave ou complique

sensiblement la poursuite des intérêts du requérant.

En l'absence

d'une audition, les personnes en détention préventive concernées sont informées de la communication ultérieure par l'établissement ou l'autorité de surveillance.

En cas de clôture définitive de la procédure, de rejet non contestable de l'ouverture de la procédure principale ou d'acquiescement, les entités auxquelles les données de libération ont été communiquées doivent être indiquées à la personne soumise à la détention préventive, à sa demande. Les personnes soumises à la détention préventive doivent être informées de leur droit de formuler cette demande lors de l'audition.

Existe-t-il des autorisations ou obligations de divulgation s'agissant des données nécessitant une protection particulière ?

Suivant le type de peine privative de liberté à exécuter, conformément à l'art. 61 HStVollzG, à l'art. 61 HessJStVollzG, à l'art. 57 HUVollzG, à l'art. 61 HSVVollzG ou à l'art. 38 HessJAVollzG, certaines personnes tenues au secret professionnel – notamment les médecins, psychologues et assistants sociaux, dans certains cas d'autres professionnels – sont autorisés et parfois même contraints de communiquer à la direction de l'établissement des données à caractère personnel qui leur ont été confiées par des personnes soumises à des peines privatives de liberté en tant que secret ou dont ils ont pris connaissance d'une autre manière, dès lors que cela est indispensable à la sécurité de l'établissement ou à la prévention de risques majeurs pour la vie ou la santé des personnes.

La divulgation est aussi autorisée dès lors que cela concerne la constatation de l'aptitude des personnes soumises à une peine privative de liberté à participer ou à contribuer à certaines mesures exécutoires ou de traitement.

C. Informations relatives au traitement de données à caractère personnel dans le champ d'application du Règlement général sur la protection des données

Dans quelles finalités les données à caractère personnel sont-elles traitées en vertu du Règlement général sur la protection des données ?

D'après l'art. 6 RGPD, les données à caractère personnel peuvent être traitées en présence, entre autres, d'un des motifs suivants :

- la personne concernée a consenti au traitement de ses données à caractère personnel pour une ou plusieurs finalités spécifiques
- le traitement est nécessaire à l'exécution d'un contrat auquel la personne concernée est partie ou à l'exécution de mesures précontractuelles prises à

la demande de celle-ci

- le traitement est nécessaire au respect d'une obligation légale à laquelle le responsable du traitement est soumis
- le traitement est nécessaire à la sauvegarde des intérêts vitaux de la personne concernée ou d'une autre personne physique
- le traitement est nécessaire à l'exécution d'une mission d'intérêt public ou relevant de l'exercice de l'autorité publique dont est investi le responsable du traitement.

Une énumération exhaustive de l'ensemble des constellations envisageables dans lesquelles des données à caractère personnel sont susceptibles d'être traitées est impossible, en particulier au regard des nombreuses obligations légales auxquelles les établissements sont soumis.

Quels droits à l'information existe-t-il en vertu du Règlement général sur la protection des données ?

Si les données sont traitées en vertu du Règlement général sur la protection des données, conformément à l'article 15 du RGPD, vous avez le droit d'être informé des données à caractère personnel vous concernant traitées par l'administration pénitentiaire et de l'étendue de ce traitement. Nous attirons votre attention sur le fait que ce droit d'information peut être restreint par certaines dispositions de l'HDSIG, notamment les art. 24 à 26 et 33 HDSIG.

Quels droits de rectification existe-t-il en vertu du Règlement général sur la protection des données ?

Dès lors que les données à caractère personnel traitées ne sont (plus) pertinentes, conformément à l'art. 16 du RGPD, vous pouvez demander une rectification des données. Si les données à caractère personnel sont incomplètes, vous pouvez demander à ce qu'elles soient complétées.

Quels droits à l'effacement existe-t-il en vertu du Règlement général sur la protection des données ?

Conformément aux conditions visées par l'art. 17 RGPD et à l'art. 34 HDSIG, vous pouvez demander l'effacement de vos données à caractère personnel. Votre droit à l'effacement est notamment conditionné par le fait que les autorités compétentes n'aient plus besoin des données afin de se conformer à leurs obligations légales.

Un droit à la limitation du traitement des données à caractère personnel est-il prévu en vertu du Règlement général sur la protection des données ?

Dans le cadre des prescriptions de l'art. 18 du RGPD, les personnes concernées

disposent d'un droit à la limitation du traitement des données les concernant. Si le traitement a été limité, ces données à caractère personnel – à l'exception de leur enregistrement – peuvent uniquement être traitées avec le consentement de la personne concernée aux fins de la constatation, de l'exercice ou de la défense de droits en justice ou de la protection des droits d'une autre personne physique ou morale, ou pour des raisons liées à un intérêt public majeur de l'Union ou d'un de ses États membres.

Existe-t-il un droit à la portabilité des données en vertu du Règlement général sur la protection des données ?

Conformément à l'article 20 du RGPD, les personnes concernées ont le droit de recevoir les données dans un certain format et de demander à ce qu'elles soient transférées à des tiers. Ce droit s'éteint si l'administration pénitentiaire ne traite les données à caractère personnel ni sur la base d'un consentement, ni au moyen de procédures automatisées.

Existe-t-il un droit d'opposition au traitement des données en vertu du Règlement général sur la protection des données ?

Conformément à l'article 21 du RGPD, les personnes concernées ont le droit de s'opposer au traitement des données à caractère personnel les concernant, pour des raisons tenant à leur situation particulière. Cependant, le droit d'opposition s'éteint dès lors qu'un intérêt public impérieux justifie le traitement ou que celui-ci est requis en vertu d'une obligation légale (art. 35 HDSIG).

D. Informations complémentaires, dans la mesure où elles sont acquises via le site Internet de l'autorité d'exécution des peines indiquée

Quelle est la finalité des remarques suivantes ?

Les remarques suivantes concernant la protection des données s'appliquent à l'offre Internet de l'autorité compétente mentionnée au point A – **celle-ci n'est pas accessible aux personnes soumises à une peine privative de liberté** – ainsi qu'aux données collectées sur ces pages Internet. L'autorité mentionnée en est responsable en conséquence. Les sites Internet d'autres fournisseurs accessibles par des liens sont soumis aux dispositions et aux politiques de protection des données en vigueur sur ces sites.

Qui est responsable de l'hébergement ?

L'offre Internet est administrée par la Centrale hessoise de traitement des données, prestataire technique agissant sur mandat de l'autorité compétente et conformément à ses instructions.

Quelles sont les données d'utilisation collectées lors de la consultation d'un fichier Internet ? Pour chaque consultation d'un fichier Internet, les données d'accès suivantes sont enregistrées par la Centrale de traitement des données de la Hesse (HZD) à des fins statistiques et par les collaborateurs de l'administration du Land ou de l'HZD.

- la page d'où provient la demande de consultation,
- le nom du fichier consulté,
- la date et l'heure de la demande,
- la quantité de données transmises,
- le statut d'accès (fichier transféré, fichier non trouvé, etc.),
- le type d'accès (GET, POST),
- la description du navigateur et/ou du système d'exploitation utilisé(s)
- l'adresse IP rendue anonyme de l'ordinateur demandeur
- l'ID de session
- des cookies

Pour des raisons de sécurité des données, afin de pouvoir clarifier les accès non autorisés ou de prévenir les abus sur notre site Internet, l'adresse IP complète de l'ordinateur demandeur est détectée, enregistrée et supprimée automatiquement sept jours après la fin de la consultation. Il est possible que des cookies ou applets JAVA soient utilisés sur le site Internet. L'utilisation de ces fonctionnalités peut être désactivée par l'utilisateur concerné en paramétrant le programme de navigateur.

Инструкция по обработке персональных данных в системе исполнения наказаний земли Гессен

**По состоянию на:
20.03.2019 г.**

А. Общие положения

Какой цели служит следующая информация?

На основании правовых обязательств необходимо предоставить определенные сведения относительно обработки персональных данных. Данные обязательства также действительны для органов исполнения наказаний земли Гессен. Следующая информация в первую очередь предназначена для:

- сотрудников системы исполнения наказаний;
- лиц, отбывающих наказание в исправительных учреждениях земли Гессен или в учреждениях для несовершеннолетних правонарушителей земли Гессен (далее – «исправительные учреждения»);
- посетителей исправительных учреждений;
- добровольных внештатных сотрудников и сотрудниц;
- контрагентов исправительных учреждений.

Служит ли данная информация заменой тексту закона?

Данная информация не является заменой положениям закона. Она служит исключительно справочным целям. Соответствующие положения закона порой содержат очень подробные указания. Поэтому для правовой оценки всегда необходимо руководствоваться текстом соответствующего закона. Однако правовые нормы также размещены в публичном доступе, в том числе в интернете. В случае, если Вы имеете доступ в интернет – **что не относится к лицам, которые отбывают наказание в виде лишения свободы**, – Вы можете найти названные в данной инструкции законы, принятые законодательным органом земли Гессен, по ссылке <https://www.hessenrecht.hessen.de/>, а также согласованные с европейским правом предписания по ссылке <http://eur-lex.europa.eu/>

Что понимается под персональными данными?

Персональные данные – это все сведения, которые относятся к определенному или определяемому физическому лицу (далее – «заинтересованное лицо» или «субъект персональных данных»). К таким данным, например, можно отнести имя и дату рождения лица.

Что представляет собой обработка персональных данных?

Ниже разбирается каждая операция, которая может проводиться с персональными данными.

Прежде всего к данным операциям относится сбор данных, а также их хранение, запрос, применение, раскрытие посредством передачи, распространения или другой формы предоставления, удаление или уничтожение.

Эта информация действительна вне зависимости от того, осуществляется ли обработка данных в электронной или неэлектронной форме.

Обработка персональных данных также затрагивает многочисленные жизненные обстоятельства каждого лица, которое вступает в контакт с системой исполнения наказаний земли Гессен.

Из каких источников получены обработанные персональные данные?

Органы системы исполнения наказания могут осуществлять сбор персональных данных, не только непосредственно контактируя с субъектом персональных данных, но также и посредством взаимодействия с другими службами и лицами.

Какие правовые нормы распространяются на обработку персональных данных в системе исполнения наказаний земли Гессен?

Поскольку персональные данные обрабатываются с целью исполнения наказания в виде меры лишения свободы, то в случае, когда лишение свободы основывается на обвинительном приговоре уголовного суда или на предварительном заключении, действует Директива Европейского Парламента и Союза (ЕС) 2016/680.

Наряду с этим действуют положения законодательства федеральной земли Гессен в тех случаях, когда они реализуют данную директиву. К ним относятся соответствующие положения Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации (HDSIG), особенно в Части 3 данного закона.

Наряду с этим законы земли Гессен, регулирующие исполнение наказаний – в зависимости от вида лишения свободы Закон об исполнении наказаний земли Гессен (HStVollzG) для назначения наказания в виде лишения свободы, Закон земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним (HessJStVollzG) для применения лишения свободы к несовершеннолетним, Закон об отбывании предварительного заключения земли Гессен (HUVollzG) для назначения наказания в виде предварительного заключения, Закон земли Гессен о превентивном заключении (HSVollzG) для назначения превентивного заключения, а также Закон земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним (HessJAVollzG) для заключения несовершеннолетних

нарушителей под арест – содержат особые правила. Для исполнения выше названных мер в виде лишения свободы (далее - «*названные виды лишения свободы*») в первую очередь следует руководствоваться положениями вышеупомянутых законов об исполнении наказаний. В том случае, если они не содержат никаких особых положений, действуют общие предписания Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации (HDSIG).

В сфере действия выше упомянутой директивы (и действующих в соответствии с ней законов) силу имеют исключительно указанные в ней положения, а не Регламент европейского парламента и Совета (ЕС) 2016/679 (так называемый Общий регламент о защите персональных данных).

Для обработки данных при исполнении наказаний в форме названных видов лишения свободы следует использовать особые рекомендации пункта В.

В какой отрасли системы исполнения наказания земли Гессен действует Общий регламент о защите персональных данных?

Общий регламент о защите персональных данных имеет силу в тех отраслях системы исполнения наказания земли Гессен, в которых обработка персональных данных производится не в целях, указанных в Директиве Европейского Парламента и Союза (ЕС) 2016/680.

Поэтому Общий регламент о защите персональных данных, например, распространяется исключительно на трудовые отношения служащих системы исполнения наказаний земли Гессен, а также в конкретном случае на договорные отношения системы исполнения наказания с внештатными сотрудниками.

Кроме того, Общий регламент о защите персональных данных регулирует обработку персональных данных, которые хотя и были собраны в целях, указанных в Директиве (ЕС) 2016/680, но более не обрабатываются в данных целях: например, когда персональные данные заключенных должны быть перенаправлены системой исполнения наказания далее: в органы здравоохранения, ведомство по делам иностранных граждан или органы социального обеспечения. Данная информация следует из предложения 2 раздела 1 статьи 9 Директивы Европейского Парламента и Союза (ЕС) 2016/680.

Другие виды заключения, которые назначаются не на основании обвинительного приговора уголовного суда или в ходе уголовно-правового расследования (как, например, так называемый административный арест в соответствии с §§ 171 и след. федеративного Закона об исполнении наказаний, арест за нарушение общественного порядка или высылка за пределы государства в рамках § 62а федерального Закона о пребывании), равным

образом попадают под действие Общего регламента о защите персональных данных.

Поскольку в отдельных случаях должен применяться Общий регламент о защите персональных данных, обратитесь к особым указаниям под пунктом С.

Кто несет ответственность за обработку персональных данных?

В каждом случае за обработку персональных данных в системе исполнения наказания земли Гессен несут ответственность органы, осуществляющие исполнение наказания, которые принимают решения относительно целей и средств обработки персональных данных. Контактные данные органов исполнения наказаний, которые предоставили данную информацию, обозначаются следующим образом:

**Justizvollzugsanstalt Limburg
Walderdorffstraße 16, 65449 Limburg**

Вы можете связаться с лицом, отвечающим за защиту данных в ответственном органе исполнения наказаний, по тем же контактным данным. В письме, предназначенном данному лицу, в поле адреса необходимо дополнительно написать «вручить лично ответственному за защиту данных».

Когда Вы имеете право на обращение к лицу, ответственному за защиту данных в земле Гессен?

Вне зависимости от того, регулируется ли обработка персональных данных Директивой Европейского Парламента и Союза (ЕС) 2016/680 или Общим регламентом о защите персональных данных, в соответствии с Законом федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации Вы можете обратиться к лицу, ответственному за защиту данных в земле Гессен, если Вы считаете, что при обработке Ваших персональных данных официальными инстанциями, а также инстанциями системы исполнения наказаний Ваши права были нарушены.

Как связаться с лицом, ответственным за защиту данных в земле Гессен?

Вы можете связаться с лицом, ответственным за защиту данных в федеральной земле Гессен, по следующему адресу:

Уполномоченное лицо по вопросам защиты данных и свободного доступа к информации в федеральной земле Гессен, а/я 3163, 65021 Висбаден, Густав-Штреземанн-Ринг 1, 65189 Висбаден; телефон: +49 611 1408 – 0;

телефакс: +49 611 1408 – 611.

При наличии доступа в интернет – **что не относится к лицам, которые отбывают наказание в местах лишения свободы**, – Вы также можете связаться с лицом, ответственным за защиту данных в земле Гессен, по следующему электронному адресу: Poststelle@datenschutz.hessen.de.

В. Информация по обработке персональных данных в органах, исполняющих наказания в земле Гессен, с целью исполнения наказания в виде лишения свободы, исполнения наказания в виде лишения свободы несовершеннолетнего, вследствие предварительного заключения, превентивного заключения или ареста по отношению к несовершеннолетним

Какова цель и правовая основа обработки данных в случае исполнения наказания в виде лишения свободы?

Исправительные учреждения, как и министерство юстиции федеральной земли Гессен, выступающее в качестве органа надзора над исправительными учреждениями, в соответствии с § 58 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 58 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 54 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 58 Закона земли Гессен о превентивном заключении, § 38 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним осуществляют обработку персональных данных в случае, если особый нормативный акт это предусматривает или настоятельно этого требует, а также в остальных случаях, если это необходимо для исполнения наказания в виде лишения свободы.

Какими правами Вы обладаете в том случае, если обработка персональных данных при исполнении наказания в форме названных видов лишения свободы осуществляется на основании предварительно взятого согласия?

Как субъект персональных данных в соответствии с § 46 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации Вы имеете право в любое время отозвать Ваше согласие. Отзыв согласия не влияет на правомерность обработки данных, которая осуществлялась на основании согласия до его отзыва. Вас оповещают об этом перед дачей согласия. Вам как заинтересованному лицу обязаны разъяснить запланированную цель обработки. Также Вам обязаны разъяснить, какие последствия влечет за собой отказ от согласия вне зависимости от того, необходим ли он вследствие

сложившихся обстоятельств конкретной ситуации или осуществляется по Вашему требованию.

Какие права на получение информации Вы имеете, если обработка данных осуществляется при исполнении наказания посредством одного из названных видов лишения свободы?

В соответствии с § 52 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации Вы как субъект персональных данных имеете право по запросу получить исключительно бесплатную информацию о том, осуществляет ли ответственный орган обработку касающихся Вас персональных данных. Помимо этого Вы имеете право получить информацию о:

- персональных данных, являющихся предметом обработки, и о категории, к которой они относятся;
- доступной информации о происхождении данных;
- целях обработки и их правовой основе;
- получателях, которым разглашаются данные;
- периоде хранения данных или, если это невозможно, о критериях, по которым определяется данный период;
- существовании права на опровержение, удаление, ограничение обработки данных через ответственных лиц;
- праве в соответствии с § 55 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации на звонок лицу, ответственному за защиту данных в федеральной земле Гессен; а также
- контактах, с помощью которых можно связаться с лицом, ответственным за защиту данных в федеральной земле Гессен.

Если в соответствии с § 52 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации Вас известят об отказе или ограничении доступа к сведениям, Вы можете реализовать свое право на получение информации посредством обращения к лицу, ответственному за защиту данных в земле Гессен. Ответственное лицо известит Вас о данной возможности, а также о том, что согласно § 55 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации Вы имеете право связаться с лицом, ответственным за защиту информации, по телефону или обратиться к ней или ему за юридической помощью.

Лицо, ответственное за защиту информации в федеральной земле Гессен, обязано известить Вас о проведении всех необходимых проверок или об организации пересмотра решения по ее или его инициативе. Из уведомления, данного Вам лицом, ответственным за защиту данных в федеральной земле

Гессен, не должно быть сделано никаких выводов об осведомленности ответственного лица, в случае если ответственное лицо не одобряет дальнейших сведений. Кроме того, лицо, ответственное за защиту информации в федеральной земле Гессен, обязано известить Вас о праве на защиту Ваших прав в судебном порядке. Ответственное лицо обязано документально подтвердить вещественные и правовые основания принятого решения.

Какие основные права на опровержение и удаление, а также на ограничение обработки персональных данных Вы имеете, если обработка данных осуществляется при исполнении наказания посредством одного из названных видов лишения свободы?

В соответствии с § 53 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации в данном случае Вы имеете право потребовать немедленного опровержения относящихся к Вам неверных сведений. В случае, если установить достоверность или недостоверность данных невозможно, опровержение заменяется ограничением обработки. В этом случае ответственное лицо обязано Вас известить перед тем, как ограничение снова будет отменено. Кроме того, Вы можете потребовать дополнения неполных персональных данных, если это является уместным с учетом целей обработки.

В соответствии с § 53 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации Вы имеете исключительное право требовать у ответственных органов власти немедленного удаления относящихся к Вам данных, если их обработка незаконна, если для выполнения задачи более не требуется осведомленность данных органов или если данные должны быть уничтожены для исполнения правовых обязательств.

Вместо того, чтобы удалить персональные данные, ответственные органы власти могут принципиально ограничить их обработку, если:

- причиной принятия такого решения является суждение о том, что удаление данных нарушит законные интересы объекта персональных данных;
- данные должны быть сохранены далее для целей доказывания;
- в связи с видом хранения данных их удаление невозможно или возможно только при неоправданно высоких издержках.

Обработка данных ограниченного доступа разрешается только в целях, не противоречащих основаниям для их удаления, или производится с согласия субъекта персональных данных.

Если ответственный орган власти произвел опровержение данных, он обязан уведомить орган, который ранее передал им персональные данные, о данном

опровержении. В случае опровержения, удаления или ограничения обработки ответственный орган власти обязан уведомить получателя, которому были переданы данные, о принятии данных мер. Получатель обязан внести в данные изменения, удалить их или ограничить их обработку.

Ответственные органы власти обязаны уведомить Вас в письменной форме об отказе в опровержении или удалении персональных данных или о действующем в данном органе ограничении обработки – за исключением случаев, регулируемых в § 52 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации. Уведомление должно быть обосновано за исключением тех случаев, когда сообщение причин может угрожать цели, преследуемой отказом от уведомления. В этом отношении применяются положения § 52 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации, регламентирующие обращение к лицу, ответственному за защиту данных в земле Гессен.

Существуют ли сроки, в течение которых данные, используемые при исполнении наказания в форме названных видов лишения свободы, должны быть удалены?

При регулировании удаления и ограничения обработки персональных данных в системе исполнения наказаний преимущественно обладают особые правила, а не общие положения Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации.

При исполнении наказаний в отношении совершеннолетних осужденных и при исполнении превентивного наказания согласно § 65 Закона об исполнении наказаний земли Гессен или § 65 Закона земли Гессен о превентивном заключении персональные данные, которые были собраны посредством использования электронной системы наблюдения или получены во время этого, включая видеозаписи или результаты выборки с запоминающих устройств, по окончании действия мер ответственности должны быть удалены незамедлительно, не позднее чем через 72 часа по истечении календарного дня, в который они получены. Вышесказанное не имеет силы в том случае, если на момент принятия решения об удалении в целях доказательства определенно необходимым является осуществление дальнейшего хранения данных посредством ограничения обработки.

Если ведется обработка персональных данных, которые затрагивают ключевые области частной жизни, они должны быть незамедлительно удалены в течение 24 часов по окончании календарного дня, в который они были получены. Персональные данные, которые содержатся в личном деле заключенного, личном деле задержанного или в других относящихся к личности заключенного или задержанного файлах и документах, должны быть уничтожены не позднее

чем через пять лет после освобождения или перемещения заключенного или задержанного в другое исправительное учреждение. Иные персональные данные, которые хранятся в других файлах и документах, должны быть удалены незамедлительно, не позднее чем через пять лет после их сбора, если более нет необходимости в их хранении.

Ограничение обработки данных перестает действовать, когда заключенный или задержанный повторно попадает в место лишения свободы для отбытия наказания или когда субъект персональных данных дает согласие на обработку. В системе исполнения наказаний для несовершеннолетних или при исполнении наказания путем ареста несовершеннолетнего действуют соответствующие положения при условии, что срок, по истечении которого должны быть уничтожены персональные данные, вместо пяти лет составляет три года при исполнении наказания по отношению к несовершеннолетним (§ 65 Закон земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним) и два года при исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним (§ 38 Закон земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним).

При исполнении наказания в виде предварительного заключения равным образом действуют соответствующие положения при условии, что срок, по истечении которого должны быть уничтожены персональные данные, в случае с предварительным заключением вместо пяти лет составляет два года. При этом, если исправительное учреждение узнает о приостановлении производства по делу, неоспоримом отказе от принятия судом дела к рассмотрению или имеющем законную силу оправдательном приговоре, то обычный срок заменяется сроком, который равен одному месяцу с момента получения данной информации (§ 61 Закон об отбывании предварительного заключения земли Гессен).

Согласно предписаниям законов, регулирующих систему исполнения наказаний в федеральной земле Гессен, существуют следующие предельные сроки хранения файлов и дел:

- 20 лет для данных из личных дел заключенных, задержанных и арестованных, а также медицинских карт и историй болезни;
- 30 лет для данных из журналов регистрации заключенных или задержанных.

Какие права на уведомление об обработке персональных данных Вы имеете, если она производится с целью исполнения названных видов наказания в форме лишения свободы?

Соответствующие права перечисляются далее с указанием существующих правовых основ и целей их обработки. Период хранения рассматриваемых здесь персональных данных зависит от сроков, в течение которых они должны

быть удалены; в данном случае делается ссылка на вышеизложенную возможность реализации Вашего права на удаление данных.

Какие права у Вас возникают при нарушении защиты персональных данных в случае, если нарушение происходит во время исполнения наказания в форме названных видов лишения свободы?

В случае, если нарушение защиты персональных данных предположительно влечет за собой высокий риск для прав и свобод физического лица, то в соответствии с § 61 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации ответственное лицо обязуется незамедлительно известить субъект персональных данных о нарушении.

Какими правами обладают лица, подвергнутые одному из названных форм наказания в виде лишения свободы, в случае тяжелой болезни?

В случае тяжелой болезни или смерти лица, отбывающего наказание в виде лишения свободы, – в зависимости от вида лишения свободы – согласно § 24 Закона об исполнении наказания земли Гессен или также § 24 Закона земли Гессен об исполнении наказания по отношению к несовершеннолетним, § 17 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен или § 24 Закона земли Гессен о превентивном заключении, исправительное учреждение немедленно оповещает известных ему ближайших родственников, особенно опекунов лица. В случае тяжелой болезни вышесказанное имеет силу только, если лица, отбывающие наказание в виде лишения свободы, выражают на это свое согласие. В данном случае возникает право на согласие, а не обязанность. Желание уведомить также и других лиц должно быть по возможности удовлетворено.

Производится ли надзор за посещениями лиц, подвергнутых одному из названных форм наказания в виде лишения свободы?

Над посещениями в исправительных учреждениях – в зависимости от обстоятельств отдельного случая, в основном, но не во время посещения заключенного защитником – по причинам безопасности или вследствие порядка, принятого в учреждении, или по дисциплинарным причинам, или по причинам, вытекающим из порядка обращения с заключенными, может осуществляться контроль, также в порядке видеонаблюдения. Полученные при этом сведения по причинам безопасности или вследствие порядка, принятого в учреждении, или по дисциплинарным причинам, или по причинам, вытекающим из порядка обращения с заключенными, – и равным образом в зависимости от обстоятельств отдельного случая – также могут записываться и сохраняться. Правовой основой для этого в зависимости от отбываемого наказания в виде

лишения свободы является § 34 Закона об исполнении наказания земли Гессен, § 33 Закона земли Гессен об исполнении наказания по отношению к несовершеннолетним, § 26 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 34 Закона земли Гессен о превентивном заключении или также § 19 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним. Надзор распространяется и на посетителей, и на лицо, отбывающее наказание в виде лишения свободы, и на содержание беседы во время посещения.

Производится ли раскрытие содержания переписки лиц, подвергнутых одному из названных форм наказания в виде лишения свободы?

За содержанием переписки лиц, подвергнутых наказанию в виде лишения свободы, по тем же причинам, что и за посещением, в зависимости от вида отбываемого наказания в форме лишения свободы согласно § 35 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 34 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 27 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 35 Закона земли Гессен о превентивном заключении – в зависимости от обстоятельств отдельного случая, в основном, но не в случае ведения переписки с защитником осуществляется контроль.

Производится ли контроль за содержанием телекоммуникационной связи лиц, подвергнутых одному из названных форм наказания в виде лишения свободы?

В случае, если лицам, подвергнутым наказанию в форме того или иного вида лишения свободы, разрешено пользоваться телекоммуникационной связью, ее содержание в зависимости от вида отбываемого наказания в форме лишения свободы согласно § 36 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 35 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 28 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 36 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен или § 19 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним и в зависимости от обстоятельств отдельного случая, в основном, но не в случае осуществления телекоммуникационной связи с защитниками – по тем же причинам, что и посещение, может контролироваться. В случае наличия телекоммуникационной системы ее использование – в зависимости от обстоятельств отдельного случая – может зависеть от согласия заключенных и других участников разговора с возможным выборочным контролем содержания телекоммуникационной связи.

Производится ли надзор за пределами камер и комнат для содержания лиц, отбывающих превентивное наказание?

В зависимости от соответствующей формы приведенного в исполнение наказания в виде лишения свободы заключенные или лица, отбывающие превентивное наказание, согласно § 45 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 44 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 30 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 45 Закона земли Гессен о превентивном заключении для обеспечения безопасности и порядка в исправительном учреждении могут быть подвергнуты открытому визуальному надзору, осуществляемому также с помощью технических средств (в частности, видеонаблюдения) за пределами камер и комнат для содержания лиц, отбывающих превентивное наказание. Полученные таким образом сведения – равным образом в зависимости от обстоятельств отдельного случая – также записываются и сохраняются.

Проводится ли надзор внутри помещений и камер для лиц, отбывающих превентивное наказание?

Если заключенные или лица, отбывающие превентивное наказание, подлежат особому контролю в соответствии с § 50 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 49 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 35 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 50 Закона земли Гессен о превентивном заключении, это также может осуществляться с помощью технических средств, в частности, видеонаблюдения. Полученные таким образом сведения – равным образом в зависимости от обстоятельств отдельного случая – также записываются и сохраняются.

Производится ли надзор за территорией, прилегающей к исправительным учреждениям?

В зависимости от приведенного в исполнение наказания в виде лишения свободы территории, прилегающие к исправительным учреждениям, для сохранения безопасности и порядка (а также предотвращения опасности) согласно § 58 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 58 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 54 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 58 Закона земли Гессен о превентивном заключении и § 38 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним могут контролироваться с помощью технических средств (в частности, видеонаблюдения), и полученные таким образом сведения – равным образом в зависимости от обстоятельств отдельного случая – также записываются и

сохраняются.

Производится ли контроль за не относящимися к учреждению лицами перед получением ими доступа в исправительные учреждения?

Лица, которые должны осуществлять какую-либо деятельность в процессе исполнения наказания и которые не состоят в служебных или трудовых отношениях с исправительным учреждением или органами надзора и требуют доступа не по поручению других органов власти, могут быть допущены к осуществлению данной деятельности в случае, если не возникает никаких угроз безопасности. Исправительное учреждение в зависимости от формы отбываемого наказания в виде лишения свободы согласно § 58а Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 58а Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 54а Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 58а Закона земли Гессен о превентивном заключении или также § 38 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним для сохранения безопасности и порядка в исправительном учреждении с согласия заинтересованного лица производит проверку достоверности данных. Для этого учреждение может:

- запросить сведения согласно § 41 абзацу 1 № 1 Закона о Федеральном центральном реестре;
- запросить сведения, которыми располагает орган полиции
- и, если того требует конкретный случай, сделать запрос в земельное ведомство по охране конституции.

Кроме того – но по общему правилу не во время посещения защитников, – исправительному учреждению также разрешается в целях сохранения безопасности и порядка в исправительном учреждении с согласия заинтересованного лица производить проверку достоверности данных среди лиц, требующих посещения заключенных; лиц, отбывающих превентивное наказание; или арестованных, а также требующих посещения исправительного учреждения. Через посетителей задействованные органы власти также будут уведомлены о том, что для посещения некоторых заключенных, лиц, отбывающих превентивное наказание, или арестованных требуется разрешение. Если исправительному учреждению станут известны какие-либо имеющие значение для безопасности сведения, заинтересованное лицо не получит разрешения на посещение или осуществление деятельности или будет допущено только при соблюдении ограничений. Такое же правило действует, если заинтересованное лицо отказывается дать согласие на осуществление проверки достоверности данных.

Разрешено ли изымать незаконно принесенные в исправительные

учреждения устройства хранения информации?

В зависимости от вида приводимого в исполнение наказания в виде лишения свободы согласно § 59 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 59 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 55 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 59 Закона земли Гессен о превентивном заключении или также § 38 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним в целях исполнения наказаний, особенно для сохранения безопасности и порядка в исполнительном учреждении в соответствии с письменным распоряжением руководства учреждения допустимо изымать электронные приборы с устройствами хранения информации, которые без разрешения были принесены в исправительное учреждение. Причины установлены в распоряжении. В случае обнаружения незаконно принесенного предмета перед его изъятием заинтересованным лицам сообщаются основания.

Какие права на получение информации о датах освобождения и об имущественном положении существуют при отбывании наказания в виде лишения свободы, при отбывании наказания в виде лишения свободы несовершеннолетним, при отбывании превентивного наказания и при отбывании ареста несовершеннолетним?

В зависимости от вида приводимого в исполнение наказания в виде лишения свободы согласно § 60 Закона об исполнении наказаний земли Гессен, § 60 Закона земли Гессен об исполнении наказаний по отношению к несовершеннолетним, § 60 Закона земли Гессен о превентивном заключении или также § 38 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним в совокупности с соответствующими положениями Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации исправительные учреждения или органы надзора по запросу могут сообщить, отбывает ли кто-либо наказание в виде лишения свободы, превентивное наказание или находится ли несовершеннолетний под арестом, а также уведомляют о предположительных сроках освобождения. Кроме того – за исключением случаев ареста несовершеннолетних, – по письменному запросу могут быть предоставлены сведения об имущественном положении заключенных или адресе их проживания, если это требуется для установления и осуществления правовых притязаний в связи с преступным действием.

При наличии дальнейших предпосылок – за исключением случаев ареста несовершеннолетних – исправительное учреждение может также уведомить о первоначальном случае предоставления сведений о раскрывающих подробности исполнения наказания мерах. Перед предоставлением информации вышеназванным образом происходит слушание лиц, отбывающих

наказание в виде лишения свободы; исключением являются случаи, когда осуществление такого слушания может препятствовать соблюдению интересов заявителя или существенно затруднит их соблюдение. В случае, если слушание не состоялось, дается дополнительное уведомление о предоставлении информации исправительным учреждением или органами надзора.

Какие права на получение информации о датах освобождения и об имущественном положении существуют при отбывании предварительного заключения?

В соответствии с § 56 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен исправительное учреждение или орган надзора по запросу могут сообщить, отбывает ли кто-либо предварительное заключение, а также дать информацию о предположительных сроках освобождения. Перед предоставлением информации вышеназванным образом происходит слушание лиц, находящихся в предварительном заключении; исключением являются случаи, когда осуществление такого слушания может препятствовать соблюдению интересов заявителя в отношении данной информации или повлечет существенные трудности.

В случае, если слушание не состоялось, заинтересованные лица, находящиеся в предварительном заключении, дополнительно уведомляются о намерении исправительного учреждения или органа надзора предоставить информацию.

В случае приостановления производства по делу, неоспоримого отказа от принятия судом дела к рассмотрению или имеющего законную силу оправдательного приговора, органы, которые получили сведения об освобождении, должны быть уведомлены по поручению лица, находящегося в предварительном заключении. Во время слушания заинтересованным лицам, находящимся в предварительном заключении, напоминают о том, что они имеют право подать жалобу.

Распространяются ли на защищаемые данные полномочия на разглашение и обязанности давать о себе правдивые показания?

В зависимости от вида приводимого в исполнение наказания в виде лишения свободы согласно § 61 Закона об исполнении наказания земли Гессен, § 61 Закона земли Гессен об исполнении наказания по отношению к несовершеннолетним, § 57 Закона об отбывании предварительного заключения земли Гессен, § 61 Закона земли Гессен о превентивном заключении или также § 38 Закона земли Гессен об исполнении ареста по отношению к несовершеннолетним некоторые носители профессиональных тайн – особенно врачи, психологи и социальные работники, в конкретном случае, но также и в

других – уполномочены и в некоторой степени обязаны сообщить руководству исправительного учреждения персональные данные, которые были доверены им в качестве тайны лицами, отбывающими наказание в виде лишения свободы, или стали им известны каким-либо иным образом, если это абсолютно необходимо для безопасности исправительного учреждения или предотвращения существенных рисков для жизни или здоровья лиц.

Полномочия на разглашение также сохраняются, если необходимо определить, в состоянии ли лица, отбывающие наказание в виде лишения свободы, участвовать в определенных мероприятиях процесса исполнения наказания, или же если они участвуют в лечебных мероприятиях.

С. Информация для обработки персональных данных в области применения Общего регламента о защите персональных данных

С какой целью персональные данные обрабатываются в области применения Общего регламента о защите персональных данных?

Согласно статье 6 Общего регламента о защите персональных данных персональные данные могут обрабатываться в том случае, если среди всего прочего имеется одно из следующих оснований:

- субъект персональных данных дал согласие на обработку относящихся к нему персональных данных для одной или более определенных целей;
- обработка необходима для выполнения договора, стороной которого является заинтересованное лицо, или для реализации преддоговорных действий, которые осуществляются по запросу заинтересованного лица;
- обработка необходима для исполнения правового обязательства, которому подчиняется ответственное лицо;
- обработка необходима, чтобы защитить жизненно важные интересы заинтересованного лица или другого физического лица;
- обработка требуется для выполнения задачи, находящейся в сфере общественных интересов или необходимой для осуществления государственной власти, которой было наделено ответственное лицо.

Составить окончательный перечень всех возможных ситуаций, в которых разрешается обработка персональных данных, особенно ввиду многочисленных допустимых правовых обязательств, которым подчиняются исправительные учреждения, не представляется возможным.

Какие права на получение информации входят в область применения Общего регламента о защите персональных данных?

Если данные обрабатываются в области применения Общего регламента о защите персональных данных, согласно статье 15 Общего регламента о защите персональных данных Вы обладаете правом на получение информации о том, использовала ли пенитенциарная администрация Ваши персональные данные, и, если это имело место быть, то в каком объеме. Необходимо учитывать, что согласно отдельным предписаниям Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации, особенно согласно §§ 24-26 и 33 вышеназванного закона, данное право на получение информации может быть ограничено.

Какие права на опровержение информации входят в область применения Общего регламента о защите персональных данных?

В том случае, если обработанные персональные данные (более) не соответствуют действительности, согласно статье 16 Общего регламента о защите персональных данных Вы можете потребовать их опровержения. Если персональные данные не являются исчерпывающими, можно требовать их дополнения.

Какие права на удаление информации входят в область применения Общего регламента о защите персональных данных?

При наличии условий, указанных в статье 17 Общего регламента о защите персональных данных и § 34 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации, Вы можете потребовать удаления Ваших персональных данных. Удовлетворение Вашего требования об удалении информации среди всего прочего зависит от того, сохранилась ли у ответственных органов власти необходимость в использовании упомянутых данных для исполнения своих законных обязанностей.

Входят ли в область применения Общего регламента о защите персональных данных права на ограничение обработки персональных данных?

Заинтересованные лица в рамках требований статьи 18 Общего регламента о защите персональных данных имеют право требовать ограничения обработки относящихся к ним персональных данных. Если обработка была ограничена, то упомянутые персональные данные – за исключением хранения – разрешено обрабатывать только с согласия заинтересованного лица или для предъявления, осуществления или защиты правовых притязаний или для защиты прав другого физического или юридического лица или по причине соблюдения важных общественных интересов Союза или государства-участника.

Входит ли в область применения Общего регламента о защите персональных данных право на переносимость данных?

Согласно статье 20 Общего регламента о защите персональных данных заинтересованные лица обладают правом хранить данные в определенном формате и передавать их третьим лицам. Данное право не возникает, если обработка персональных данных ведется органами, исполняющими наказания, не на основании согласия и не автоматизированным способом.

Входит ли в область применения Общего регламента о защите персональных данных право на возражение против обработки персональных данных?

В соответствии со статьей 21 Общего регламента о защите персональных данных заинтересованные лица по причинам, вытекающим из их особой ситуации, имеют право подать возражение против обработки относящихся к ним персональных данных. Право на возражение не возникает в случае, если обработка необходима для соблюдения общественных интересов, которые в обязательном порядке должны быть соблюдены, или если правовое предписание обязывает провести такую обработку (§ 35 Закона федеральной земли Гессен о защите данных и свободном доступе к информации).

D. Дополнительные сведения, необходимые при получении информации через интернет-сайт указанных органов власти, исполняющих наказание

Для чего предназначаются следующие рекомендации?

Следующие рекомендации по защите данных распространяются на интернет-сайт ответственных органов власти, указанных под пунктом А – **рекомендации не доступны для лиц, отбывающих наказание в виде лишения свободы**, – и на собранные на данном интернет-сайте персональные данные. Указанные органы власти также несут ответственность в данном случае. Для интернет-сайтов других поставщиков услуг, указание на которые дается, например, при помощи гиперссылок, действуют другие рекомендации и объяснения относительно защиты данных.

Кто осуществляет услуги по размещению информации?

Обслуживание интернет-сайта осуществляется Центральным управлением по обработке данных федеральной земли Гессен, которое выступает в качестве поставщика услуг по техническому обслуживанию по поручению ответственного органа власти и в соответствии с его предписаниями.

Какие сведения об использовании учитываются при запросе интернет-файла? При каждом запросе интернет-файла Центральное управление по обработке данных федеральной земли Гессен (HZD) с целью статистической обработки, проводимой сотрудниками земельного управления или центрального руководства по обработке данных федеральной земли Гессен, сохраняет следующие данные доступа:

- страницы, с которых были запрошены файлы,
- названия запрошенных файлов,
- дату и время запроса,
- переданный набор данных,
- статус доступа (файл передан, файл не найден и т. д.),
- режим доступа (GET, POST),
- описание использованных браузеров или операционных систем,
- анонимизированные IP-адреса запрашивающих компьютеров,
- сессионный ID,
- информационные файлы cookie

С целью соблюдения информационной безопасности, а также для того, чтобы иметь возможность прояснить незаконный доступ или предотвратить неправомерное использование интернет-страницы, полные IP-адреса запрашивающих компьютеров фиксируются, сохраняются и автоматически удаляются по истечении семи дней после доступа. На данной интернет-странице могут использоваться файлы cookie или JAVA-апплеты. Пользователь может отключить данные функциональные возможности в настройках браузера.

Hoja informativa sobre el tratamiento de datos de carácter personal en las instituciones penitenciarias de Hesse

Última actualización: 20.03.2019

A. Generalidades

¿Para qué sirve la información que le presentamos a continuación?

De acuerdo con la ley, es obligatorio facilitar cierta información sobre el tratamiento de datos personales. Esta obligación también es aplicable en las instituciones penitenciarias de Hesse. La siguiente información se dirige principalmente a:

- los funcionarios de las instituciones penitenciarias;
- las personas sometidas a una privación de libertad en las instituciones penitenciarias o en los centros de detención de menores de Hesse (en adelante, «las instituciones»);
- los visitantes de las instituciones;
- los voluntarios y las voluntarias;
- las empresas contratistas de las instituciones.

¿Esta información sustituye el texto legal?

Esta información no sustituye las disposiciones legales. Su propósito es meramente informativo. Las disposiciones legales pertinentes contienen, en parte, regulaciones muy detalladas. Por ello, para una valoración legal siempre será necesario recurrir al texto legal pertinente. Las disposiciones legales están publicadas, también las encontrará en Internet. Siempre y cuando disponga de acceso a Internet (**lo cual no es aplicable a las personas que están sometidas a una privación de su libertad**), encontrará las leyes estatales de Hesse mencionadas en esta hoja en la página web <https://www.hessenrecht.hessen.de/> y las disposiciones europeas en <http://eur-lex.europa.eu/>

¿Qué son los datos de carácter personal?

Los datos de carácter personal son toda aquella información que se refiere a una persona física identificada o identificable (en adelante, «interesado» o «persona interesada»). Algunos datos serían, por ejemplo, el nombre de una persona o su fecha de nacimiento.

¿Qué es el tratamiento de datos de carácter personal?

Debemos entenderlo como un proceso en el que se tratan datos personales.

Este comprende, particularmente, la obtención de datos y también su almacenamiento, consulta, uso, divulgación por transmisión, difusión u otra forma de

facilitación, supresión o eliminación.

Este criterio es aplicable tanto si el tratamiento de datos se realiza de manera electrónica o no electrónica.

El tratamiento de datos de carácter personal se refiere, por tanto, a las numerosas situaciones de todas aquellas personas que entran en contacto con las instituciones penitenciarias de Hesse.

¿De dónde provienen los datos de carácter personal? Las autoridades penitenciarias no solo pueden recabar datos preguntando a la persona interesada, sino también por medio de otras autoridades y personas.

¿Qué disposiciones legales se aplican al tratamiento de datos de carácter personal en las instituciones penitenciarias de Hesse?

En la medida en que los datos personales se traten con el fin de aplicar medidas de privación de libertad, se aplicará la Directiva Europea (UE) 2016/680, cuando la detención se basa en una condena penal o se trata de prisión preventiva.

Además, se aplican en este sentido las disposiciones de la ley estatal de Hesse que implementan esta directiva. Esto incluye las disposiciones correspondientes de la Ley de Libertad de Información y Protección de Datos de Hesse (HDSIG), especialmente de la parte 3.

Además, las leyes de las instituciones penitenciarias de Hesse contienen normativas especiales según la naturaleza de la privación de libertad: la Ley sobre la ejecución de la pena privativa de la libertad de Hesse (HStVollzG) para la condena penal, la Ley sobre la ejecución de la pena privativa de la libertad para jóvenes de Hesse (HessJStVollzG) para la condena juvenil, la Ley de detención preventiva de Hesse (HUVollzG) para prisión preventiva, la Ley de internamiento preventivo de Hesse (HSVollzG) para el internamiento preventivo y la Ley de detención juvenil de Hesse (HessJAVollzG) para el arresto juvenil. Para la ejecución de las privaciones de libertad antes mencionadas (en adelante, las «privaciones de libertad antes mencionadas») se aplican prioritariamente las disposiciones de las leyes de ejecución antes mencionadas. Siempre y cuando estas no contengan disposiciones especiales, se aplicarán las disposiciones generales de la Ley de Libertad de Información y Protección de Datos de Hesse (HDSIG).

En el ámbito de aplicación de la directiva anteriormente mencionada (y las leyes que la incorporan) se aplican, en principio, sus disposiciones y no el Reglamento europeo (UE) 2016/679 (denominado Reglamento General de Protección de Datos).

En el punto B encontrará indicaciones especiales en relación con el tratamiento de datos en la ejecución de las privaciones de libertad antes mencionadas.

¿A qué ámbito de las instituciones penitenciarias de Hesse se aplica el Reglamento General de Protección de Datos?

El Reglamento General de Protección de Datos se aplica en las instituciones penitenciarias de Hesse en los ámbitos en los que el tratamiento de datos de carácter personal se realiza con fines distintos al de la Directiva Europea (UE) 2016/680.

Por lo tanto, el Reglamento General de Protección de Datos se aplica principalmente, por ejemplo, a las relaciones laborales del personal de las instituciones penitenciarias de Hesse y, en casos particulares, a las relaciones contractuales de dichas instituciones con externos.

También se aplicará el Reglamento General de Protección de Datos al tratamiento de datos personales recopilados para los fines expuestos en la Directiva (UE) 2016/680, pero que no se traten ulteriormente para dichos fines: por ejemplo, cuando se deben transmitir datos personales de los presos de las instituciones penitenciarias a las instituciones sanitarias, de extranjería o de asuntos sociales. Ello se deduce del artículo 9, párrafo 1, frase 2, de la Directiva Europea (UE) 2016/680.

Otros tipos de encarcelamiento que no estén ordenados por condena penal o en investigaciones penales (como la llamada detención civil según los arts. 171 y sig. de la Ley federal penitenciaria, por ejemplo, la detención administrativa o la detención previa a la deportación en el contexto del art. 62 bis de la Ley federal de residencia) también están contemplados en el Reglamento General de Protección de Datos.

En el punto C encontrará más información sobre aplicaciones del Reglamento General de Protección de Datos en detalle.

¿Quién es el responsable del tratamiento de los datos personales? El responsable del tratamiento de datos de carácter personal en las instituciones penitenciarias de Hesse es la autoridad penitenciaria que decide sobre los fines y medios del tratamiento de datos. Los datos de contacto de la autoridad penitenciaria de donde proviene esta información son los siguientes:

**Justizvollzugsanstalt Limburg
Walderdorffstraße 16, 65449 Limburg**

Estos mismos datos se podrán utilizar para contactar directamente con el o la responsable del tratamiento de los datos personales de la autoridad penitenciaria correspondiente. En caso de que se remita una carta al susodicho o a la susodicha, en el campo de dirección debería figurar «a la atención de la persona responsable del tratamiento de datos».

¿Cuándo tiene derecho de presentar una reclamación ante la persona responsable de la protección de datos de Hesse?

Independientemente de si el tratamiento de datos personales entra en el ámbito de la Directiva (UE) 2016/680 o del Reglamento General de Protección de Datos, puede presentar una reclamación ante la persona responsable de la protección de datos de Hesse conforme a la HDSIG si cree que las autoridades públicas, incluidas las de las instituciones penitenciarias, han violado sus derechos en el tratamiento de sus datos personales.

¿Cómo se puede contactar con la persona responsable de la protección de datos de Hesse?

Se puede contactar con la persona responsable de la protección de datos de Hesse en la siguiente dirección:

Persona encargada de la protección de datos y de la libertad de información en Hesse, Apdo. postal 3163, 65021 Wiesbaden o Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden; teléfono: +49 611 1408 – 0; fax: +49 611 1408 – 611.

A través de Internet (**esto no es aplicable a las personas que estén sometidas a la privación de su libertad**) se puede contactar con la persona responsable de la protección de datos en Hesse enviando un correo electrónico a: Poststelle@datenschutz.hessen.de.

B. Información sobre el tratamiento de datos de carácter personal en las instituciones penitenciarias de Hesse para la ejecución de condenas penales, condenas juveniles, prisión preventiva, internamiento preventivo o arresto juvenil

¿Cuál es la finalidad y el fundamento jurídico del tratamiento de datos en lo que respecta a la ejecución de la privación de libertad?

Las instituciones y el Ministerio de Justicia de Hesse, en calidad de autoridad reguladora de las instituciones, tramitan datos de carácter personal conforme al art. 58 de la HStVollzG o el art. 58 de la HessJStVollzG, el art. 54 de la HUVollzG, el art. 58 de la HSVVollzG o el art. 38 de la HJAVollzG, cuando una disposición legal específica lo contempla o lo presupone, y de otro modo, en la medida en que sea necesario para la ejecución de una privación de libertad.

¿Qué derechos tiene usted cuando el tratamiento de los datos personales tiene lugar en la ejecución de la privación de libertad antes mencionada y se basa en un consentimiento?

Conforme al art. 46 de la HDSIG, usted como persona interesada tiene derecho a revocar su consentimiento en cualquier momento. Al revocar el consentimiento no se verá afectada la legalidad del tratamiento efectuado desde el consentimiento hasta su revocación. Se le debe informar de esto antes de dar su consentimiento. Usted, como persona interesada, debe estar informado de la finalidad del tratamiento. Si, dado el caso en particular, es necesario o usted lo requiere, también se le debe informar sobre las consecuencias de denegar su consentimiento.

¿Qué derecho de información tiene usted en cuanto al tratamiento de datos en caso de ejecución de la privación de libertad antes mencionada?

De conformidad con el art. 52 de la HDSIG, como persona interesada, usted tiene derecho, previa solicitud, a recibir información gratuita de la autoridad responsable sobre si se están tratando sus datos personales. Además, tiene derecho a recibir información sobre:

- los datos personales que sean objeto de tratamiento y la categoría a la que pertenecen;
- la información disponible sobre el origen de los datos;
- la finalidad del tratamiento y su fundamento jurídico;
- los destinatarios a los que se le comunicaron los datos;
- el plazo previsto para la conservación de los datos o, de no ser posible, los criterios utilizados para determinar ese plazo;
- la existencia del derecho a solicitar del responsable la rectificación o supresión de los datos personales, o la limitación del tratamiento de los mismos;
- el derecho de presentar una reclamación ante la persona responsable de la protección de datos de Hesse, como se estipula en el art. 55 de la HDSIG;
- los datos sobre la forma de contacto con la persona responsable de la protección de datos de Hesse.

Si, de acuerdo con el art. 52 de la HDSIG, se le informa sobre una denegación o limitación de acceso a la información, también puede ejercer su derecho de acceso a través de la persona responsable de la protección de datos de Hesse. La persona responsable debe informarle de esta posibilidad, así como de que usted puede presentar una reclamación ante la persona responsable de la protección de datos de Hesse o buscar protección judicial según el art. 55 de la HDSIG.

La persona responsable de la protección de datos de Hesse debe informarle de que se han realizado todos los controles necesarios o que ella misma ha realizado una comprobación. La comunicación de la persona responsable de la protección de datos de Hesse con usted no debe permitir extraer conclusiones con respecto al nivel de conocimiento de la persona responsable, a menos que esta acepte proporcionar más información. La persona responsable de la protección de datos de Hesse tiene, asimismo, el deber de informarle sobre su derecho de protección judicial. La persona responsable debe documentar los motivos objetivos o legales de la decisión.

¿Cuáles son sus derechos fundamentales para la rectificación, supresión y limitación del tratamiento de datos personales, en la medida en que el tratamiento de datos esté relacionado con la privación de libertad antes mencionada?

De acuerdo con el art. 53 de la HDSIG, usted tiene derecho a obtener sin dilación indebida de la autoridad responsable la rectificación de los datos inexactos que le conciernan. De no poder comprobarse la veracidad o inexactitud de los datos, la rectificación será reemplazada por una limitación del tratamiento. En este caso, la persona responsable deberá informarle antes del levantamiento de dicha limitación. También puede solicitar que se completen los datos personales incompletos, cuando sea necesario para los fines del tratamiento.

Conforme al art. 53 de la HDSIG, usted tiene derecho, en principio, a exigir a la autoridad responsable la supresión de los datos que le conciernan si los mismos han sido tratados ilícitamente, si ya no son necesarios en relación con los fines para los que fueron recogidos o si deben suprimirse para el cumplimiento de una obligación legal.

En lugar de suprimir los datos personales, la autoridad responsable puede limitar su tratamiento si:

- hay motivos para creer que la supresión podría perjudicar los intereses legítimos de una persona interesada;
- los datos deben conservarse con fines probatorios;
- la supresión no es posible debido a la naturaleza especial del almacenamiento o requiere un esfuerzo desproporcionado.

Los datos cuyo tratamiento se ve limitado solo pueden ser objeto de tratamiento para los fines que impidieron su supresión o con el consentimiento del interesado.

Si la autoridad responsable ha efectuado una rectificación, esta deberá comunicar dicha rectificación a la autoridad que le proporcionó previamente los datos personales. En caso de rectificación, supresión o limitación del tratamiento, la autoridad responsable notificará esas medidas a aquellos destinatarios a quienes se les hayan transmitido los datos. El destinatario deberá rectificar o suprimir los datos,

o bien limitar su tratamiento.

La autoridad responsable le debe informar por escrito sobre cualquier decisión de no rectificar o suprimir los datos personales o de limitar su tratamiento en lugar de eso (excepto en casos excepcionales regulados en el art. 52 de la HDSIG). La información debe indicar los motivos, a menos que la comunicación de dichos motivos ponga en peligro el propósito de no divulgar la información. En ese caso se aplican las disposiciones recogidas en el art. 52 de la HDSIG, que pueden ser invocadas por la persona responsable de la protección de datos.

¿Existen plazos de supresión para los datos obtenidos en relación con la ejecución de la privación de libertad antes mencionada?

En las instituciones penitenciarias se aplican reglas especiales para la supresión y limitación del tratamiento de datos personales que prevalecen sobre las disposiciones generales de la HDSIG.

Según el art. 65 de la HStVollzG o el art. 65 de la HSVVollzG, en casos de condenas de adultos y de internamiento preventivo, los datos personales recopilados u obtenidos mediante el uso de un sistema de vigilancia electrónica deben ser suprimidos inmediatamente después de la finalización de la medida (las grabaciones de vídeo o resultados de la lectura de memorias de datos a más tardar 72 horas después del final del día natural en que fueron obtenidos). Esto no se aplica si, al tomarse la decisión de su supresión, es estrictamente necesario seguir conservando los datos para fines probatorios mediante la limitación del tratamiento.

Si se han tratado datos personales, aunque se refieran a la vida privada, deben suprimirse inmediatamente, a más tardar 24 horas después del final del día natural en que se obtuvieron. Los datos personales archivados en el expediente personal del preso o en otros archivos o expedientes de este se suprimirán, a más tardar, cinco años después de la liberación o el traslado del preso a otra institución. Otros datos de carácter personal que estén almacenados en archivos o expedientes deberán suprimirse, en caso de que su conservación deje de ser necesaria, a más tardar una vez transcurridos cinco años desde su recopilación.

La limitación del tratamiento finaliza si el preso vuelve a ser privado de su libertad o las personas interesadas han prestado su consentimiento para ello.

En la ejecución de penas y detenciones juveniles se aplican disposiciones de índole similar con la condición de que el plazo en el que deben suprimirse los datos personales sea, como máximo, de tres años en lugar de cinco años en el caso de penas juveniles (art. 65 de la HessJStVollzG) y de dos años en el caso de detenciones juveniles (art. 38 de la HessJAVollzG).

En el caso de ejecución de la prisión preventiva se aplican igualmente disposiciones de índole similar con la condición de que el plazo en el que deben suprimirse los datos personales sea, como máximo, de dos años en lugar de cinco. Sin embargo, si

el centro penitenciario recibe notificación de una conclusión no provisional del proceso, una resolución desestimatoria de la apertura del procedimiento principal o una absolución final, se reemplazará el límite de tiempo aplicable por un período de un mes desde la fecha en que se haya conocido la información (art. 61 de la HUVollzG).

De conformidad con las disposiciones de las leyes de las instituciones penitenciarias de Hesse, existen los siguientes períodos máximos para el almacenamiento de archivos y expedientes:

- 20 años para datos de los expedientes personales de los presos y detenidos, así como de los expedientes sanitarios e informes médicos;
- 30 años para datos de los registros de presos.

¿Qué derechos tiene usted en cuanto a la notificación del tratamiento de datos personales, en la medida en que esto se hace para la ejecución de la privación de libertad antes mencionada?

Los derechos correspondientes se enumeran a continuación, indicando el fundamento jurídico respectivo y la finalidad del tratamiento. El plazo de conservación de los datos personales obtenidos en este caso depende de los plazos previstos para la supresión de los mismos. A este respecto, se hace referencia a lo expuesto anteriormente en relación con su derecho a suprimir los datos.

¿Qué derechos tiene usted en caso de violación de la seguridad de los datos personales cuando se trata de la ejecución de la privación de libertad antes mencionada?

Si una violación de la seguridad de los datos personales entraña un alto riesgo para los derechos y las libertades de las personas físicas, la persona responsable debe notificar, sin dilación indebida, la violación a las personas interesadas, conforme al art. 61 de la HDSIG.

¿Qué derechos existen en caso de enfermedad grave de las personas que están sujetas a una de las privaciones de libertad antes mencionadas?

En caso de enfermedad grave o fallecimiento de personas privadas de la libertad, según la naturaleza de la privación de la libertad (conforme al art. 24 de la HStVollzG, el art. 24 de la HessJStVollzG, el art. 17 de la HUVollzG o el art. 24 de la HSVVollzG) se informará de inmediato a los parientes próximos conocidos por la institución, en particular a las personas que ejercen la custodia. En el caso de una enfermedad grave, esto se aplicará únicamente si las personas sujetas a la privación de libertad han prestado su consentimiento. Por tanto, dichas personas tienen el derecho, pero no el deber, de dar su consentimiento. El deseo de informar también a otras personas se debe cumplir si es posible.

¿Se realiza una vigilancia de las visitas de las personas que están sujetas a una de las privaciones de libertad antes mencionadas?

Dependiendo de las circunstancias de cada caso, las visitas a las instituciones pueden ser vigiladas (aunque en principio no durante la visita del defensor) por razones de seguridad u organizativas de la respectiva institución o por razones educativas o de tratamiento, incluso a través de videovigilancia. La información recogida en estos casos también puede registrarse y almacenarse por razones de seguridad u organizativas de la institución o por razones educativas o de tratamiento, también dependiendo de las circunstancias de cada caso. El fundamento jurídico en este caso es, dependiendo de la naturaleza de la privación de libertad que se ejecuta, el art. 34 de la HStVollzG, el art. 33 de la HessJStVollzG, el art. 26 de la HUVollzG, el art. 34 de la HSVVollzG y el art. 19 de la HessJAVollzG. La vigilancia se aplica tanto a la visita como a la persona sujeta a la privación de libertad, así como a la conversación mantenida durante la visita.

¿Se realiza una vigilancia del contenido de la correspondencia de personas que están sujetas a una de las privaciones de libertad antes mencionadas?

La correspondencia de las personas que están sujetas a una privación de libertad puede ser sometida a una vigilancia del contenido, al igual que las visitas, dependiendo de la naturaleza de la privación de libertad que se ejecuta, conforme al art. 35 de la HStVollzG, el art. 34 de la HessJStVollzG, el art. 27 de la HUVollzG y el art. 35 de la HSVVollzG, en función también de las circunstancias de cada caso y bajo ningún concepto cuando se trata de correspondencia con el defensor.

¿Se realiza una vigilancia de las comunicaciones a distancia de personas que están sujetas a una de las privaciones de libertad antes mencionadas?

En la medida en que las personas que están sujetas a una privación de libertad tengan autorización para las telecomunicaciones, estas podrán ser sometidas a una vigilancia por los mismos motivos que las visitas, dependiendo de la naturaleza de la privación de libertad que se ejecuta, conforme al art. 36 de la HStVollzG, el art. 35 de la HessJStVollzG, el art. 28 de la HUVollzG, el art. 36 de la HUVollzG y el art. 19 de la JAVollzG, en función también de las circunstancias de cada caso y bajo ningún concepto cuando se trata de telecomunicaciones con el defensor. Si existe un sistema de telecomunicaciones, la participación puede condicionarse a que los detenidos y las otras partes involucradas acuerden una posible vigilancia aleatoria de las telecomunicaciones, según las circunstancias de cada caso.

¿La vigilancia se realiza fuera de las salas de detención y las habitaciones en casos de internamiento preventivo?

Dependiendo de la naturaleza particular de la privación de libertad antes

mencionada, los presos o internados de forma preventiva pueden estar sujetos a una monitorización óptica abierta fuera de las salas de detención y habitaciones para garantizar la seguridad y el orden de la institución, según lo dispuesto en el art. 45 de la HStVollzG, el art. 44 de la HessJStVollzG, el art. 30 de la HUVollzG y el art. 45 de la HSVVollzG, incluso con ayuda de medios técnicos (en particular, videovigilancia). La información así obtenida también puede ser registrada y almacenada según las circunstancias de cada caso.

¿Se lleva a cabo una vigilancia dentro de las salas de detención y las habitaciones en casos de internamiento preventivo?

Esto puede suceder en caso de que los presos o detenidos estén sujetos a observación en el marco de medidas de seguridad especiales de conformidad con el art. 50 de la HStVollzG, el art. 49 de la HessJStVollzG, el art. 35 de la HUVollzG y el art. 50 de la HSVVollzG, incluso con ayuda de medios técnicos (en particular, videovigilancia). La información así obtenida también puede ser registrada y almacenada según las circunstancias de cada caso.

¿Se realiza una vigilancia de las zonas exteriores de las instituciones?

Dependiendo de la naturaleza particular de la privación de libertad, las zonas exteriores de las instituciones pueden estar vigiladas mediante medios técnicos (en particular, videovigilancia), de conformidad con lo dispuesto en el art. 58 de la HStVollzG, el art. 58 de la HessJStVollzG, el art. 54 de la HUVollzG, el art. 58 de la HSVVollzG y el art. 38 de la HessJAVollzG, con el fin de mantener la seguridad y el orden (incluida la prevención de amenazas), y la información obtenida de ese modo podrá ser registrada y almacenada según las circunstancias de cada caso.

¿Se realiza un registro a las personas ajenas a la institución antes de acceder a la misma?

Las personas que se ven involucradas en las instituciones penitenciarias y que no tienen una relación laboral o son proveedores de servicios de la institución ni acceden en nombre de otra autoridad solo podrán ser admitidas en dichas actividades si no existen problemas de seguridad. La institución efectúa una verificación de antecedentes personales con el consentimiento del interesado según la naturaleza de la privación de libertad, de conformidad con lo dispuesto en el art. 58 bis de la HStVollzG, el art. 58 bis de la HessJStVollzG, el art. 54 bis de la HUVollzG, el art. 58 bis de la HSVVollzG y el art. 38 de la HessJAVollzG, con el fin de mantener la seguridad o el orden de la institución. Para ello debe:

- obtener información de conformidad con el art. 41, párrafo 1, n.º 1 de la Ley Federal de Registro Central;
- solicitar información a las autoridades policiales y,

- si el caso lo requiere, a la Oficina Regional de Defensa de la Constitución.

Además, la institución puede efectuar una verificación de antecedentes a las personas que solicitan permiso (siempre con su consentimiento) para visitar a presos o detenidos o las instalaciones con el fin de mantener la seguridad y el orden de la institución. Esta medida no se aplica, en principio, a las visitas de los defensores. En el caso de visitas también se informa a las autoridades involucradas que se ha solicitado un permiso para efectuar una visita y a qué presos o detenidos se refiere. Si la institución recibiera información de algún hecho que pudiese afectar la seguridad, la persona en cuestión no será admitida o solo será admitida para su actividad o visita bajo ciertas restricciones. Lo mismo se aplicará cuando la persona en cuestión rehúse dar su consentimiento para una verificación de antecedentes.

¿Pueden leerse memorias de datos introducidas en las instituciones sin permiso?

Según la naturaleza de la privación de libertad, de acuerdo con el art. 59 de la HStVollzG, el art. 59

de la HessJStVollzG, el art. 55 de la HUVollzG, el art. 59 de la HSVVollzG y el art. 38 de la HessJAVollzG es admisible, a efectos de cumplimiento y, en particular, para mantener la seguridad o el orden de la institución, leer los dispositivos electrónicos de almacenamiento de datos que se hayan introducido en la institución sin permiso. Para ello se requiere una orden escrita de la dirección de la institución penitenciaria. Los motivos deberán constar en la orden. Si se conoce a las personas interesadas, se les deberá informar de los motivos antes de proceder a la lectura.

¿Qué derechos se aplican en la comunicación de datos de salida y situación financiera en el caso de condenas penales, condenas juveniles, internamiento preventivo y arresto juvenil?

Según la naturaleza de la privación de libertad, de acuerdo con el art. 60 de la HStVollzG, el art. 60

de la JStVollzG, el art. 60 de la HSVVollzG y el art. 38 de la JAVollzG, las instituciones o la autoridad de control, en coordinación con las disposiciones pertinentes de la HDSIG, pueden informar, previa solicitud, si alguien está bajo custodia, internamiento preventivo o detención juvenil y si es probable que se produzca la salida y cuándo. Además, excepto en caso de detención juvenil, también se puede solicitar por escrito información sobre la situación financiera de los presos o su dirección de salida, en caso de que sea necesario para establecer o imponer pretensiones legales relacionadas con el delito.

Si concurren otras condiciones, la institución también puede efectuar notificaciones del primer otorgamiento de medidas correctivas, excepto en caso de detención juvenil. Las personas sujetas a la privación de libertad tendrán una audiencia antes

de las notificaciones mencionadas, a menos que se crea que ello frustraría o complicaría sustancialmente la búsqueda del interés de los solicitantes. Si la audiencia no tiene lugar, se informará a posteriori sobre la notificación de la institución o la autoridad de control.

¿Qué derechos se aplican en la comunicación de datos de salida y de la situación financiera en caso de prisión preventiva?

Según el art. 56 de la HUVollzG, la institución o la autoridad de control pueden comunicar, previa solicitud, si alguien está en prisión preventiva, así como si es probable que se produzca la salida y cuándo. Las personas detenidas provisionalmente tendrán una audiencia antes de las notificaciones, a menos que se crea que ello frustraría o complicaría sustancialmente la búsqueda del interés de los solicitantes de los datos.

Si la audiencia

no tiene lugar, se informará a posteriori a las personas detenidas provisionalmente sobre la notificación de la institución o la autoridad de control.

En caso de notificación de conclusión no provisional del proceso, una resolución desestimatoria de la apertura del procedimiento principal o una absolución final, las autoridades que han recibido una notificación de salida deberán ser informadas a petición de la persona detenida provisionalmente. Las personas detenidas provisionalmente deben ser informadas en la audiencia sobre su derecho de petición.

¿Existen facultades y obligaciones de divulgación en caso de datos con necesidad de protección especial?

Dependiendo de la naturaleza de la privación de libertad que se ejecuta, conforme al art. 61 de la HStVollzG, el art. 61 de la HessJStVollzG, el art. 57 de la HUVollzG, el art. 61 de la HSVVollzG y el art. 38 de la HessJAVollzG, ciertos titulares de secretos profesionales (en particular médicos, psicólogos y trabajadores sociales, pero también otros) están autorizados y, en parte, también obligados a proporcionar a la dirección de la institución penitenciaria los datos personales que las personas sujetas a privación de libertad les han confiado como secreto o les han revelado de otro modo, siempre que sea absolutamente necesario para la seguridad de la institución o para evitar peligros significativos para la vida o la salud de las personas. También existe la facultad de divulgación cuando se trata de determinar si las personas sujetas a privación de libertad pueden participar en ciertas medidas correccionales o tratamientos terapéuticos y cooperar en la realización de los mismos.

C. Información sobre el tratamiento de datos de carácter personal dentro del

ámbito del Reglamento General de Protección de Datos

¿Cuál es la finalidad del tratamiento de datos de carácter personal dentro del ámbito del Reglamento General de Protección de Datos?

Según el artículo 6 del Reglamento General de Protección de Datos, el tratamiento de datos de carácter personal será lícito si se cumple al menos una de las siguientes condiciones:

- el interesado dio su consentimiento para el tratamiento de sus datos personales para uno o varios fines específicos;
- el tratamiento es necesario para la ejecución de un contrato en el que el interesado es parte o para la aplicación a petición de este de medidas precontractuales;
- el tratamiento es necesario para el cumplimiento de una obligación legal aplicable al responsable del tratamiento;
- el tratamiento es necesario para proteger intereses vitales del interesado o de otra persona física;
- el tratamiento es necesario para el cumplimiento de una misión realizada en interés público o en el ejercicio de poderes públicos conferidos al responsable del tratamiento.

No es posible redactar una lista concluyente de todas las situaciones posibles en las que se pueden tratar datos personales, especialmente en vista de las muchas obligaciones legales imaginables a las que están sujetas las instituciones.

¿Qué derechos de acceso a los datos personales existen en el ámbito del Reglamento General de Protección de Datos?

Si el tratamiento de los datos tiene lugar dentro del ámbito del Reglamento General de Protección de Datos, usted tiene derecho a saber si las autoridades penitenciarias están tratando sus datos y en qué medida, de conformidad con lo dispuesto en el artículo 15 del Reglamento General de Protección de Datos. Cabe señalar que este derecho de acceso a los datos personales puede restringirse de acuerdo con determinadas disposiciones de la HDSIG, en particular los arts. 24 a 26 y 33.

¿Qué derechos de rectificación existen en el ámbito del Reglamento General de Protección de Datos?

Si los datos personales tratados (ya) no son exactos, puede solicitar su rectificación en virtud de lo dispuesto en el art. 16 del Reglamento General de Protección de Datos. Si los datos personales son incompletos, se podrá solicitar que se completen.

¿Qué derechos de supresión existen en el ámbito del Reglamento General de Protección de Datos?

Puede solicitar la supresión de sus datos personales ateniéndose a las condiciones del art. 17 del Reglamento General de Protección de Datos y del art. 34 de la HDSIG. Su derecho de supresión depende, entre otras cosas, de si las autoridades responsables todavía necesitan sus datos para cumplir con sus obligaciones legales.

¿En el ámbito del Reglamento General de Protección de Datos existen derechos de limitación del tratamiento?

Según lo previsto en el artículo 18 del Reglamento General de Protección de Datos, las personas interesadas tienen derecho a exigir la limitación del tratamiento de los datos que les conciernen. Cuando el tratamiento de datos personales se haya limitado, dichos datos solo podrán ser objeto de tratamiento, con excepción de su conservación, con el consentimiento del interesado o para la formulación, el ejercicio o la defensa de reclamaciones, o con miras a la protección de los derechos de otra persona física o jurídica o por razones de interés público importante de la Unión o de un determinado Estado miembro.

¿Existe en el ámbito del Reglamento General de Protección de Datos un derecho de portabilidad de datos?

Según el artículo 20 del Reglamento General de Protección de Datos, las personas interesadas tienen derecho a recibir los datos en un determinado formato y transmitirlos a terceros. Este derecho no existe cuando el tratamiento de los datos personales por parte de las autoridades penitenciarias no está basado en un consentimiento o no se efectúa por medios automatizados.

¿Existe en el ámbito del Reglamento General de Protección de Datos un derecho de oposición al tratamiento de datos personales?

En virtud del artículo 21 del Reglamento General de Protección de Datos, las personas interesadas tienen derecho a oponerse al tratamiento de datos personales por motivos relacionados con su situación particular. Sin embargo, dicho no derecho no se aplica cuando existe un interés público imperativo en el tratamiento o así lo requiere una disposición legal (art. 35 de la HDSIG).

D. Información complementaria en el caso de que los datos personales se obtengan a través del sitio web de la autoridad penitenciaria correspondiente

¿A qué se aplican las siguientes indicaciones?

La siguiente política de privacidad se aplica al sitio web de la autoridad responsable

especificada en el punto A **(no es accesible para las personas que están sujetas a privación de libertad)** y para los datos personales recopilados a través de dicho sitio web. La autoridad correspondiente también es responsable. Para páginas de internet de otros proveedores a los que se remita mediante enlaces, se aplicarán las políticas de privacidad aplicables en su caso.

¿Quién se encarga del hosting?

La Central de Tratamiento de Datos de Hesse pone a disposición el sitio web como proveedor de servicios técnicos en nombre de la autoridad responsable y de acuerdo con sus especificaciones.

¿Qué datos de usuario se recopilan al solicitar un archivo de Internet? Cada vez que solicita un archivo de Internet, se almacenan los siguientes datos de acceso en la Central de Tratamiento de Datos de Hesse (HZD) para las evaluaciones estadísticas de los empleados de la administración estatal o la HZD:

- la página donde se solicitó el archivo;
- el nombre del archivo;
- la fecha y la hora de la solicitud;
- la cantidad de datos transmitidos;
- el estado del acceso (archivo transmitido, archivo no encontrado, etc.);
- el tipo de acceso (GET, POST);
- la descripción del navegador o del sistema operativo utilizados;
- la dirección IP anónima del ordenador utilizado;
- el ID de sesión;
- Cookies.

Por motivos de protección de datos, es decir, para no permitir accesos no autorizados o evitar el uso indebido del sitio web, se registrará la dirección IP completa del ordenador utilizado, se almacenará y borrará automáticamente siete días después de finalizar el acceso. En este sitio web pueden usarse cookies o applets de Java. El usuario puede desactivar estas funcionalidades configurando el programa del navegador.

Hessen Eyaleti adli infaz kurumlarında kişisel verilerin işlenmesi hakkında broşür

Yayın tarihi: 20.03.2019

A. Genel bilgiler

Aşağıdaki bilgilerin amacı nedir?

Yasal yükümlülükler nedeniyle, kişisel verilerin işlenmesi hakkında bazı bilgilerin sunulması gerekmektedir. Bu yükümlülükler, Hessen Eyaleti adli infaz kurumları için de geçerlidir. Aşağıdaki bilgiler, özellikle

- Adli infaz kurumu personeline
- Hessen Eyaleti adli infaz kurumlarında veya Hessen Eyaleti gençlik hafif hapis cezası infaz kurumlarında (metnin devamında "*kurumlar*" olarak anılacaktır) hürriyetten mahrum bırakılan kişilere
- Kurumların ziyaretçilerine
- Gönüllü olarak çalışanlara
- Kurumların sözleşme ortaklarına yöneliktir.

Bu bilgiler kanun metninin yerine mi geçiyor?

Bu bilgiler, yasal hükümlerin yerine geçmez. Bunlar yalnızca bilgi amaçlıdır. İlgili yasal hükümler, kısmen çok ayrıntılı düzenlemeler içermektedir. Bu nedenle, ilgili kanun metnine başvurmak için yasal bir değerlendirmenin yapılması her zaman gereklidir. Ancak, yasal hükümler internet ortamında da yayınlanmıştır. İnternet erişiminiz varsa – **ki bu hürriyetten mahrum bırakılan kişiler için geçerli değildir** – bu bilgilendirme metninde bahsi geçen Hessen eyalet kanunlarını <https://www.hessenrecht.hessen.de/> altında ve bahsi geçen Avrupa Birliği hukuku mevzuatını <http://eur-lex.europa.eu/> altında bulabilirsiniz

Kişisel veriler nelerdir?

Kişisel veriler, kimliği belirli veya belirlenebilir bir gerçek kişiye (metnin devamında "*ilgili*" veya "*ilgili kişi*" olarak anılacaktır) ait her türlü bilgidir. Bu, örneğin bir kişinin adı veya doğum tarihidir.

Kişisel verilerin işlenmesi ne anlama geliyor?

Bundan, kişisel verilerle ilgili bağlantılı her türlü işlem anlaşılmalıdır.

Bu işlemler, özellikle verilerin temin edilmesi olmak üzere, aynı zamanda saklanmasını, sorgulanmasını, kullanılmasını, iletim, dağıtım veya başka bir şekilde sağlayarak ifşa edilmesini, silinmesini veya imha edilmesini içerir.

Bu, verilerin işlenmesinin elektronik veya elektronik olmayan bir formatta

gerçekleşip gerçekleşmediğinden bağımsız olarak geçerlidir.

Yani kişisel verilerin işlenmesi, Hessen Eyaleti adli infaz kurumları ile temas eden her insanın hayatının birçok safhasını etkilemektedir.

İşlenen kişisel veriler nereden geliyor? Adli infaz kurumları, kişisel verileri sadece ilgili kişiden değil, aynı zamanda diğer kurum ve kişilerden de toplayabilirler.

Hessen Eyaleti adli infaz kurumlarında kişisel verilerin işlenmesi ile ilgili diğer hangi yasal hükümler geçerlidir?

Hürriyetten mahrum bırakma işlemi bir ceza mahkemesi tarafından verilen mahkûmiyete dayanıyorsa veya bir gözetim hapsi söz konusuysa, kişisel verilerin hürriyetten mahrum bırakıcı tedbirlerin infazı amacıyla işlenmesi halinde, 2016/680 sayılı Avrupa Direktifi (AB) geçerlidir.

Bunun yanında, bu direktifi uygulayan Hessen eyalet hukukunun hükümleri aynı ölçüde geçerlidir. Hessen Eyaleti Veri Koruma ve Bilgi Özgürlüğü Kanunu'nun (HDSIG) ilgili hükümleri, özellikle 3. Bölüm de buna dâhildir.

Buna ek olarak, Hessen Eyaleti Adli İnfaz Kanunları – hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre, hapis cezası için Hessen Eyaleti Ceza İnfaz Kanunu (HStVollzG), gençlik hapis cezası için Hessen Eyaleti Gençlik Ceza İnfaz Kanunu (HessJStVollzG), gözetim hapsi için Hessen Eyaleti Gözetim Hapsi İnfaz Kanunu (HUVollzG), ihtiyati tutuklama için Hessen Eyaleti İhtiyati Tutuklama İnfaz Kanunu (HSVollzG) ve gençlere verilen hafif hapis cezaları için Hessen Eyaleti Gençlik Hafif Hapis Cezası İnfaz Kanunu (HessJAVollzG) – özel düzenlemeler içermektedir. Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların (metnin devamında "*yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmalar*" olarak anılacaktır) infazı için, yukarıda belirtilen infaz kanunlarının hükümleri öncelikli olarak geçerlidir. Bu kanun hükümlerinin özel bir düzenleme içermemesi halinde, HDSIG'nin genel hükümleri geçerlidir.

Yukarıda bahsi geçen direktifin (ve bu direktifi uygulayan kanunların) geçerlilik alanında, prensip olarak 2016/679 sayılı Avrupa Yönetmeliği (AB) (Genel Veri Koruma Yönetmeliği olarak anılır) değil, bunların hükümleri geçerlidir.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların infazı sırasındaki veri işleme için, B Bölümündeki özel talimatlar uygulanır.

Genel Veri Koruma Yönetmeliği, Hessen Eyaleti adli infaz kurumlarının hangi alanı için geçerlidir?

Genel Veri Koruma Yönetmeliği, Hessen Eyaleti adli infaz kurumlarında kişisel verilerin işlenmesinin 2016/680 sayılı Avrupa Direktifinin (AB) amaçları için

yapılmadığı alanlarda geçerlidir.

Bu nedenle, Genel Veri Koruma Yönetmeliği, prensip olarak örn. Hessen Eyaleti adli infaz kurum personelinin istihdam ilişkilerinde ve bazı durumlarda adli infaz kurumunun dışarısı ile sözleşmeye dayalı ilişkilerinde uygulanır.

Ayrıca, Genel Veri Koruma Yönetmeliği, 2016/680 sayılı direktifin (AB) amaçları doğrultusunda toplanmış olmasına rağmen, bu direktifin amaçları doğrultusunda işlenmesine devam edilmeyen kişisel verilerin işlenmesi için de geçerlidir: örneğin, hükümlülerin kişisel verilerinin adli infaz kurumu tarafından sağlık bakanlığı, yabancılar dairesi veya sosyal hizmet dairelerine iletilmesi gerektiğinde. Bu işlem, 2016/680 sayılı Avrupa Direktifinin (AB) 9. Maddesi, 1. Fıkrası 2. Bendi uyarınca gerçekleşir.

Ceza mahkemesi tarafından verilen bir mahkûmiyet veya ceza davasıyla ilgili bir hazırlık soruşturması nedeniyle hükmedilmemiş olan diğer hapis cezası türleri de (örneğin Federal Ceza İnfaz Kanunu'nun 171. Maddesi ve takip eden maddeler uyarınca verilen hafif hapis cezası, örn. disiplin cezası veya Federal İkamet Kanunu'nun 62a Maddesi uyarınca sınır dışı etme nezareti gibi), aynı şekilde Genel Veri Koruma Yönetmeliği kapsamındadır.

Ayrıntısıyla Veri Koruma Yönetmeliği'nin geçerli olması gerektiğinde, C Bölümündeki özel talimatlar uygulanır.

Kişisel verilerin işlenmesinden kim sorumludur? Hessen Eyaleti adli infaz kurumlarında kişisel verilerin işlenmesinden sorumlu olan, her bir durumda kişisel verilerin işlenmesinin amaç ve araçları hakkında karar veren adli infaz kurumudur. Adli infaz kurumunun iletişim bilgileri aşağıdaki gibidir:

**Justizvollzugsanstalt Limburg
Walderdorffstraße 16, 65449 Limburg**

Sorumlu adli infaz kurumunun veri koruma görevlilerine veya görevlisine, bu kurum ile aynı iletişim bilgileri altından ulaşılabilir. Bu görevlilere veya görevliye bir mektup gönderilmesi durumunda, adres alanına ek olarak "Veri koruma görevlilerine veya görevlisine" yazılmalıdır.

Hessen Eyaleti veri koruma görevlilerine veya görevlisine ne zaman başvuruda bulunma hakkınız vardır?

Kişisel verilerin işlenmesinin 2016/680 sayılı direktifin (AB) ya da Genel Veri Koruma Yönetmeliğinin alanına girip girmediğine bakılmaksızın, adli infaz kurumu da dâhil olmak üzere, kamu makamları tarafından kişisel verilerinizin işlenmesi sırasında haklarınızın ihlal edildiğini düşünüyorsanız, HDSIG ölçütlerine göre Hessen Eyaleti

veri koruma görevlisine başvurabilirsiniz.

Hessen Eyaleti veri koruma görevlilerine veya görevlisine nasıl ulaşılır?

Hessen Eyaleti veri koruma görevlilerine veya görevlisine aşağıdaki adresten ulaşılabilir:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
(Hessen Eyaleti Veri Koruma ve Bilgi Özgürlüğü Sorumlusu) Postfach 3163,
65021 Wiesbaden bzw. Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden;
Telefon: +49 611 1408 – 0; Faks: +49 611 1408 – 611.

İnternet erişimi olması durumunda – **ki bu hürriyetten mahrum bırakılan kişiler için geçerli değildir** – aşağıdaki e-posta adresi üzerinden de Hessen Eyaleti veri koruma görevlileriyle veya görevlisi ile iletişime geçebilirsiniz: Poststelle@datenschutz.hessen.de.

B. Hapis cezasının, gençlik hapis cezasının, gözetim hapsinin, ihtiyati tutuklamanın veya gençlere verilen hafif hapis cezalarının infazı amacıyla, Hessen Eyaleti adli infaz kurumlarında kişisel verilerin işlenmesi hakkında bilgiler

Hürriyetten mahrum bırakmaların infazı söz konusu olduğunda, veri işlemenin amacı ve yasal dayanağı nedir?

Ceza infaz kurumları ve infaz kurumlarının üzerinde denetim makamı olarak Hessen Eyaleti Adalet Bakanlığı, özel bir yasal yönetmelik bunu öngördüğünde veya zorunlu olarak şart koştuğunda ve ayrıca, bir hürriyetten mahrum bırakmanın infazı için gerekli olduğu kadarıyla ve gerekli olduğu sürece, HStVollzG 58. Madde veya HessJStVollzG 58. Madde, HUVollzG 54. Madde, HSVVollzG 58. Madde veya HJA VollzG 38. Madde uyarınca kişisel verileri işlerler.

Yukarıda beyan edilen hürriyetten mahrum bırakmaların infazı sırasında, kişisel verilerin işlenmesinin kişinin kendi muvafakatini beyan ederek gerçekleşmesi halinde hangi haklara sahipsiniz?

HDSIG'nin 46. Maddesi uyarınca, ilgili kişi olarak dilediğiniz zaman muvafakat beyanınızı iptal etme hakkınız bulunmaktadır. Muvafakat beyanının iptal edilmesiyle, iptal edilinceye kadar muvafakat beyanı temelinde gerçekleştirilen kişisel verilerin işlenmesinin kanunlara uygunluğu etkilenmez. Muvafakat beyanını vermeden önce, bu konuda bilgilendirilmemiz gerekir. İlgili kişi olarak, verilerin işlenmesinin öngörülen amacından haberdar edilmemiz gerekir. İstisnai durumun koşullarına göre bu gerekli olursa veya siz bunu talep ederseniz, muvafakat beyanı

iptalinin sonuçları hakkında da bilgilendirilmeniz gerekir.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların infazı sırasında verilerin infazı söz konusu olduğunda, hangi bilgilendirme ve bilgi alma haklarına sahipsiniz?

HDSIG'nin 52. Maddesi uyarınca, ilgili kişi olarak, sorumlu kurumun sizinle ilgili kişisel verileri işleyip işlemediğine dair, başvuru üzerine prensipte ücretsiz bilgi alma hakkına sahipsiniz. Ayrıca, aşağıda belirtilenler hakkında bilgi alma hakkınız da bulunmaktadır:

- Veri işleminin konusunu oluşturan kişisel veriler ve bunların ait oldukları kategori,
- Verilerin kaynağı hakkındaki mevcut bilgiler,
- Veri işleminin amaçları ve bunların yasal dayanağı,
- Verilerin ifşa edildiği alıcılar,
- Veriler için geçerli olan saklama süresi veya (eğer bu mümkün değilse) bu sürenin belirlenmesine ilişkin kriterler,
- Veri sorumlusu aracılığıyla düzeltme, silme veya verilerin işlenmesinin kısıtlanmasını isteme hakkının olup olmadığı,
- HDSIG'nin 55. Maddesine göre, Hessen Eyaleti veri koruma görevlileri veya görevlisini arama hakkı ve
- Hessen Eyaleti veri koruma görevlisinin ulaşılabilirliği hakkındaki bilgiler.

HDSIG'nin 52. Maddesine göre, bilgilendirmeden kaçınılması veya kısıtlanması hakkında bilgilendirilmişseniz, bilgi alma hakkınızı Hessen Eyaleti veri koruma görevlileri veya görevlisi aracılığıyla da kullanabilirsiniz. Veri sorumlusu, bu seçeneğin yanı sıra HDSIG'nin 55. Maddesine göre Hessen Eyaleti veri koruma görevlilerini veya görevlisini arayabileceğiniz ya da mahkeme kanalıyla hukuksal koruma talep edebileceğiniz konusunda bilgilendirmelidir.

Hessen Eyaleti veri koruma görevlisi, gerekli tüm kontrollerin yapıldığı veya kendisi tarafından bir kontrol gerçekleştirildiği hakkında sizi bilgilendirmelidir. Hessen Eyaleti veri koruma görevlilerinin veya görevlisinin size yapmış olduğu bildirim, daha ayrıntılı bilgi verilmesini onaylamıyorsa, veri sorumlusunun bilgi düzeyi ile ilgili sonuç veremez. Hessen Eyaleti veri koruma görevlileri veya görevlisi, ayrıca sizi mahkeme kanalıyla hukuki koruma hakkınız konusunda bilgilendirmelidir. Veri sorumlusu, kararın maddi ve hukuki gerekçelerini belgelendirmek zorundadır.

Veri işleme, yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların infazıyla ilgiliyse, düzeltme ve silmenin yanı sıra verilerin işlenmesinin kısıtlanması ile ilgili hangi temel haklarınız vardır?

HDSIG'nin 53. Maddesine göre, sorumlu makamdan sizinle ilgili yanlış verilerin ivedilikle düzeltilmesini talep etme hakkınız vardır. Verilerin doğruluğu veya yanlışlığı belirlenemiyorsa, bu noktada düzeltme yerine veri işlemenin kısıtlanması devreye girer. Bu durumda, veri sorumlusu kısıtlamayı tekrar iptal etmeden önce, sizi bilgilendirmelidir. Ayrıca, veri işleme amaçları dikkate alındığında makul ise, eksik kişisel verilerin tamamlanmasını da isteyebilirsiniz.

Verilerin işlenmesine izin verilmemesi, bunların bilinmesinin görevin yerine getirilmesi için artık gerekli olmaması ya da yasal bir yükümlülüğün yerine getirilmesi için bunların silinmesi gerektiğinde, HDSIG'nin 53. Maddesine göre, prensip olarak sorumlu makamdan sizinle ilgili verilerin ivedilikle silinmesini talep etme hakkınız vardır.

Sorumlu makam, kişisel verilerin silinmesi yerine, şu hallerde prensip olarak bu verilerin işlenmesini kısıtlayabilir:

- Verilerin silinmesinin bir ilgili kişinin meşru menfaatlerini olumsuz yönde etkileyeceği görüşüne dair gerekçe varsa,
- Verilerin delil amaçlı olarak saklanması gerekiyorsa veya
- Verilerin saklanmasının özel niteliğinden dolayı, silme işlemi mümkün değilse ya da ancak son derecede yüksek bir külfet getiriyorsa.

İşlenmeleri kısıtlanmış veriler, sadece silinmelerine engel teşkil eden amaç için veya ilgili kişinin muvafakati ile işlenebilir.

Sorumlu makam bir düzeltme yapmışsa, daha önce kendisine kişisel verileri sağlayan kuruluşa bu düzeltmeyi bildirmelidir. Düzeltme, silme veya verilerin işlenmesinin kısıtlanması durumlarında sorumlu makam, verilerin kendilerine aktarıldığı alıcılara bu tedbirleri bildirmek zorundadır. Alıcı, verileri düzeltmek, silmek veya bunların işlenmesini kısıtlamak zorundadır.

Sorumlu makam, kişisel verilerin düzeltilmesi veya silinmesinden kaçınılması ya da bunların yerine yürürlüğe giren veri işlemenin kısıtlanması hakkında, prensip olarak – HDSIG'nin 52. Maddesinde düzenlenen istisnai durumlar dışında – sizi yazılı olarak bilgilendirmelidir. Gerekçelerin bildirimi, bilgilendirmeden kaçınılması ile takip edilen maksadı tehlikeye atmadığı sürece, bilgilendirme gerekçelendirilmelidir. Hessen Eyaleti veri koruma görevlilerine veya görevlisine başvuruda bulunulmasıyla ilgili HDSIG'nin 52. Maddesindeki hükümler, aynı ölçüde uygulanır.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların infazı sırasında ortaya çıkan veriler için silinme süreleri var mıdır?

Kişisel verilerin silinmesi ve işlenmesinin kısıtlanması için, HDSIG'nin genel hükümlerine göre öncelikli olarak, adli infaz kurumlarında özel kurallar geçerlidir.

Yetişkin ceza infazında ve ihtiyati tutuklamanın infazı sırasında, HStVollzG'nin 65. Maddesi ve HSVVollzG'nin 65. Maddesi uyarınca, elektronik bir izleme sistemi kullanılarak toplanan veya buradan ortaya çıkan kişisel veriler, tedbirin tamamlanmasından sonra hemen; video kayıtları veya veri belleklerinin okunmasından elde edilen sonuçlar, oluştukları takvim gününün bitiminden en geç 72 saat sonra silinmelidir. Silme kararının verildiği tarihte, somut delil amaçları için veri işleme kısıtlanarak bilgilerin daha fazla saklanması mutlaka gerekiyorsa, bu geçerli değildir.

Özel hayatın temel alanı ile ilgili olmalarına rağmen kişisel veriler işlenmişse, bu veriler derhal veya oluşturuldukları takvim gününün bitiminden en geç 24 saat sonra silinmelidir. Hükümlünün kişisel dosyasında veya kuruma yerleştirilenlerin dosyasında ya da hükümlünün veya kuruma yerleştirilen kişinin şahsına dair tutulan diğer dosya veya klasörlerde saklanan kişisel veriler, hükümlü veya kuruma yerleştirilen kişinin tahliyesinden veya başka bir kuruma nakledilmesinden en geç beş yıl sonra silinmelidir. Başka dosya ve klasörlerde saklanan diğer kişisel veriler, saklanmaları artık gerekli olmadıkça, derhal veya toplandıkları tarihten itibaren en geç beş yıl sonra silinmelidir.

Hükümlü veya kuruma yerleştirilen kişinin yeniden hürriyetten mahrum bırakma tedbirinin infazına tabi olması durumunda ya da ilgili kişinin muvafakat vermesi halinde, veri işleme kısıtlanması sona erer.

Gençlik ceza infazında ve gençlere verilen hafif hapis cezasının infazında, en geç bu süre dolduktan sonra kişisel verilerin silinmesi için gereken sürenin, gençlik ceza infazında beş yıl yerine üç yıl (HessJStVollzG 65. Madde) ve gençlere verilen hafif hapis cezasının infazında iki yıl (HessJAVollzG 38. Madde) olması şartıyla, ilgili hükümler geçerlidir.

Gözetim hapsinin infazında, kişisel verilerin en geç bu süre dolduktan sonra silinmesi gereken süre hususunda, gözetim hapsinde beş yıl yerine iki yıl olmak kaydıyla, aynı şekilde ilgili hükümler geçerlidir. Ancak adli infaz kurumu, davanın sadece geçici takipsizliğini, asıl davanın açılmasının itiraz edilemez şekilde reddedildiğini veya kesinleşmiş beraat kararı olduğunu öğrenirse, bu durumda normalde geçerli olan sürenin yerini, söz konusu bilginin edinildiği tarihten itibaren bir aylık bir süre alır (HUVollzG 61. Madde).

Hessen Eyaleti adli infaz kanunlarının talimatları uyarınca, dosya ve klasörlerin muhafaza edilmesi için aşağıdaki azami süreler vardır:

- Hükümlülerin, kuruma yerleştirilen kişilerin ve tutukluların kişisel dosyalarının yanı sıra sağlık dosyaları ve hasta kâğıtlarından alınan veriler için 20 yıl
- Hükümlü veya kuruma yerleştirilen kişilerin kaydedildiği defterlerden alınan veriler için 30 yıl.

Kişisel verilerin işlenmesi, yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların infazı için gerçekleştirildiğinde, kişisel verilerin işlendiğinin bildirilmesine dair hangi haklarınız vardır?

İlgili haklar, ilgili yasal dayanak ve veri işlemenin amaçları belirtilerek, aşağıda listelenmiştir. Bu vesileyle oluşan kişisel verilerin saklama süresi, kişisel verilerin silinmesine ilişkin sürelerle bağlıdır; bu bağlamda, verilerin silinmesini isteme hakkınızla ilgili olarak, yukarıdaki açıklamalara atıfta bulunulur.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların infazı söz konusu olduğunda, kişisel verilerin korunmasının ihlali durumunda, hangi haklarınız vardır?

Kişisel verilerin korunmasının ihlali, gerçek kişilerin hak ve özgürlükleri açısından muhtemelen yüksek bir risk oluşturuyorsa, sorumlu kişi, HDSIG'nin 61. Maddesi uyarınca, ilgili kişileri derhal bu ihalden haberdar etmelidir.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmalardan birine tabi olan kişilerin ağır hastalık durumunda hangi hakları vardır?

Bir hürriyetten mahrum bırakılan kişilerin ağır derecede hastalanması veya ölümü halinde, – hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre – HStVollzG 24. Madde veya HessJStVollzG 24. Madde, HUVollzG 17. Madde ya da HSVollzG 24. Madde uyarınca – kurum tarafından bilinen en yakın akrabalarına, özellikle de bakmakla sorumlu olan kişilere gecikmeksizin haber verilir. Ağır hastalık durumunda bu durum, sadece hürriyetten mahrum bırakmaya tabi olan kişilerin muvafakati varsa geçerlidir. Bu bağlamda muvafakat verme hakkı vardır, ancak bu bir zorunluluk değildir. Başka kişilerin de haberdar edilmesi talebi, mümkün olduğunca yerine getirilmelidir.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmalardan birine tabi olan kişilere yapılan ziyaretler izleniyor mu?

Kurumlara yapılan ziyaretler – münferit olayın koşullarına bağlı olarak, ancak prensipte savunma avukatının ziyareti hariç – kurumun güvenliği veya düzeniyle ilgili nedenlerle ya da eğitim veya sağaltım nedenleriyle, aynı zamanda kapalı devre video sistemiyle izlenebilir. Bu sırada elde edilen bilgiler, kurumun güvenliği veya düzeniyle ilgili nedenlerle ya da eğitim veya sağaltım nedenleriyle – benzer şekilde münferit olayın koşullarına bağlı olarak – aynı zamanda kaydedilebilir ve

saklanabilir. İnfaz edilecek hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre bunun yasal dayanağı, HStVollzG 34. Madde, HessJStVollzG 33. Madde, HUVollzG 26. Madde, HSVVollzG 34. Madde ve HessJAVollzG 19. Maddedir. İzleme, hem ziyarete hem de hürriyetten mahrum bırakmaya tabi olan kişiye ve ziyaret sırasında yapılan sohbeta yöneliktir.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmalardan birine tabi olan kişilerin yaptığı yazışmaların içeriği denetleniyor mu?

Hürriyetten mahrum bırakmaya tabi olan kişilerin yazışmaları, ziyaret ile benzer nedenlerden ötürü, HStVollzG 35. Madde, HessJStVollzG 34. Madde, HUVollzG 27. Madde, HSVVollzG 35. Madde uyarınca, infaz edilecek hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre münferit olayın koşullarına bağlı olarak, ancak prensipte savunma avukatı ile yapılan yazışmalar hariç, içerik bakımından denetlenebilir.

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmalardan birine tabi olan kişilerin telekomünikasyon iletişimleri denetleniyor mu?

Bu hürriyetten mahrum bırakma türlerinden birine tabi olan kişilere telekomünikasyon izni verilmişse, HStVollzG 36. Madde, HessJStVollzG 35. Madde, HUVollzG 28. Madde, HUVollzG 36. Madde ve JAVollzG 19. Madde uyarınca, infaz edilecek hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre ve münferit olayın koşullarına bağlı olarak – ancak prensipte savunma avukatı ile olan telekomünikasyon hariç – ziyaret ile benzer nedenlerden ötürü bu telekomünikasyon iletişimleri denetlenebilir. Bir telekomünikasyon sistemi kuruluysa, – münferit olayın koşullarına göre – bu sisteme katılım için, hükümlülerin ve karşı tarafta konuştukları kişilerin olası bir rastgele telekomünikasyon denetimini kabul etmeleri şart koşulabilir.

Tutuklu odaları ve ihtiyati tutuklu odalarının dışında bir izleme yapılıyor mu?

Yukarıda belirtilen hürriyetten mahrum bırakmaların her defasında infaz edilme türüne bağlı olarak, HStVollzG 45. Madde, HessJStVollzG 44. Madde, HUVollzG 30. Madde, HSVVollzG 45. Madde uyarınca hükümlüler veya ihtiyati tutuklama altında olanlar, kurumun güvenliğini ve düzenini sağlamak için, tutuklu odalarının ve ihtiyati tutuklu odaları dışında, teknolojik yardımcı araçlarla (özellikle kapalı devre video sistemi) açık bir görsel izlemeye tabi tutulabilirler. Bu sırada elde edilen bilgiler – benzer şekilde münferit olayın koşullarına bağlı olarak – aynı zamanda kaydedilebilir ve saklanabilir.

Tutuklu odaları ve ihtiyati tutuklu odalarının içerisinde bir izleme yapılıyor mu?

Hükümlü veya ihtiyati tutuklama altında olanların özel bir güvenlik tedbiri çerçevesinde, HstVollzG 50. Madde, HessJStVollzG 49. Madde, HUVollzG 35.

Madde, HSVVollzG 50. Madde uyarınca bir gözetime tabi olmaları durumunda, aynı zamanda teknolojik yardımcı araçlarla böyle bir izleme gerçekleştirilebilir. Bu sırada elde edilen bilgiler – benzer şekilde münferit olayın koşullarına bağlı olarak – aynı zamanda kaydedilebilir ve saklanabilir.

Kurumların dış alanlarında bir izleme yapılıyor mu?

Her defasında infaz edilen hürriyetten mahrum bırakmanın türüne bağlı olarak, kurumların dış alanları, HStVollzG 58. Madde, HessJStVollzG 58. Madde, HUVollzG 54. Madde, HSVVollzG 58. Madde ve HessJAVollzG 38. Madde uyarınca güvenliği ve düzeni korumak için (buradan kaynaklanan tehlikelerden kaçınılması dâhil), teknolojik yardımcı araçlarla izlenebilir (özellikle kapalı devre video sistemiyle) ve buradan elde edilen bilgiler – benzer şekilde münferit olayın koşullarına bağlı olarak – aynı zamanda kaydedilebilir ve saklanabilir.

Kurum dışından kişilerin kurumlara girmeden önce bir kontrolü yapılıyor mu?

Adli infaz kurumunda faaliyet göstermesi gereken ve kurumla ya da denetim makamı ile bir hizmet veya iş ilişkisi içerisinde olmayan ve başka bir makam adına giriş hakkı verilmeyen kişiler, ancak güvenlikle ilgili herhangi bir şüphe söz konusu değilse bu tür faaliyetlere kabul edilebilir. Kurum, hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre HStVollzG Madde 58a, HessJStVollzG Madde 58a, HUVollzG Madde 54a, HSVVollzG Madde 58a veya HessJAVollzG 38. Madde uyarınca, kurumun güvenliğini veya düzenini korumak için, ilgili kişinin muvafakati ile bir güvenlik sorgulaması yapar. Bunun için

- Federal Adli Sicil Kanunu'nun 41. Maddesi, 1. Fıkrası, 1. Bendi uyarınca bir malumat alabilir
- Polis makamlarının ve
- Münferit durumlarda gerekirse, Eyalet Anayasayı Koruma Dairesi'nin bilgilerini sorgulayabilir.

Kurum ayrıca – prensip olarak savunma avukatlarının ziyareti hariç - hükümlüleri, ihtiyati tutuklama altında tutulanları veya tutukluları ziyaret etmek ya da kurumu ziyaret etmek için izin talep eden kişilere de kurumun güvenliğini veya düzenini korumak amacıyla, kendi muvafakatiyle bir güvenlik sorgulaması yapabilir. Ziyaretçiler için, hükümlülerin ve ihtiyati tutuklama altında tutulanların veya tutuklarının ziyaret edileceği ve kimler için ziyaret izni talep edildiği, bu işlemler sırasında devreye sokulan makamlara bildirilir. Eğer kurum güvenlikle ilgili bulgular tespit ederse, ilgili kişi faaliyet veya ziyaret için kabul edilmez ya da sadece belirli kısıtlamalar kapsamında kabul edilir. Aynı durum, ilgili kişi bir güvenlik sorgulaması için muvafakat vermeyi reddettiğinde de geçerlidir.

İzinsiz olarak kurumlara getirilen veri bellekleri okunabilir mi?

İnfaz edilecek hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre, HStVollzG 59. Madde, HessJStVollzG

59 59. Madde, HUVollzG 55. Madde, HSVVollzG 59. Madde ve HessJAVollzG 38. Madde uyarınca infaz, özellikle de kurumun güvenliğinin ve düzenini korunması amacıyla, izinsiz olarak kuruma getirilen veri belleğine sahip elektronik cihazlar, kurum yönetiminin yazılı talimatı ile okunabilir. Gerekçeler, ilgili talimatta belirtilmelidir. İlgililer biliniyorsa, okumadan önce gerekçeleri bunlara bildirilmelidir.

Hapis cezası, gençlik hapis cezası, ihtiyati tutuklama veya gençlere verilen hafif hapis cezası durumunda, tahliye bilgileri ve mali koşulların bildiriminde hangi haklar mevcuttur?

İnfaz edilecek hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre, HStVollzG 60. Madde, JStVollzG

60 60. Madde, HSVVollzG 60. Madde ve JAVollzG 38. Madde uyarınca, kurumlar veya denetim makamı, HDSIG'nin yürürlükteki hükümleriyle bağlantılı olarak, başvuru üzerine bir kimsenin hapis cezası, ihtiyati tutuklama veya gençlere verilen hafif hapis cezası altında olup olmadığını, tahliye edilip edilmeyeceğini ve tahminen ne zaman tahliye edileceğini bildirebilirler. Ayrıca, – gençlere verilen hafif hapis cezası dışında – yazılı başvuru üzerine, suçla bağlantılı yasal iddiaların tespit edilmesi ya da yürürlüğe konulması için gerekliyse, hükümlünün mali koşulları veya tahliye adresi hakkındaki bilgiler de verilebilir.

Diğer koşullar altında – gençlere verilen hafif hapis cezaları dışında –, kurum tarafından infazı hafifleten tedbirlerin ilk kez verilmesi hakkında bildirimler de yapılabilir. Hürriyetten mahrum bırakılan kişiler, şayet bu şekilde başvuru sahibinin çıkarlarının engellenmemesi veya önemli ölçüde zorlaştırılmaması temin edilmişse, yukarıda belirtilen bildirimlerden önce dinlenir. İstima yapılmaması halinde, kurumun veya denetim makamının bildirim hakkında sonradan bir bilgilendirme yapılır.

Gözetim hapsi durumunda, tahliye bilgileri ve mali koşulların bildiriminde hangi haklar mevcuttur?

HUVollzG'nin 56. Maddesi uyarınca, kurum veya denetim makamı, başvuru üzerine bir kimsenin gözetim hapsi altında olup olmadığını, tahliye edilip edilmeyeceğini ve tahminen ne zaman tahliye edileceğini bildirebilir. Soruşturma tutukluları, şayet bu şekilde başvuru sahibinin bildirimdeki çıkarlarının engellenmemesi veya önemli ölçüde zorlaştırılmaması temin edilmişse, yukarıda belirtilen bildirimlerden önce dinlenir.

İstima yapılmaması halinde, kurumun veya denetim makamının bildirim hakkında ilgili soruşturma tutuklularına sonradan bir bilgilendirme yapılır.

Davanın sadece geçici takipsizliği, asıl davanın açılmasının itiraz edilemez şekilde reddedilmesi veya kesinleşmiş bir beraat kararı olması durumunda, beraat hakkında bir bildirim alan makamlar, soruşturma tutuklularının başvurusu üzerine bilgilendirilmelidir. İstima sırasında ilgili soruşturma tutukluluklarına dilekçe verme hakları hatırlatılmalıdır.

Özellikle korunması gereken veriler için açıklama yetkileri ve yükümlülükleri var mı?

İnfaz edilecek hürriyetten mahrum bırakmanın türüne göre, HStVollzG 61. Madde, HessJStVollzG 61. Madde, HUVollzG 57. Madde, HSVVollzG 61. Madde ve HessJAVollzG 38. Madde uyarınca, meslek sırrı saklaması gereken belirli kişiler – özellikle doktorlar, psikologlar ve sosyal hizmet uzmanları, ayrıca münferit durumlarda başkaları –, kurumun güvenliğine veya kişilerin canına ve sağlığına yönelik ciddi tehlikeleri önlemek için mutlaka gerekli olduğu hallerde, hürriyetten mahrum bırakılan kişiler tarafından kendilerine sır olarak açıklanan veya başka yollarla öğrenilen kişisel verileri, kurum yönetimine ifşa etmeye yetkili ve kısmen yükümlüdürler.

Hürriyetten mahrum bırakılan kişilerin infazla ilgili belirli tedbirlere katılmaya elverişli olup olmadıklarının veya sağaltım tedbirlerine katılıp katılmadıklarının ve bunlara katkıda bulunup bulunmadıklarının tespit edilmesiyle ilgili olduğunda, aynı şekilde ifşa etme yetkisi vardır.

C. Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında kişisel verilerin işlenmesine yönelik bilgiler

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında kişisel veriler ne için işlenmektedir?

Diğer nedenlerin yanı sıra, aşağıdaki nedenlerden biri geçerliyse, Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin 6. Maddesi uyarınca kişisel veriler işlenebilir:

- İlgili kişi, kendisiyle ilgili kişisel verilerin belirli bir veya birden fazla amaç için işlenmesine yönelik muvafakat vermişse
- Veri işleme, ilgili kişinin taraf olduğu bir sözleşmenin ifası veya ilgili kişinin talebi üzerine gerçekleşen sözleşme öncesi tedbirlerin uygulanması için gerekliyse
- Veri işleme, sorumlunun tabi olduğu bir yasal yükümlülüğün yerine getirilmesi için gerekliyse
- Veri işleme, ilgili kişinin veya başka bir gerçek kişinin hayati öneme sahip menfaatlerini korumak için gerekliyse
- Veri işleme, kamu menfaatine olan bir görevin yerine getirilmesi veya

sorumluya devredilen kamu gücünün kullanılması için gerekliyse.

Kişisel verilerin işlenebileceği tüm olası durumların nihai bir listesi, özellikle de kurumların tabi olduğu akla gelebilen çok sayıda yasal zorunluluk ışığında, mümkün değildir.

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında hangi bilgi alma hakları vardır?

Veriler Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında işleniyorsa, Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin 15. Maddesi uyarınca, adli infaz kurumunun sizin kişisel verilerinizi işleyip işlemediğine ve hangi kapsamda işlediğine dair bilgi alma hakkınız vardır. Bu bilgi alma hakkının özellikle HDSIG'nin 24 ila 26 ve 33. Maddeleri olmak üzere, HDSIG'nin bazı hükümleri uyarınca kısıtlanabileceği unutulmamalıdır.

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında hangi düzeltme hakları vardır?

İşlenen kişisel veriler (artık) geçerli değilse, Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin 16. Maddesi uyarınca bir düzeltme talebinde bulunabilirsiniz. Kişisel verilerin eksik olması durumunda, bir tamamlama yapılması talep edilebilir.

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında, kişisel verilerin silinmesine yönelik hangi haklar vardır?

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin 17. Maddesi ve HDSIG'nin 34. Maddesinin koşulları altında, kişisel verilerinizin silinmesini talep edebilirsiniz. Verilerin silinmesine ilişkin talebiniz, diğer hususların yanı sıra sorumlu makamın yasal görevlerini yerine getirmesi için söz konusu verilere hâlihazırda ihtiyaç duyup duymadığına bağlıdır.

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında, kişisel verilerin işlenmesinin kısıtlanmasını isteme hakları var mıdır?

İlgili kişilerin, Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin 18. Maddesinin talimatları çerçevesinde, kendileriyle ilgili kişisel verilerin işlenmesinin kısıtlanmasını talep etme hakları vardır. Verilerin işlenmesi kısıtlanmışsa, o zaman bu kişisel veriler — saklanmaları haricinde — sadece ilgili kişinin muvafakatiyle veya yasal iddiaların ileri sürülmesi, kullanılması ya da savunulması veya başka bir gerçek ya da tüzel kişinin haklarının korunması veya birliğin ya da bir üye devletin önemli bir kamu yararı nedeniyle işlenebilir.

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında, bir veri taşınabilirliği hakkı var mıdır?

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin 20. Maddesine göre, ilgili kişilerin verileri belirli

bir formatta alma ve üçüncü taraflara iletme hakları vardır. Şayet adli infaz kurumu kişisel verileri ne bir muvafakat beyanı temelinde ne de otomatik yöntemlerle işlemiyorsa, bu hak geçerli değildir.

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin uygulama alanında, kişisel verilerin işlenmesine itiraz etme hakkı var mıdır?

Genel Veri Koruma Yönetmeliği'nin 21. Maddesi uyarınca, ilgili kişilerin özel durumlarından kaynaklanan nedenlerle, kendileriyle ilgili kişisel verilerin işlenmesine itiraz etme hakları vardır. Bununla birlikte, verilerin işlenmesinde amir bir kamu yararı varsa veya bir yasal düzenleme veri işleme yükümlülüğü getiriyorsa, itiraz hakkı yoktur (HDSIG 35. Madde).

D. Bu bilgilerin belirtilen adli infaz kurumunun web sitesi üzerinden edinilmesi halinde, tamamlayıcı açıklamalar

Aşağıdaki uyarılar ne için geçerlidir?

Aşağıdaki veri koruma uyarıları, A. bölümünde belirtilen sorumlu makamın internet teklifi için **- bu teklif, bir hürriyetten mahrum bırakılan kişiler için erişilebilir değildir** – ve bu internete sayfaları üzerinden toplanan kişisel veriler için geçerlidir. Belirtilen makam da aynı ölçüde sorumludur. Başka sağlayıcıların, örneğin bağlantılarla (Link) yönlendirilen internet sayfaları için, ilgili sayfalardaki veri koruma uyarıları ve beyanları geçerlidir.

Barındırma (Hosting) işlemini kim yürütüyor?

İnternet teklifi, teknik hizmet sağlayıcı olarak Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (Hessen Eyaleti Veri İşleme Merkezi) tarafından, sorumlu makam adına ve onun talimatlarına göre sürdürülmektedir.

Bir internet dosyası talep edildiğinde ne tür kullanım verileri toplanır? Bir internet dosyası her talep edildiğinde, Hessen Eyaleti Veri İşleme Merkezinde (HZD) eyalet yönetimi veya HZD çalışanları tarafından istatistiksel değerlendirmeler için aşağıdaki erişim verileri saklanır:

- Dosyanın talep edildiği sayfa,
- Açılan dosyanın adı,
- Talep tarihi ve saati,
- Aktarılan veri miktarı,
- Erişim durumu (dosya aktarıldı, dosya bulunamadı vb.),
- Erişim türü (GET, POST),

- Kullanılan internet tarayıcısının veya işletim sisteminin adı,
- Talepte bulunan bilgisayarın anonimleştirilmiş IP adresi,
- Oturum kimliği,
- Çerezler (cookie)

Veri güvenliğiyle ilgili nedenlerden ötürü, yani yetkisiz erişimleri açığa çıkarabilmek veya web sitesinin kötüye kullanımını önleyebilmek için, talepte bulunan bilgisayarın tam IP adresi kaydedilir, saklanır ve erişimin tamamlanmasından yedi gün sonra otomatik olarak silinir. Bu web sitesinde çerezler veya JAVA uygulamaları kullanılabilir. Bu fonksiyonların kullanımı, tarayıcı programının ayarları aracılığıyla ilgili kullanıcı tarafından kapatılabilir.